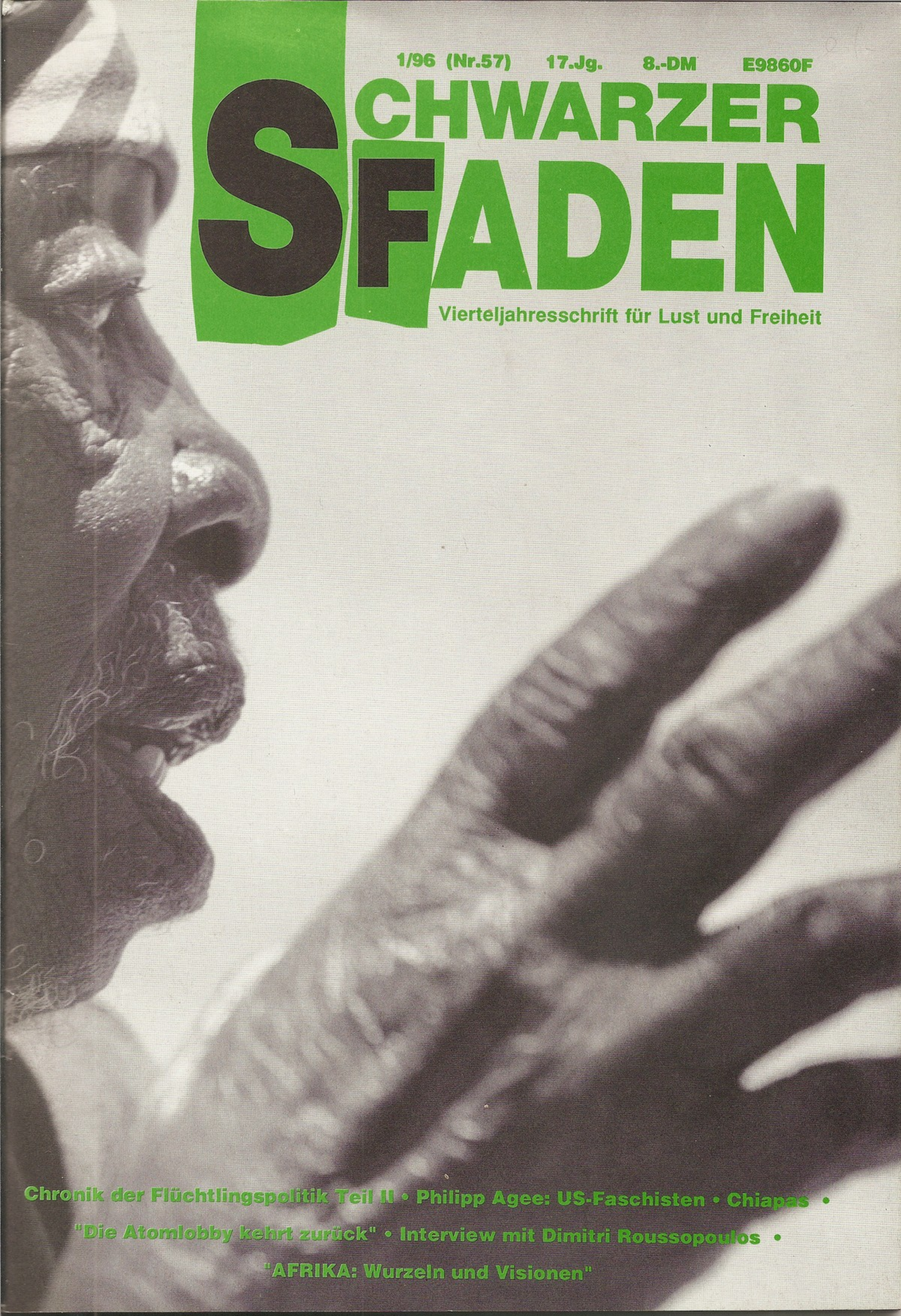
1/96 (Nr.57) 17.Jg. 8.-DM E9860F

SCHWARZER FADEN

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit



Chronik der Flüchtlingspolitik Teil II • Philipp Agee: US-Faschisten • Chiapas •
"Die Atomlobby kehrt zurück" • Interview mit Dimitri Roussopoulos •
"AFRIKA: Wurzeln und Visionen"

Impressum:

Redaktions- & ABOadresse:
Schwarzer Faden, PF 1159
D-71117 Grafenau
Tel. 07033-44273, Fax 07033-45264

Einzelpreis: 8.-DM
ABO (5 Nrn.): 35.-DM
Postgiro Stuttgart: Kto. W. Haug,
Ktonr. 57463-703, BLZ 600 100 70

Erscheinungsweise: 5 x jährlich
Auflage: 2500
Herausgeber:
Trotzdem-Verlag/W. Haug, Grafenau
ISSN: 0722-8988; ZIS-Nr. 701
Postzeitungsdienstnr. E 9860 F

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stehen unter der Verantwortlichkeit der VerfasserInnen und geben nicht die Meinung des Herausgebers oder des presserechtlich Verantwortlichen wieder.
Verlag, Satz & Vertrieb: Trotzdem-Verlag, Grafenau
Druck & Weiterverarbeitung: Druckcooperative, Karlsruhe

Das **Redaktionskollektiv** entscheidet über Inhalt und Form der Zeitschrift. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Der Abdruck erfolgt honorarfrei.
anti-copyright: Nachdruck von Texten ist unter Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars ausdrücklich erwünscht.
Redaktion: Wolfgang Haug, Moritz Milch, Peter Reichelt, Andreas Ries, Harald Romacker, Herby Sachs (V.i.S.d.P.), Boris Scharlowski, Dieter Schmidt

Mitarbeit: Der SF versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, Internationalismus, Aktualisierung libertärer Theorie, Aufarbeitung freiheitlicher Geschichte und einer Kultur- und Medienkritik von unten. Eingesandte Artikel, Photos, Graphiken etc. sind erwünscht!
Technologie: Wir wünschen uns die Artikel auf 3 1/2-Zoll-Disketten. Am besten im Textverarbeitungsprogramm Word od. Word-Windows auf MAC- oder DOS-Basis.
Auslieferung an den Buchhandel:
[illegible] Rotation, Berlin;
[illegible]ch: Buchhandl. Stonehenge, Wien;
[illegible]z: Anares, Bern

[illegible]enpreise (zzgl. 15% MWST):

[illegible]zeige:	20.- DM
[illegible]palte (5,4x 13,5cm):	150.- DM
[illegible]palte (5,4x27 cm):	300.- DM
[illegible]e (8,5x 13 cm):	250.- DM
[illegible] Seite:	450.- DM
1 A-4-Seite:	1000.- DM

Dauerkunden erhalten 30% Rabatt!

Mtl. Dauerspenden für die Verbreitung anarchistischen Gedankenguts:

N.H., Nürnberg 25.-; M.R., Frankfurt 25.-; T.S., Detmold 5.-; A.R., Paderborn 10.-; F.-J. M., Dortmund 10.-; V.S., Groß-Umstadt 20.-; U.S., Thedinghausen 15.-;

Gesamtstand (Februar: 110.-)

Der SF an die Kioske!

Wir wollen dem SF mehr Akzeptanz verschaffen. Diese Zeitschrift soll mehr in die Öffentlichkeit. Wir werden versuchen nach und nach einen Kioskvertrieb aufzubauen. Aus eigener Kraft fällt uns dies aber schwer. Wir bitten deshalb unsere UnterstützerInnen um vermehrte Spenden, damit wir Anzeigen, Anlaufkosten etc. finanzieren können. Wer kann, spende für den "Pressefonds" des SF!

Wir werden wieder eine Liste der SpenderInnen in jeder Nummer veröffentlichen. Wer nicht genannt werden will, teilt uns dies einfach mit.

Salud [illegible]!

Spenden für den Pressefonds des Schwarzen Fadens:

H.G., Porta Westfalica, 6.-; B.W., Frankfurt 10.-; U.F., Hüttl, 10.-; G.K., Bremen 20.-; W.F., Vlotho 10.-; Infocafe Grenzenlos, Tübingen 20.-; M. S., Zürich 10.-; B.W., Baunatal 5.-;, O.K., Idar Oberstein 100.-; B.W.-W., Estorf 20.-; W.S., Aurich 70.-;

Gesamt: 281.-

Inhalt Nr. 57

»Haste mal ne Mark?«

Die *taz* druckt weiße Seiten, die *Junge Welt* ist beinahe pleite, die *iz3w* startet eine letzte ABO-kampagne, der *ak* sammelt wieder 50.000.-DM Spendengelder, die *ila* kann ohne neue ABOs nicht überleben, die *Beute* erhöht von 12.- DM auf 16.-DM – und wir erhöhen "nur" von 7.-DM auf 8.-DM! Das ABO kostet ab dem 1.4.96: 35.-DM. Wer sein/ ihr ABO jetzt verlängern will, kann dies für 30.-DM tun!

Die SF-Redaktion

....

Redaktions- und Anzeigenschluß: SF-58 (2/96): 15.3.96

Foto: Christian Carez

Das Typische am Fall von Lübeck

*

II. Teil der "deutschen" Chronik

(I.Teil in SF 5/95)

*Die folgende Chronik wurde wieder vom **Infoladen Leipzig** erstellt. Wir führen die Chronik auszugsweise* fort, sie ist dazu gedacht, in unseren alltäglichen Auseinandersetzungen als Diskussions- und Argumentationshilfe genutzt zu werden, sie spiegelt die "bundesdeutsche Realität" wider und zeigt die enge Denkweise weiter Teile dieser Gesellschaft auf. Immer wieder stehen Politikeraussagen und Polizeiverhalten in einem rassistischen Kontext. Immer wieder geht ein Aufatmen durch die Republik, wenn ein Vorfall sich nicht als Anschlag sondern als Unfall entpuppt oder – noch besser – sich einem Ausländer in die Schuhe schieben läßt. Im Verdrängen sind die Deutschen Weltmeister.*

Die Toten von Lübeck

Seit Mitte Januar beschäftigt uns die neuste und traurigste Variante dieses Schauspiels. Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses dieser SF-Ausgabe wurde eine "Nachrichtensperre zum Lübecker Brand" verhängt.

Weil die Recherchen von JournalistInnen der offiziellen Polizeiversion, daß ein Libanese den Brand gelegt habe, völlig widersprachen, dürfen die Medien dieses Mal nicht mehr berichten, sprich, wenn es nicht geschrieben und gesendet werden darf, dann lohnt sich auch die Mühe nicht mehr, vor Ort zu gehen und Betroffene zu befragen.

Warum ausgerechnet ein mitbetroffener Libanese als Tatverdächtiger präsentiert wird, wird aus der vorliegenden Chronik nachvollziehbar. Immer häufiger wird die "Schuld" bei den Flüchtlingen und ImmigrantInnen selbst gesucht, die Verantwortung der Behörden heruntergespielt oder vertuscht.

Im Lübecker Fall ist die Täterkonstruktion sogar äußerst dürftig, im Haftbefehlt steht, der Libanese Safwan soll aus "enttäuschter Liebe" den Brand im eigenen Haus gelegt haben oder aber "aus Rache" aufgrund eines Streits zwischen Libanesen und Afrikanern.

Was wir erfahren haben und jetzt nicht weiter erfahren sollen: Der vermeintliche Täter bestreitet nicht nur die Tat, er wohnte auch in dem Heim, die Schlafplätze seiner ganzen Familie befanden sich direkt am Ausbruchsort des Brandes und er selbst beteiligte sich nach Zeugenaussagen von Betroffenen in der höheren Etage an der Rettung von Kindern. Das dies gelang kommentierten Mitbewohnerinnen mit "Er hat es getan". Wie sie den Fernsehvertretern versicherten, meinten sie damit, er habe die Kinder herausgeholt. Die Feuerwehrzeugen gaben dies als "Täterbezichtigung" zu Protokoll. Immerhin läßt sich daraus die Frage ableiten, ob die gesamte Täterkonstruktion auf einem Interpretationsfehler vorschnell urteilender (weil überheblicher und oft nicht wirklich zuhörender?) Deutscher beruht?

Die "enttäuschte Liebe" geisterte erst unmittelbar vor der Nachrichtensperre durch die Medien, eine Aufklärung darüber dürfte ausbleiben. Sie wird somit als Tatmotiv in den Köpfen hängen bleiben. Aber der angebliche Streit zwischen Libanesen und Afrikanern wurde von der Afrikanischen Gemeinschaft der Hansestadt ins Reich der Märchen verwiesen: »Die Atmosphäre war kollegial und freundlich«. Die Afrikaner glauben nicht, daß Safwan der Täter ist, sie sehen ihn weiterhin als "Nachbarn".

sf

Chronik II (1. November 1995 - 21.Dezember 1995)

Ab dem 1.11.95 bis zum Februar 1996 sollen die personenbezogenen Daten und Fingerabdrücke von 9.000 AsylbewerberInnen aus der BRD an das schweizerische Bundesamt für Flüchtlinge übermittelt werden. Die Daten dienen angeblich lediglich statistischen Zwecken, um die Höhe der Mehrfachantragstellungen von Flüchtlingen in zwei verschiedenen Ländern zu ermitteln. Die Daten stammen von Flüchtlingen, die in den Monaten August, September und Okober 1993 in der BRD einen Asylantrag gestellt haben. Die Übermittlung der Daten widerspricht der gültigen Rechtslage und ist somit illegal.

Im Oktober 95 beantragten 12.389 Menschen Asyl. Das sind 2,7% mehr als im Sept. 95 und 21% mehr als im Okt. 94. Die meisten Flüchtlinge kamen aus Serbien & Montenegro (ca. 2.900) und der Türkei (2.100). Die Anerkennungsquote liegt bei 8,5%.

2.11.95. Ashraf B. aus dem Sudan begeht auf dem Frankfurter Flughafen einen Selbstmordversuch, indem er sich die Pulsader aufschneidet. Vor 2 Wochen beantragte Ashraf Asyl und durchlief das Flughafenverfahren. Erst das Bundesamt, dann ein Gericht lehnten den Antrag ab. Der BGS prüft die Einweisung in psychiatrische Behandlung wegen "akuter Suizidgefahr".

Vor der Staatsschutzkammer des Berliner Landgerichts beginnt der erste Prozeß gegen einen Kurden wegen der Beteiligung am Hungerstreik von KurdInnen im Juli/August 1995. Ihm wird u.a. vorgeworfen, am 11.8.1995 die Einfahrt des "Deutsch-Kurdischen Kulturzentrums" in der Zossener Str. mit Steinen und Molotow-Cocktails gegen anrückende PolizistInnen verteidigt zu haben.

Die Münchner Ausländerbehörde versucht über Entzug der Arbeitserlaubnis, Verweigerung der Sozialhilfe, die Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung für jeweils nur 2 Wochen und verbalen Druck eine kroatische-serbische Flüchtlingsfamilie zur "freiwilligen" Ausreise nach Kroatien zu zwingen. Obwohl sich das UNHCR gegen eine Rückführung von minderjährigen Kindern, von SerbInnen nach Kroatien oder von irgendwelchen Flüchtlingen in besetzte Gebiete ausspricht, halten die Behörden an ihrem harten Kurs gegen die Familie Vuletic

fest, die (mit ihrem Kind und ihrer total zerstörten Herkunftsstadt in serbisch besetzten Gebiet von Kroatien) alle 3 Kriterien erfüllt. Die Caritas gibt an, daß schon mehrmals jugoslawische Familien ihrer "nationalen Herkunft" entsprechend getrennt in verschiedene Gebiete abgeschoben wurden.

3.11.95. Das Berliner Verwaltungsgericht hat einem Kurden das Recht auf politisches Asyl zugesprochen. In der Begründung heißt es, KurdInnen aus dem südöstlichen Notstandsprovinzen seien allein schon aufgrund ihrer Volkszugehörigkeit von staatlicher Gruppenverfolgung bedroht, auch wenn sie mit der PKK und den Auseinandersetzungen nichts zu tun haben. Eine innere Fluchtalternative sei den KurdInnen weder zuzumuten noch existiere sie, da auch in der Westtürkei keine Sicherheit vor staatlicher Verfolgung wegen angeblicher PKK-Zusammenarbeit besteht. (AZ 36 X 211.95).

Der Bundesrat legt auf Antrag von Bayern einen Gesetzentwurf zur Abschiebehaftentlassung bei Asylantragstellung vor und will diesen im Bundestag einbringen. Der Entwurf sieht vor, daß nicht nur - wie bisher - AsylfolgeantragstellerInnen in Abschiebehaft bleiben, bis das Bundesamt über die Zulässigkeit des Folgeantrags entschieden hat, sondern alle Häftlinge solange im Knast bleiben, bis ihr Erst- oder Folgeantrag rechtsgültig entschieden wurde, und danach entweder frei kommen (bei der Asylgewährung) bzw. direkt abgeschoben werden. Bislang galt das Prinzip, daß nur wer vollziehbar zur Ausreise verpflichtet ist, auch in Abschiebehaft genommen werden darf, d.h. alle Menschen in einem laufenden Asylverfahren waren sofort zu entlassen bzw. konnten gar nicht erst inhaftiert werden. Mit dieser Regelung will der Bundesrat dem Stellen von Asylanträgen "aus asylfremden und taktischen Erwägungen" zuvorkommen. Das wird vor allem illegal einreisende und hier lebende Flüchtlinge betreffen, deren erste Bekanntschaft mit der Staatsgewalt die sie verhaftetenden PolizistInnen sind.

Die Staatsanwaltschaft FfM teilt mit, daß die Ermittlungen gegen die 5 BGS-Beamten auf dem Frankfurter Flughafen, die für den Tod des Nigerianers Kola Bankole verantwortlich sind, eingestellt werden. Lediglich gegen den Arzt wird ein Verfahren wegen unterlassener Hilfeleistung (anstelle von fahrlässiger Tötung) eingeleitet. Kola starb am 30.8.94, als der BGS das 4. Mal seine Abschiebung mit Gewalt durchsetzen wollte und ihn nach einer heftigen Auseinandersetzung in der Lufthansamaschine u.a. fesselte und knebelte. Ein später euphemistisch genannter "Beißschutz" bestand aus gebrauchten Socken und einem Rolladenband und wurde mit aller Kraft von zwei BGS-Beamten über Mund und Nase gezerrt, um Kola am Schreien zu hindern. Der Flughafenarzt verabreichte eine "Beruhigungsspritze". Obwohl 2 von 4 Gutachten die Fesselung als die Haupttodesursache benennen, geht die Staatsanwaltschaft von "komplexen Todesursachen" aus, wie z.B. das angeblich "kranke Herz", dem die 2 Gutachten noch jahrelange Funktionsfähigkeit bescheinigen. Die 2 anderen Gutachten schieben den Tod auf die massive psychische und physische Belastung während der Abschiebung, der das Herz nicht gewachsen war. Gegen den Arzt wird nicht wegen der Spritze ermittelt, sondern nur weil er zu spät Wiederbelebungsmaßnahmen einleitete. Die Staatsanwaltschaft zieht damit ein Schlußstrich unter den Fall, der vom ersten Tag an geheimgehalten und vertuscht werden sollte. Die Polizeigewerkschaft sprach z.B. einen Tag nach dem Mord von einem "jederzeit rechtstaatlichem und angemessenem" Vorgehen, der Name des Opfers blieb tagelang unter Verschluß, Beweismittel wurden nie sichergestellt, der Obduktionsbericht war ein Gefälligkeitspapier und die Landesregierung in Mainz betonte von Anfang an, daß es "keine Anhaltspunkte für eine strafrechtliche Verantwortung" der BGSler gäbe. Ebenfalls eingestellt wird das Verfahren um den Tod einer polnischen Frau im Mai 93 auf dem Frankfurter Flughafen. Kurz nach dem Tod hieß es, die "verwirrte Frau" sei ohne Fremdverschulden erstickt, da sie Teile ihrer Kleidung gegessen hätte. Im Zuge der Kola-Ermittlungen wurde auch der Fall der Frau nochmals bearbeitet, da ihr zertrümmertes Gebiß und Klebestreifenreste im Mund eher auf eine Gewaltanwendung schließen ließen.

(jw 23.10., 25.10., 4.11.95, FR 4.11.95)



Foto: R. Maro/ Version

7.11.95. Das Berliner Landgericht verurteilt Martin M. auf 2 Jahre und 6 Monate Haft ohne Bewährung. Er soll als "Rädelsführer" bei der Verteidigung des Kurdischen Zentrums in Berlin aufgetreten sein. In dem Zentrum befanden sich viele KurdInnen im Hungerstreik, nachdem die Polizei Ende Juli die KurdInnen vom Breitscheidplatz verjagt hatte, wobei Gülnaz Baghistani starb. Nach Aussagen von Polizeizeugen soll Martin versucht haben, ein Plakat mit dem Symbol der verbotenen ERNK am Gebäude angebracht zu haben (fünf Monate Haft!) sowie durch "entsprechende Gestik und Handzeichnungen" die Verteidigung des Hauses gegen die brutale Räumung angeleitet haben (25 Monate).

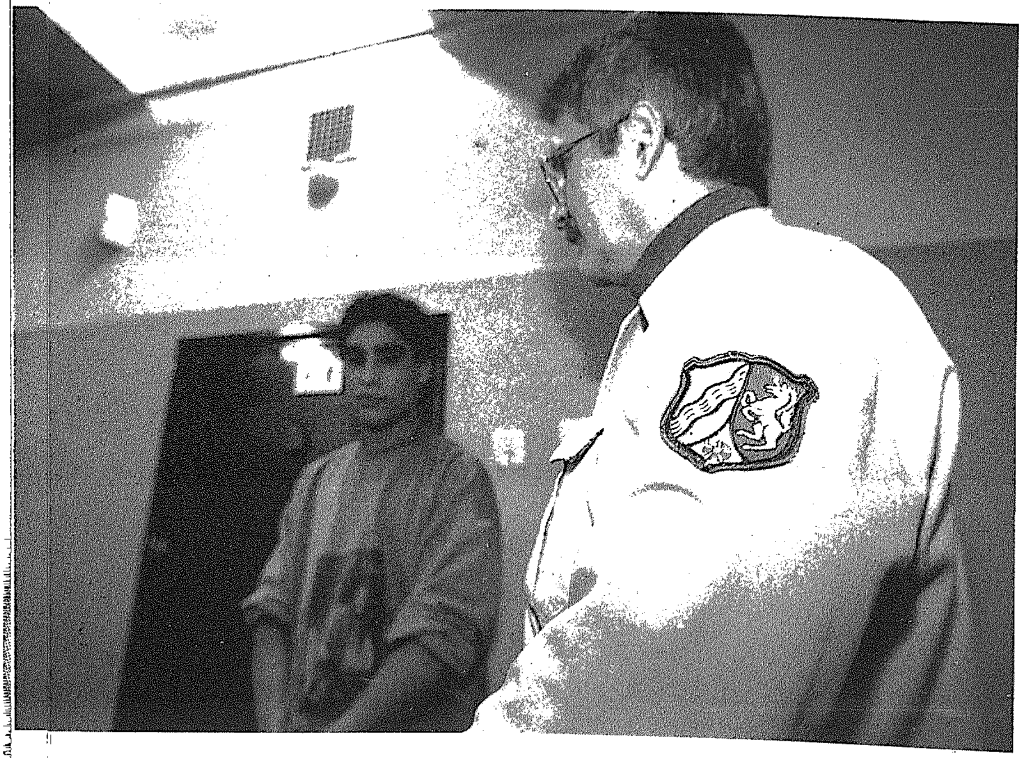


Foto: Herby Sachs /Version

Das Bundesverwaltungsgericht entscheidet, daß niemand Anrecht auf ein Asylverfahren in der BRD hat, der/die über einen sogenannten sicheren Drittstaat einreist, selbst wenn das Land als solches nicht feststeht. Das betrifft alle Flüchtlinge, die auf dem Landweg in die BRD kommen, aber z.B. nicht wissen (wollen), ob ihr Fluchtweg über Polen oder die Tschechische Republik führte. Das BVG revidierte mit dieser Entscheidung den Beschluß des OVG Koblenz, einem Kurden ein Asylverfahren zu gewähren, weil das genaue Durchreiseland nicht mehr zu ermitteln war. Damit ist die Landgrenze jetzt absolut dicht. Die Einreise per Flugzeug ist durch das Flughafenverfahren extrem erschwert. Ob und wie die Flüchtlinge überhaupt in einen unbekannten Drittstaat abgeschoben werden können, ist unklar. Durch die Verweigerung eines Asylverfahrens unterliegen sie, sollten sie in der BRD eine Duldung erhalten, strengeren finanziellen und ausländerrechtlichen Bestimmungen. (AZ: 9C73/95)

8.11.95. Nach Angaben von FDP-PolitikerInnen haben sich die Bonner Koalitionspartein darauf geeinigt, in außergewöhlichen Härtefällen ausländischen EhepartnerInnen schon nach einem anstelle von 3 Jahren ein eigenständiges Aufenthaltsrecht zu erteilen. Die 4-Jahres-Regel für den Normalfall soll weiterbestehen. Außerdem sollen AusländerInnen mit einem 15-jährigen rechtmäßigen Aufenthalt in der BRD auch bei Verlassen dieser für längere Zeit eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis nicht verlieren.

In Hannover treten 40 KurdInnen aus Protest gegen ihre geplante Abschiebung in einen unbefristeten Hungerstreik. Ihre Asylanträge wurden vom Oberverwaltungsgericht Lüneburg abgelehnt, obwohl sie in der Türkei gefoltert und ihre Dörfer vollständig zerstört wurden. Der Niedersächsische Flüchtlingsrat widerspricht dem OVG bezüglich der "inneren Fluchtalternative" Westtürkei. So wurden allein in Izmir und Umgebung in den letzten zwei Monaten 200 KurdInnen festgenommen, zum Teil gefoltert und deren Häuser zerstört. Amnesty International betont, daß abgeschobenen KurdInnen in der Türkei Verhaftung, Verhöre, Mißhandlungen und Folter drohen.

11.11.95. Etwa 700 Menschen beteiligen sich an einer Demonstration gegen die Abschiebepolitik der BRD, welche zum Abschiebeknast Glasmoor (bei Hamburg) führt. In Glasmoor können bis zu 84 Abschiebehäftlinge - jeweils zu sechst in einer Zelle von 27 Quadratmetern - untergebracht werden. Nach einem Hungerstreik von Flüchtlingen im Knast wurden einige abgeschoben oder umverlegt, obwohl z.B. in einem Fall das Bundesamt einen Asylfolgeantrag eines Kurden bearbeiten wollte.

Der Hessische Verwaltungsgerichtshof in Kassel entscheidet, daß die Drittstaatenregelung nur Anwendung finden kann, wenn der Drittstaat, über den ein Flüchtling eingereist ist, auch tatsächlich feststeht. Dies entspreche der Intention der 1993 im Asylkompromiß geschaffenen Drittstaatenregelung. Außerdem wäre die Anwendung der Drittstaatenregelung bei unbekanntem Reiseweg, wie ihn das Bundesverfassungsgericht und die OVG's von Bayern und Baden-Württemberg befürworten, nicht möglich, da in diesen Fällen nur in das Herkunftland abgeschoben werden könne, was aber nicht zulässig sei. Der hessische VGH stellt sich damit hinter eine Entscheidung des OVG Koblenz. (siehe 7.11.95)

Die SPD fordert eine "humane Altfallregel". Nach der Vorstellung der SPD sollen Flüchtlinge mit einem minderjährigem Kind nach 5, alle anderen nach 8 Jahren in der BRD bleiben dürfen, wenn sie ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten können. Die FDP-Bundestagfraktion schließt sich dieser Forderung an. Der CDU-Vorsitzende in Rheinland Pfalz, Johannes Gerster, wirft Kanther in Bezug auf die Altfallregelung Unmenschlichkeit vor und erklärt, sich

mit der Entscheidung von Kanther nicht abzufinden. Gerster plädiert für eine Einzelfallprüfung.

14.11.95. Die Bremer Innenbehörde verbietet den "Kurdisch-Deutschen Verein für Völkerfreundschaft - Hevalti e.V." und die Polizei durchsucht deshalb am Morgen die Räume des Vereins in Bremen und beschlagnahmt verschiedene Materialien. Dem Verein wird die Unterstützung der PKK vorgeworfen. Am 24.10. verlor der Verein ein Verfahren gegen den Innensenator Ralf Borttscheller, der behauptet hatte, der Verein wäre ein Treffpunkt und Tarnorganisation der PKK, die "dort hinter verschlossenen Türen Straftaten, sogar Kapitalverbrechen" (z.B. "ein versuchter Mord" gegen einen Abtrünnigen, Drogenhandel, Schutzgelderpressungen usw - Interview im *Focus*) plant. Das Gericht entschied, daß die Meinung des Innensenators als "freie Meinungsäußerung" durchgehen könne, denn ein politischer Verein, wie Hevalti, müsse auch schärfere Formulierungen hinnehmen können. Der CDU-Senator kündigte schon damals an, den Verein bald verbieten zu wollen.

Bei einer bundesweiten Großrazzia in 45 Wohnungen und Asylbewerberheimen in 3 Bundesländern nimmt die Polizei 100 Menschen fest, die des Menschenschmuggels oder der illegalen Einreise verdächtigt werden. Gegen 6 Personen, "Drahtzieher eines Schleuserings" ergeht Haftbefehl.

Der BGS am Stuttgarter Flughafen verhindert auf Anweisung des Ausländeramtes Emmendingen die Familienzusammenführung eines kurdischen Ehepaares mit ihren Kindern, die aus der Türkei kommen. Der Familienvater Mehmet B., der mit seiner Frau seit 4 Jahren als Asylbewerber in der BRD lebt, will seine Kinder vom Flughafen abholen und beantragte dafür von der Ausländerbehörde eine Erlaubnis zum Verlassen des Landkreises. Die derart aufmerksam gewordene Ausländerbehörde ruft beim Flughafen-BGS an und teilt ihm mit, daß der BGS die vier 9 bis 13 jährigen Kinder gleich wieder abschieben soll, weil deren Einreise nicht erwünscht wäre. Der BGS beruft sich später darauf, daß die Kinder nicht ausdrücklich um Asyl gebeten hatten. Der Rechtsanwalt will jetzt die zuständigen Behörden auf Schadensersatz verklagen.

15.11.95. Die UNHCR-Vertreterin in der BRD, Judith Kumin, kritisiert bei der Vorstellung des Flüchtlingsberichts des UNHCR in Bonn die BRD, die ihre Beiträge an das UNHCR in den letzten Jahren trotz steigender Flüchtlingszahlen (50 Millionen) reduziert hat (1994: 17 Mio US$, 1995: 15,8 Mio US$ - pro Flüchtling 32 Pfennige). Außerdem bemängelt sie die Drittstaatenregelung, Rücknahmeverträge, Kettenabschiebungen, die unzureichende Menschenrechtspolitik und die juristische Herausnahme von ganzen "Gruppen schutzbedürftiger Flüchtlinge" aus dem Asylverfahren.



Foto: Herby Sachs /Version

Mehrere hundert KurdInnen besetzen in Bremen das Vereinshaus des am Vortage verbotenen Vereines Helvati, um damit gegen das Verbot und die Schließung des Hauses zu protestieren. Ein von der Polizei gestelltes Ultimatum verstreicht ohne die angedrohte Räumung. Nach stundenlangen Verhandlungen mit Abgeordneten von CDU, SPD, Grünen und AfB verkündet die Ausländerbeauftragte Bremens, daß die sozialen und kulturellen Aktivitäten im Haus fortgeführt werden können. Weil sich die evangelischen Kirchen kritisch über das Vereinsverbot geäußert hatten, bezichtigt der Innensenator, Ralf Borttscheller, die Bremer Kirchen der Sympathie und Zusammenarbeit mit der PKK.

18.11.95. Alle der 335 TeilnehmerInnen der am Vortage vom OVG Münster verbotenen Demonstration "Für eine politische Lösung in Kurdistan" werden in Köln eingekesselt und festgenommen. Die meisten Menschen erreichen den Versammlungsort erst gar nicht. So werden alle Zufahrtsstraßen abgeriegelt und kontrolliert, Aufenthaltsverbote ausgesprochen, in mehreren Städten schon die Abfahrt der Busse verhindert und Menschen an den Bahnhöfen zurückgewiesen. Die VeranstalterInnen berichten im Nachhinein von brutalen Mißhandlungen durch PolizistInnen. DemonstrantInnen werden Treppen hinuntergestoßen, geschlagen und gewürgt.

20.11.95. 40 Abschiebehäftlinge im Knast Kruppstraße (Berlin) beginnen einen unbefristeten Hungerstreik. Sie protestieren damit gegen die schlechten Haftbedingungen, die langen Haftzeiten, das schlechte Essen, die unzureichende medizinische Versorgung, die Behandlung durch das Personal, die oberflächliche Prüfung der Anträge auf

Haftverschonung und die geplante Umverlegung in den neuen Knast in Grünau. Ein 18jähriger palästinensischer Häftling, der einen Selbstmordversuch begeht, wird in eine Einzelzelle verlegt. 2 Tage später befinden sich noch 13 Häftlinge im Hungerstreik. Der ausländerpolitische Sprecher von Bündnis 90/Grüne, Ismail Kosan, versucht am 21.11. die Häftlinge zur Aufgabe zu bewegen, da ein Hungerstreik kein geeignetes Mittel sei, um die Mißstände im Knast abzuschaffen.

Der bayerische Verwaltungsgerichtshof weist die Klagen von 4 kurdischen Vereinen zurück und bestätigt damit die Verbotsverfügungen des Innenminsters Beckstein, die mit Unterstützung der PKK als Hauptziel der Vereine begründet wurden.

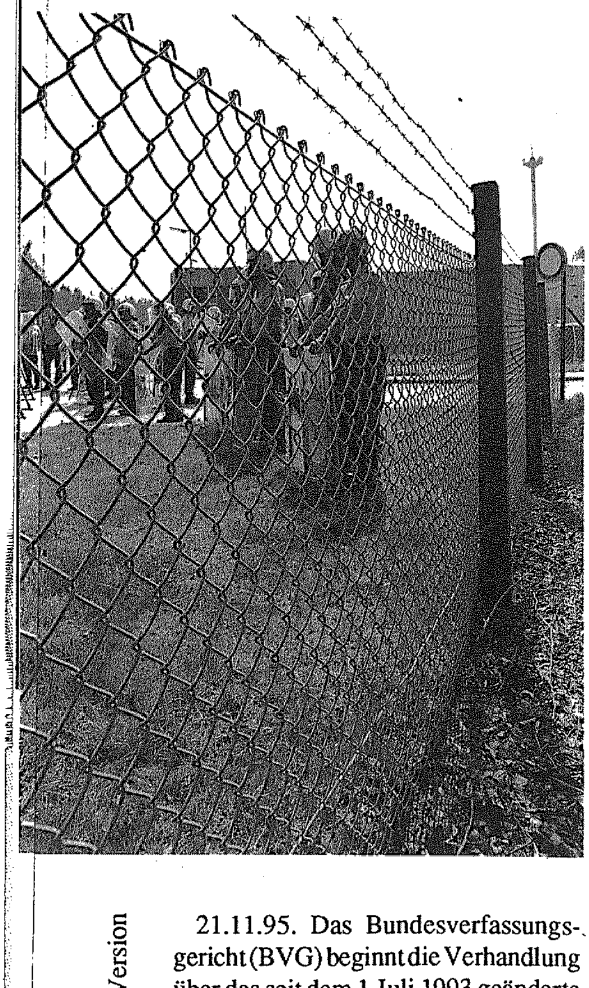


Foto: Herby Sachs/Version

21.11.95. Das Bundesverfassungsgericht (BVG) beginnt die Verhandlung über das seit dem 1.Juli 1993 geänderte Asylrecht. Von den mehr als 1.500 eingegangen Klagen wählte das BVG fünf von abgelehnten AsylbewerberInnen aus, an deren Beispiel exemplarisch über das Flughafenverfahren, die "sichere Drittstaaten"- und "verfolgungsfreie Herkunftsländer"-Regelung verhandelt werden soll. An der Verhandlung nehmen teil: der Bundesinnenminister Manfred Kanther, das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, der BGS, das UNHCR, amnesty international, VertreterInnen karitativer kirchlicher Organisationen. Der frühere Vizepräsident des BVG, Ernst Gottfried Mahrenholz, beklagt den wachsenden Druck, den PolitikerInnen auf das BVG ausüben. Auf dem CDU-Parteitag hatte der Innenminister Kanther das BVG ausdrücklich davor gewarnt, am Asylrecht zu rütteln. Zwei Wochen vor der Beginn der Verhandlung betonte Kanther, zwar keinen Druck ausüben zu wollen, aber die "innere Stabilität Deutschlands" sei gefährdet, wenn auch nur ein Element des "Asylkompromisses" von 1993 wegfallen würde. In die selbe Kerbe haut der Vorsitzende des Rechtsausschusses des Bundestages, Horst Eylemann (CDU), der vorschlägt, das Grundrecht auf Asyl abzuschaffen und durch eine "institutionelle Garantie" zu ersetzen, da mit der Streichung von Teilen des Asylgesetzes der ganze "Kompromiß" gescheitert sei: Wer das "Asylpaket öffne, öffne ein Ventil, das zu ähnlich hohen Flüchtlingszahlen führt wie vor der Neuregelung." Mehrere OppositionspolitikerInnen im Bundestag zeigen sich empört über die Einflußnahme der CDU auf das BVG. In seiner Rede am ersten Verhandlungstag verteidigt Kanther erneut das neue Asylrecht, welches durch seine Beschränkungen erst den Schutz der wirklich Verfolgten ermögliche. Der Gutachter des BVG Walter Kälin stellt fest, daß eine Abschiebung in einen als sicher definierten Drittstaat ohne vorhergehende Einzelfallprüfung gegen das Völkerrecht verstößt. Am zweiten Verhandlungstag, dem 22.11., stehen Kettenabschiebungen im Vordergrund. ai und das UNHCR beschreiben mehrere Fälle von Kettenabschiebungen und widersprechen damit Kanther. Am dritten Tag, dem 23.11., geht es hauptsächlich um die Flughafenregelung. Eine Vertreterin des Bundesamtes gibt zu, daß die Flüchtlinge nicht auf ihre Rechte und den Ablauf des verkürzten Asylverfahrens auf dem Flughafen hingewiesen werden. Ein Mitarbeiter des Flughafensozialdienstes erklärt, daß die Flüchtlinge bis zu einem halben Jahr in dem Flughafenknast gefangen gehalten werden. Am 5. Dezember soll die Verhandlung forgesetzt, im Frühjahr 1996 ein Urteil gefällt werden.

23.11.95. Die Innenminster der europäischen Union einigten sich im Zuge der Angleichung der Asylpolitik auf eine gemeinsame Definition des politischen Flüchtlings. Bürgerkrieg oder gewaltsame Konflikte, zu erwartende Bestrafungen als Kriegsdienstverweigerer oder Deserteur und Verfolgung durch nichtstaatliche Organisationen sind keine ausreichenden Gründe, um aus politischen Gründen Asyl zu erhalten. Außerdem beschlossen die Minister, enger bei den Visa-Erteilungen zusammenzuarbeiten und für einige Herkunftsländer (u.a. Sri Lanka, Pakistan, Afghanistan, Bangladesh, Ghana) Flughafentransitvisa zwingend vorzuschreiben.

Bei der Vorstellung des Berichts zur Lage der Ausländer ruft die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Cornelia Schmalz-Jacobsen, zu einer Ausbildungsinitiative für ausländische Jugendliche auf. Die Arbeitslosenqoute für AusländerInnen lag 1994 bei 16,2%, 7% mehr als die durchschnittliche Arbeitslosenquote.

24.11.95. Der bayerische Innenminister Günter Beckstein (CSU) spricht sich für die Ausweisung und Abschiebung der 400.000 in der BRD lebenden bosnischen Bürgerkriegsflüchtlingen aus. "Zuerst müssen diejenigen zurückkehren, deren Häuser und Wohnungen noch stehen" - so Beckstein, der die Ausarbeitung eines Stufenplanes für die Rückführungen vorschlägt. Beckstein bezeichnet seine Bemühungen als "ein Stück praktischer Aufbauhilfe".

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof entscheidet, daß das Verwaltungsgericht Ansbach noch mal über den Asylantrag des syrisch-orthodoxen Christen, Semon Oguz, aus der Türkei verhandeln muß. Da der Asylantrag, Folgeantrag und mehrere Klagen abgelehnt und Abschiebehaft angeordnet wurde, begab sich Oguz im Juli 95 ins Kirchenasyl in Augsburg.

26.11.95. Nach 19 Tagen setzen die kurdischen Familien Basak und Nayir ihren Hungerstreik aus, da es "münd-

liche Zusicherungen aus dem politischen Raum" gab, ihr Verfahren erneut und positiv zu behandeln. Außerdem kündigten mehrere Kirchen in Hannover an, den Familien im Notfall Kirchenasyl zu gewähren. (siehe 8.11.95)

Am zweiten Jahrestag des Verbots der kurdischen Arbeiterpartei PKK in der BRD demonstrieren in verschiedenen deutschen Städten tausende KurdInnen. Die Polizei ging massiv dagegen vor und verhaftete hunderte von TeilnehmerInnen. So wird in Essen eine Sitzblockade aufgelöst (150 Festnahmen und 5 verletzte Bullen aufgrund der heftigen Gegenwehr), 2.500 KurdInnen demonstrieren in Saarbrücken und in Ulm kommt es zu 78 Verhaftungen. Die meisten Veranstaltungen wurden schon im Vorfeld verboten.

27.11.95. Gegen einen Berliner Polizisten wird wegen Mißhandlung eines Libanesen ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Mitte November 95 hat der Beamte den Rollstuhlfahrer auf der Straße grundlos angehalten, geschlagen und verletzt. Anschließend versuchte der Beamte, den Libanesen die Anzeige gegen ihn zurücknehmen zu lassen.

28.11.95. In Erfurt demonstrieren 200 VietnamesInnen gegen die drohende Abschiebung von 2.000 VietnamesInnen aus Thüringen. Der Innenminister von Thüringen kündigt eine Initiative an, nach der die Bleiberechtsregelung in Thüringen verbessert werden soll. So soll die in der DDR verbrachte Zeit bei der Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis angerechnet werden.

30.11.95. Ein Dolmetscherbüro, 14 Privatwohnungen und die Räume des Kurdischen Elternvereins werden in München von der Polizei durchsucht, der Verein verboten und das Vermögen beschlagnahmt. Vorgeworfen wird dem Verein die Sympathei mit der PKK, die "Durchführung entsprechender Veranstaltungen" über die Situation in Kurdistan und der Besuch der Veranstaltungen durch PKK-AktivistInnen. Am 2.12. besetzen 39 KurdInnen die Räume des Vereins und fordern die Wiederzulassung. 200 PolizeibeamtInnen riegeln die Umgebung weiträumig ab und Spezialeinheiten stehen zur Stürmung bereit. Vermittlungsversuche von AnwältInnen unterbindet die Polizei. In der Nacht zum 3.12. endet die Besetzung "friedlich" mit der Zusage des Oberbürgermeisters, Christian Ude (SPD), einen neuen Verein gründen zu dürfen, wenn dieser sich nur kulturell und nicht politisch betätigt. Die BesetzerInnen werden von der Polizei abgeführt und verhaftet. Ihnen wird versuchte schwere Brandstiftung, Hausfriedensbruch, Vergehen gegen das Waffen- und Vereinsgesetz, Siegelbruch und Nötigung vorgeworfen. Am 4.12. erläßt das Langericht gegen 23 KurdInnen Haftbefehl. Der Oberstaatsanwalt teilt mit, daß ihnen Haftstrafen bis zu 5 Jahren drohen. Die CSU fordert die sofortige Abschiebung der "Extremisten".

In Bonn wird auf Anordnung des Bundesinnenministeriums die Informationsstelle Kurdistan durchsucht und Computer, Geld, Fax sowie sämtliche Aktenordner beschlagnahmt. Begründet wird dies mit der Behauptung, die Infostelle sei eine Nachfolgeorganisation des 1993 verbotenen Kurdistan-Komitees Köln.

Der Nigerianer Saliv Mvunvru Gbolahan sitzt erneut im Abschiebeknast. Sein einziges Verbrechen: er wollte freiwillig aus der BRD ausreisen, nachdem er zwei Jahre als abgelehnter Asylbewerber in der BRD gelebt hatte. Doch der BGS nahm ihn am 1.11.95 auf dem Frankfurter Flughafen fest, weil er falsche Paßpapiere hatte. Am 16.11.95 wurde er aufgrund des Abschiebestopps für Nigeria aus der Haft in Offenbach entlassen. Die Ausländerbehörde in Hildesheim beantragte jedoch sofort wieder Abschiebehaft, da zur Zeit keine Abschiebungen nach Nigeria stattfinden können, aber er trotzdem ausreisepflichtig wäre. Seitdem wartet er, wie auch andere Flüchtlinge aus Nigeria, im Knast in Wölfenbüttel auf seine Abschiebung. Da er seine deutsche Freundin heiraten will und sich in Nigeria nur die erforderlichen Papiere besorgen wollte, zerschlägt die Inhaftierung alle seine Pläne: nach einer Abschiebung unterliegt er einem mehrjährigem Wiedereinreiseverbot und müßte bei Wiedereinreise die Abschiebekosten erstatten.

2.12.95. In Kassel findet eine bundesweite Demonstration gegen Abschiebeknäste statt. Die ca. 700 TeilnehmerInnen fordern die Freilassung der Meuterer, die am 24.7.1994 im Abschiebeknast Elwe (Kassel) bei einem Aufstand einen Wärter als Geisel genommen haben und inzwischen zu hohen Haftstrafen verurteilt wurden. 11 der Meuterer erhielten Haftstrafen zwischen 18 Monaten und fünfeinhalb Jahren. Lediglich ein GSG9-Beamter wurde wegen Körperverletzung (Schläge in den Magen) zu 4.800 DM auf Bewährung verurteilt, obwohl es nach Niederschlagung der Revolte zu schlimmen Mißhandlungen an den Gefangenen gekommen war.

3.12.95. Der parlamentarische Staatssekretär im Arbeitsministerium, Horst

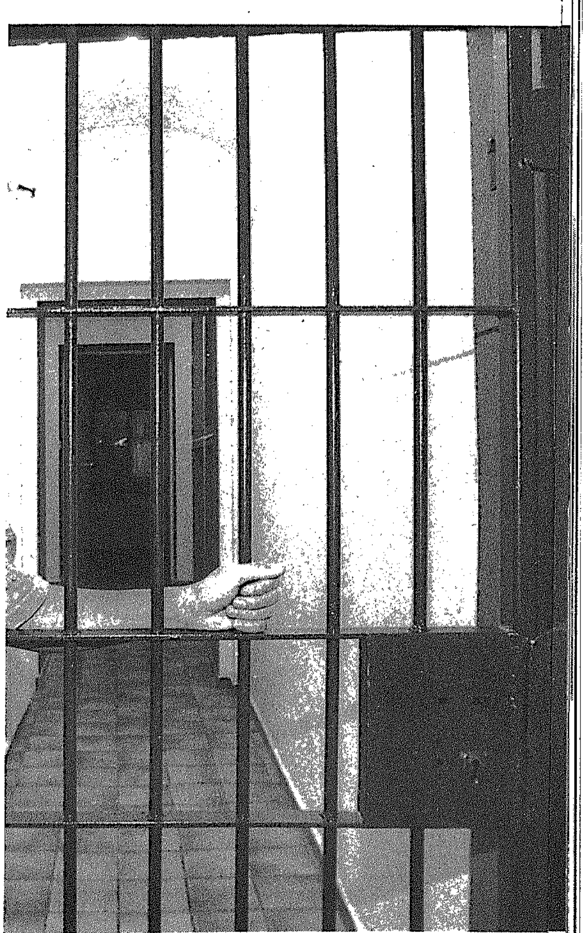


Foto: Herby Sachs/Version

Günther, teilt mit, daß die Anzahl der FahnderInnen gegen die illegale Beschäftigung von AusländerInnen von 450 auf ca. 1500 im Jahre 1996 aufgestockt werden soll, um eine "Kontrolle Tag und Nacht - auch am Wochenende" zu ermöglichen. Außerdem soll die Höchstgrenze der Bußgelder von 100.000 auf 200.000 DM erhöht werden.

Der Bundestag beschließt einen Gesetzentwurf, nach dem ein Flüchtling, der aus der Abschiebehaft heraus seinen ersten Asylantrag stellt, nicht sofort entlassen werden muß, sondern 4 Wochen in Abschiebehaft gehalten werden kann. Diese 4-Wochen-Frist kann verlängert werden, wenn der Asylantrag voraussichtlich als "offensichtlich unbegründet" oder "unbeachtlich" abgelehnt werden wird.

4.12.95. Erika Drees wird zu einer Geldstrafe von 15 Tagessätzen über 70 DM verurteilt. Sie hatte einen Aufruf zur gewaltfreien Entzäunung des Abschiebeknastes in Worms (10.12.94) unterzeichnet. Ein Großaufgebot der Polizei hat die Aktion damals verhindert. Die Staatsanwaltschaft leitete gegen alle 600 UnterzeichnerInnen des Aufrufs



Foto: Sabine Adorf/Version

Ermittlungsverfahren ein. Die meisten wurden gegen Zahlung von 300 DM eingestellt. Wer Widerspruch einlegte, mußte meist nichts zahlen, das Verfahren wurde trotzdem eingestellt. 5 Mitglieder des Aktionskreises wurden ebenfalls zu 15 Tagessätzen verurteilt, 7 zu 30 Tagessätzen wegen Aufforderung zur Sachbeschädigung bzw. Landfriedensbruch. Einer der Richter, Hertz-Eichenrode, betonte, daß die AusländerInnen "die nationale Identität zerstören" würden.

5.12.95. Das "Kurdistan Informationszentrum" in der Mainzer-Landstraße (Frankfurt/Main) wird auf Anweisung des hessischen Innenministers geschlossen, verboten und ein Großteil der Einrichtung beschlagnahmt. In den folgenden Tagen intensiviert die Polizei massiv ihre Präsenz in der Umgebung, um eventuelle Protestaktionen schon im Keim zu ersticken. Der Vorstand des Zentrums will vor dem Verwaltungsgerichtshof klagen, da die Schließung ihrer Meinung nach sachlich grundlos ist und lediglich vor dem Hintergrund des Deutschlandbesuches der türkischen Ministerpräsidentin am gleichen Tag und der geplanten Aufnahme der Türkei in die europäische Zollunion zu verstehen sei. Die Kommunale Ausländervertretung der Stadt fordert die Aufhebung des Verbotes. Ebenfalls am gleichen Tag durchsucht die Polizei und verbietet der Innenminister den "Kultur- und Unterstützungsverein des Kurdischen Volkes" in Frankfurt/Main und "besucht" auch die Wohnungen der Vereinsvorsitzenden. Begründet werden beide Verbote mit der Unterstützung der PKK.

Die Verhandlung des BVG über das Asylrecht wird fortgesetzt und beendet. In der Verhandlung über die "sichere Herkunftsländer"-Regelung stellt sich heraus, daß das Auswärtige Amt in seinen Lageberichten Hinrichtungen in Ghana (1990: 9, 1993: 12) verschwiegen hatte. Gegenteilige Meinungen von Landesjustizministerien und Verwaltungsgerichten wurden bei der Einstufung Ghanas als sicheres Herkunftsland ignoriert. Der Prozeßbevollmächtigte Kanthers, Prof. Kay Hailbronner, kündigt als Folge der Verhandlungen an, das Flughafenverfahren zu vereinheitlichen und gesteht "Defizite und Übergangsprobleme" bei der Drittstaatenregelung ein. Es wird der Fall einer Iranerin vorgetragen, die zwischen der BRD und der Tschechischen Republik hin- und hergeschoben wurde. Kanther erklärt zum Abschluß der Verhandlungen, daß die Asylgesetze prinzipiell bestätigt worden wären. Auf Einzelfälle, die das Gegenteil beweisen könnten, will sich seine Behörde flexibel einstellen, wie bei der damaligen Streichung Gambias von der Liste sicherer Herkunftsländer. Ähnliches könnte er sich mit Ghana vorstellen. Ein Urteil wird für Februar 1996 oder später erwartet. Der sächsische Justizminister, Steffen Heitmann, fordert, daß individuelle Grundrecht auf Asyl abzuschaffen, falls das BVG Teile des Asylkompromisses für verfassungswidrig erklärt.

6.12.95. Im November 1995 kamen 13.153 AsylbewerberInnen in die BRD, davon ungefähr 3.330 aus Serbien und Montenegrien, 2.400 aus der Türkei. Das ist der höchste Monatswert seit fast 2 Jahren. Die Anerkennungsquote betrug im November 8%.

Der abgelehnte kurdische Asylbewerber Ahmet Demirkiran kann sich seiner drohenden Abschiebung durch Flucht aus der Psychiatrie Erlangen entziehen. Eine Kirchgemeinde aus Höchstadt bringt ihn in Sicherheit.

7.12.95. Der Düsseldorf Landtag (Nordrhein-Westfalen) setzte als zweites Bundesland nach Berlin eine EU-Richtlinie in Landesrecht um, nach der EU-AusländerInnen ab 1996 bei den Kommunalwahlen wahlberechtigt sind.

Bayerns und Rumäniens Innenminister vereinbaren eine enge polizeiliche und geheimdienstliche Zusammenarbeit gegen die "rumänisch-deutschen Verbrecherbanden", die seit 1990 allein in Bayern 200 Straftaten verübt hätten und 1994 5.000 in der gesamten BRD. So beschließen Günter Beckstein und Ioan Doru Taracila den Austausch von polizeilichen Erkenntnissen, Fotos, Fingerabdrücken, ZeugInnen und Beschuldigten, gemeinsame Fortbildungskurse für PolizistInnen, gegenseitige Besuche der FahnderInnen und SicherheitsexpertInnen, die Förderung persönlicher Kontakte sowie die Erarbeitung einer gemeinsamen Strategie gegen das "internationale Verbrechen". Die Qualität von Interpol sei für die internationale Arbeit keineswegs ausreichend.

Das Bundesinnenministerium (BMI) will die Verantwortung für die Abschiebung von Flüchtlingen loswerden. Deshalb verhandelt das BMI mit der in Genf ansässigen Internationalen Organisation für Migration (IOM), welche die Koordination der Abschiebungen übernehmen soll. Die IOM, eine zwi-

schenstaatliche Organisation 59 Länder, organisiert zur Zeit schon die freiwillige Ausreise und Weiterwanderung von Flüchtlingen (20.000 Flüchtlinge jährlich aus der BRD in ihre Herkunftsländer, darunter 17.000 abgelehnte AsylbewerberInnen). Die Meinungen bei der IOM über das Angebot des BMI vom 21.9.95 sind geteilt. Ein internes IOM-Papier warnt davor, daß bei der Ablehnung Bund und die Länder die Gelder für die IOM streichen könnten und betont den Vorteil einer zentralen Ausreise- und Abschiebeverwaltung.

11.12.95. Das Amtsgericht Wiesbaden verurteilte einen Kurden zu 18 Monaten Haft ohne Bewährung und verhängte damit ein weit höheres Strafmaß, als von der Staatsanwaltschaft gefordert (7 Monate auf Bewährung). Der Kurde soll während einer verbotenen Demonstration im März 1994 eine Benzinflasche - ohne sie angezündet zu haben - mehrmals in Richtung Polizei geworfen haben.

Das Landgericht Magdeburg bestätigt den Freispruch eines Polizisten durch das Amtsgericht. Der Polizist hatte am Himmelfahrtstag 1994 bei den rassistischen Ausschreitungen in Magdeburg einen Flüchtling aus Irak bei der Festnahme getreten. Weitere 15 Ermittlungsverfahren gegen PolizistInnen wurden schon eher mangels Beweisen eingestellt. Sie hatten damals die Afrikaner, die vor den Hools und Faschos flüchteten, festgenommen, geschlagen bzw. durch die Verfolger verprügeln lassen ohne einzuschreiten.

12.12.95. Das Verwaltungsgericht Wiesbaden entscheidet, daß bosnischen Bürgerkriegsflüchtlingen nach §32a AuslG eine Aufenthaltsbefugnis erteilt werden muß und nicht nur - wie es die gängige Praxis ist - eine Duldung. Die Städte Frankfurt/Main, Wiesbaden und der Kreis Main-Kinzig hatten geklagt, damit das Land Hessen die Kosten für die bosnischen Flüchtlinge übernehmen muß. Die Kosten für Flüchtlinge mit Duldung müssen in Hessen die Kommunen tragen. Das Land Hessen willigt in die Erteilung einer Befugnis jedoch nur ein, wenn der Bund die Hälfte der Kosten übernimmt und die Niederlassungsfreiheit der Flüchtlinge eingeschränkt wird, so daß in jedem Bundesland gleichmäßig viele untergebracht sind.

Die SPD fordert, Ghana von der Liste "verfolgungsfreier Herkunftsstaaten" zu streichen. Die Verhandlung vor dem BVG habe gezeigt, daß das Auswärtige Amt den Bundestag falsch informiert hätte. (siehe 5.12.95)

Nach Angaben der Bundesregierung leben zur Zeit 6,99 Millionen AusländerInnen in der BRD (8,6% der Gesamtbevölkerung). 22,4% der AusländerInnen stammen aus einem EU-Land, 28% aus der Türkei.

13.12.95. Ein Kurde übergießt sich auf dem Hamburger Hauptbahnhof mit Benzin und zündet sich an. Er erleidet dabei lebensgefährliche Verletzungen. Der seit 1993 in der BRD lebende Kurde hat eine Abschiebungsverfügung für den 14.12. erhalten. Die Polizei streitet ab, daß der Selbstmordversuch etwas mit der Ausweisung zu tun hat, sondern gibt dem Kurden, der mit Drogen handeln würde und deshalb Probleme bekommen habe, selbst die Schuld.

In Hamburg beginnt der erste Prozeß im Rahmen des Hamburger Polizeiskandals gegen einen Polizeibeamtem, der einem Afrikaner Desinfektionsspray ins Gesicht gesprüht hat. In zwei anderen Fällen ergingen inzwischen ohne eine Verhandlung Strafbefehle wegen Freiheitsberaubung und Nötigung. Sechs Verfahren wurden eingestellt, 13 andere laufen noch.

amnesty international erklärt gegenüber dem Bürgermeister Bremens, Henning Scherf, daß die zwangsweise Verabreichung eines Brechmittels an mutmaßliche DrogendealerInnen "grausam, unmenschlich und erniedrigend sei". Vor allem AusländerInnen werden in Bremen von der Polizei gezwungen, den Brechsirup zu trinken, um während des Stunden andauernden Erbrechens eventuell verschluckte Drogenpäckchen zu Tage zu befördern. Wer sich wehrt, wird häufig geschlagen und schikaniert. Die Staatsanwaltschaft ermittelt auf Betreiben des Bremer Anti-Rassismus-Büros gegen zwei Polizisten und einen Gerichtsmediziner.

In dem Berliner Wohnheim Zingster Str. (Hohenschönhausen), welches vor allem von vietnamesischen ehemaligen VertragsarbeiterInnen bewohnt wird, findet eine mehrstündige Polizeirazzia statt. 175 Personen werden festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt. Die Polizei begründet ihren Einsatz mit der "Gefahrenabwehr" und der Suche nach "Illegalen und Straftätern". Die Razzia fällt praktischerweise in die Zeit der geplanten Schließung dieses Wohnheimes, welches der Arwobau untersteht. Alle MieterInnen der Zingster Str. erhielten ihre Kündigungen für den 31.12.95. Ersatzwohnraum ist noch nicht in Sicht.

14.12.95. Die ökumenische Arbeitsgemeinschaft "Asyl in der Kirche" appelliert an die Innenminister der Länder, einen sofortigen Abschiebestopp für KurdInnen und ChristInnen aus der Türkei zu erlassen. Von ca. 120 Flüchtlingen, die sich zur Zeit in der BRD im

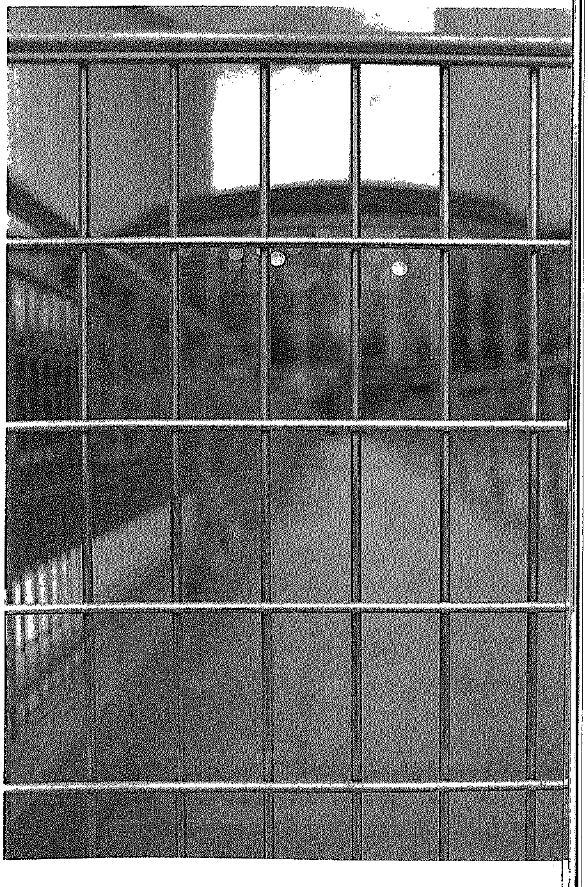


Foto: Sabine Adorf/Version

Kirchenasyl befinden, stammen über die Hälfte aus der Türkei.

Die Innenminster der Länder und der Bundesinnenminister entscheiden sich auf ihrer Konferenz in Erfurt für eine gestaffelte Rückführung von 320.000 Bürgerkriegsflüchtlingen nach Bosnien. Aufgrund der "winterlichen Bedingungen" soll den Flüchtlingen noch etwas Zeit gegönnt werden. Der bis zum 31.3.96 gültige Abschiebestopp wird

nicht noch einmal verlängert. Wer nach dem 15.12.95 einreist erhält keine Duldung. Die Einzelheiten der Rückführung, wie der Abschluß eines Rückführungsabkommens, sollen im Januar 1996 auf einer Sonder-Innenministerkonferenz beschlossen werden. Rund 50 VertreterInnen bosnischer Flüchtlingsvereine protestieren vor dem Gebäude und halten eine Mahnwache ab. Die Minister sprechen sich für eine engere Zusammenarbeit mit Rumänien in der Bekämpfung der organisierten Kriminalität aus und für ein verstärktes Vorgehen gegen das "Problem ständig steigender Ausländerkriminalität".

Ein Flüchtling aus Bulgarien, der am heutigen Tage abgeschoben werden sollte, begeht zwei Selbstmordversuche. Erst stürzt er sich in seiner Wohnung in Fulda aus dem Fenster, danach versucht er sich auf der Polizeiwache in Neuhof mit seinem Schnürsenkel zu erhängen.

Der Bundesrat lehnt den Gesetzentwurf der Bundesregierung vom Oktober 95 über ein neues Asylbewerberleistungsgesetz ab. Das geschieht jedoch nicht nur wegen der umfangreichen Kürzungen für Flüchtlinge sondern auch weil das neue Gesetz an die Streichung der Arbeitslosenhilfe geknüpft ist. Die SPD-regierten Länder sprechen sich gegen eine unbefristete Reduzierung der Sozialhilfe um 20% aus (bislang: 1 Jahr lang), treten jedoch gleichzeitig für eine Verschärfung ein, was den betroffenen Personenkreis angeht: so sollen Bürgerkriegsflüchtlinge zukünftig wie AsylbewerberInnen behandelt werden, d.h. reduzierte Leistungen erhalten. Die Wohlfahrtsverbände der Kirchen, Diakonie und Caritas, kritisieren in einer gemeinsamen Presseerklärung das geplante Asylbewerberleistungsgesetz. Es beeinträchtigt das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit, grenzt AsylbewerberInnen aus und verletzt den Gleichheitsgrundsatz.

16.12.95. In Berlin findet eine Demonstration gegen den im November 95 eröffneten Abschiebeknast Grünauerstr. statt. Im neuen Knast sind inzwischen 170 der 350 Plätze belegt. Unter anderem die hungerstreikenden Flüchtlinge aus dem Knast in der Kruppstr. wurden in die Grünauerstr. verlegt. Außer der Überbelegung der Zellen hat sich ihre Situation dadurch aber nicht geändert. Ob die Kruppstr. geschlossen wird oder als zusätzlicher Abschiebeknast erhalten bleibt, ist noch nicht geklärt.

Wegen einer Schießerei auf dem S-Bahnhof Treptower Park (Berlin), bei der ein Vietnamese erschossen wurde, verstärkt die Polizei ihre Arbeitsgruppe "Vietnam".

* Die Chronik ist in ihrem vollen Umfang (der SF muß auf Platzgründen immer wieder Meldungen herausnehmen) als txt.-Datei oder als doc.-Datei auf Diskette beziehbar. Auf ihr befindet sich auch ein erster Index mit Stichworten sowie Hinweise auf Zeitungsartikel, die die gesammelten Daten und Aussagen belegen. Wer sich dafür interessiert, kann sich an die Redaktion oder am besten direkt an den Infoladen Leipzig wenden: *Infoladen (im Conne Island), Koburger Str. 3, 04277 Leipzig*

Macht und Herrschaft Teil II

von Michael Wilk



Foto: Herby Sachs/Version

1. Eigen(mächtig)es Denken und Handeln

nur noch bei AnhängerInnen von Systemen mit starrer linearer Hirarchie lösen diese Begriffe Angst und Schrekken aus, stehen für Gehorsamsverweigerung und staatsgefährdende Insubordination. Der moderne, aufgeklärte Mensch denkt in der Regel anders, nicht Untertanengeist ist gefragt , sondern Selbstbewußtsein und Selbstständigkeit.

Nicht das die "alten" Qualitäten, seien es z.B. Gehorsam und Anpassung ihren Wert verloren hätten, aber weg vom rein passiven Ausführen einer Anweisung, wird nun ein erweitertertes aktives Agieren in eigenem Verantwortungsbereich erwartet. So klingt die Forderung nach "Flexibilität und kreativem Umgang bei Problembewältigung" nicht nur freundlicher, sondern bezeichnet tatsächlich das Bestreben, die "alten" Tugenden, um die einer "Eigenverantwortlichkeit" zu erweitern, die im ökonomischen Bereich eine höhere Effektivität und im psycho- sozialen eine stärkere Anbindung zur Folge hat.

Wenn heutzutage immer mehr Begrifflichkeiten aus (ehem.) linkem Kontext in jedem besseren Handbuch für Firmenmanagement zu finden sind, so steht dies weniger für das Durchsetzungsvermögen diverser systemkritischer Ansprüche, sondern vielmehr

für die Fähigkeit eines Systems, Abweichungen in bare Münze- und oder auch sozialhygienisch zu utilisieren.

Die Ansätze einer außerparlamentarischen Organisierung nach 68 und die folgende Bürgerinitiativenbewegung haben dem System in diesem Sinne einen nützlichen Dienst erwiesen. Sie haben, von einem richtigen Ansatz her kommend, nämlich der Interessensdelegation und der parlamentarischen Verwaltung der Menschen eine andere Ebene entgegenstellen zu wollen, längst ihren Schrecken für diejenigen verloren, die in ihnen die Keimzelle der Anarchie sahen.

Noch 1975 war dies anders: Die Bewegung gegen den Bau des Atomreaktors bei Wyhl ließ die FAZ erschaudern *"Hier wird so wenig wie möglich sortiert und reglementiert. Bei den oft leidenschaftlichen Meinungsverschiedenheiten sucht man lediglich das unvermeidliche Maß an Übereinstimmungen. Das geschieht vielfach mit erstaunlicher Disziplin. Dennoch haftet diesen Bürgerinitiativen etwas anarchistisches an. Nicht zufällig entziehen sie sich vollständig den Parteien ... "* (FAZ 14.6.75)

Bestrebungen sich den Zwangsvorgaben der Regierungsvertreter eigeninitiativ entgegenzustellen, Bau und andere Pläne nicht einfach "strahlende" Realität werden zu lassen, löste bei uns Begeisterung - bei anderen die Vision eines zerbröselnden Rechtsstaats aus: *"ein Alptraum des Bundeskriminalamts-Präsidenten Herold, weil dies nach seiner Ansicht das Ziel aller «Staatsfeinde» ist: der «bewußte Aufbau von Gegenmacht gegenüber diesem Staat oder die Leugnung des staatlichen Gewaltmonopols-», weshalb bereits der Versuch von «Gegenmachtsymbolen» zu unterbinden sei. Wyhl - wie auch immer es dort ausgehen mag - ist zu einem solchen «Gegenmachtsymbol» geworden...."* (Sebastian Cobler, Die Gefahr geht vom Menschen aus, Rotbuchverlag 1976)

Die StaatsvertreterInnen reagierten vorerst klassisch: im Februar 1975 erfolgte die Räumung des von 20000 Menschen besetzten Baugeländes mittels eines massiven Polizeieinsatzes. Viele Verhaftungen und Strafverfahren folgten. Trotz der Versuche den breiten Widerstand mit den üblichen Mitteln zu kriminalisieren, gelang es nicht, die Bewegung zur Aufgabe zu zwingen.

Das AKW Wyhl wurde nicht gebaut, der Widerstand gegen das Projekt wurde zum Meilenstein der Bürgerinitiativenbewegung, zum vielzitierten Beispiel erfolgreichen Vorgehens gegen selbstherrliche Staatsmacht, zudem noch beispielhaft verkörpert in der Person des Ministerpräsidenten Filbinger, des früheren NS-Militärrichters (ein Tatbestand, der uns leider damals noch nicht bekannt war).

So sehr auf unserer Seite die Begeisterung, für die Möglichkeit die scheinbare Omnipotenz des Staates zumindest partiell zu knacken, zu der Illusion führte, daß mit dem Widerstand gegen das Atomprogramm ein entscheidender Hebel gegen eine uns autokratisch erscheinende Herrschaftsmaschinerie gefunden sei, so sehr hinterließen die Ereignisse auf Seiten der PolitikerInnen die unangeneme Erfahrung einer neuen Art von Konfrontation. Neu deshalb, weil sich anders als 1968 nicht nur "wildgewordene Bürgerkinder", sondern die Bürger (und BauerInnen) selbst zu TrägerInnen des Widerstands wurden (z.B. den Bauplatz besetzten, ein Hüttendorf errichteten). Der Dissens gegenüber dem System war über eine leicht zu isolierende radikale Minderheit hinausgewachsen, hatte eine Form angenommen, die den Rahmen einer üblichen Bürgerpedition deutlich sprengte, ja sie verließ sogar den tugendhaften Rechtsweg und ging zur direkten Aktion über. Eine bittere Angelegenheit in einer Situation, in der die staatlichen Organe eher auf die Unterstützung ihrer BürgerInnen angewiesen waren, galt es doch die gerade im Verlauf der siebziger Jahre angewachsen "Bedrohung durch terroristische Gruppen" durch "Mithilfe der Bevölkerung" in den Griff zu bekommen.

Die erfolgende massive Aufrüstung am Thema "Innere Sicherheit", die Verschärfung der Strafgesetze und der Prozessordnung sowie die materielle und personelle Verstärkung der Polizei waren nur der primäre Reflex der staatlichen Institutionen auf die vielfältigen Gefahren denen sich der Rechtsstaat ausgeliefert sah. Diese erste, schnelle Antwort der Obrigkeit wurde damals mit der Bedrohung der Rechtsordnung, die von "terroristischen Organisationen" (namentlich der RAF und dem 2.Juni) begründet. Die Zuspitzung der Ereignisse, die Verschärfung einer militant/militärischen Gangart in der Auseinandersetzung zwischen Staatsorganen und bewaffnet kämpfenden Gruppen waren vordergründiger Anlass für jenes staatliche Vorgehen, das in den "Deutschen Herbst 77" mündete und Deutschland mit einem beispiellos repressiven Klima belegte. Es ging jedoch um mehr, als den Versuch, die relativ kleine Guerilla zu zerschlagen; die Angst der bundesdeutschen Repräsentanten beschränkte sich nicht auf die (zu dieser Zeit zunehmend in die Isolation geratenden) Aktionen der RAF (erinnert sei an die Entführung der Lufthansamaschine Landshut und die Selektion der jüdischen Passagiere), sondern sie fürchteten breiteren Unmut: *"Die Angriffe auf die Ordnung"*, so der damalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Ernst Benda, *"haben in den terroristischen Aktivitäten nur einen besonders dramatischen Ausdruck gefunden. Das Gesamtbild ist durchaus ernster. Es wird auch im Falle einer vollständigen Zerschlagung solcher Tätigkeiten der kriminellen Vereinigungen weiter Anlaß zu Besorgnis und Wachsamkeit geben ... Die Gefahr (geht) von gesellschaftlichen Gruppen mit verfassungsfeindlicher Zielsetzung aus, und die trifft mit einer sich langsam verbreitenden Verfassungsverdrossenheit in der Bevölkerung zusammen, die sich bei den Älteren in Gleichgültigkeit ausdrückt, bei vielen jüngeren Menschen als Skepsis, offene Ablehnung oder romantische Hinwendung zu den Idealen anderer Gesellschaftssysteme erscheint"*. (E. Benda,Der Rechtsstaat in der Krise, Stuttg.72)

Daß es weniger um die Ablehnung einer abstrakten Verfassung ging, sondern (am Bsp. der AKWs) um existenzielle Ängste, wie auch um die mangelde Möglichkeit auf staatliche Entscheidungen, die sich eher an den Bedürfnissen der Industriemagnaten als an denen der Bevölkerung orientierte, Einfluß nehmen zu können, kümmerte wenig. Ein von der CDU am 4.7.75 vorgelegtes "Offensiv-Konzept" beschrieb gar schröckliches: *"Die Aufnahmebereitschaft für die von den Anarchisten vertretenen gesellschaftspolitischen Utopien wurde gefördert durch ... (den) Verlust von Orientierungswerten; (durch) einen fortschreitenden Autoritätsverlust des Staates aufgrund einer falsch verstandenen Liberalisierung; (durch) die gezielt propagierten Zweifel familiärer, nachbarschaftlicher und*

religiöser Bindungen ... es geht nicht an, daß in Jahrhunderten gewachsene Werte und kulturelle Leistungen leichthin in Frage gestellt werden; (daß) jungen Menschen in Schulen und Hochschulen ein Weltbild vermittelt wird, das den einzelnen Menschen und von ihm geschaffene kulturelle Werte nichts und die angebliche Kraft der Gesellschaft und deren Evolution alles sein läßt; ... es ist eine vorrangige Aufgabe (des Staates als ordnender Kraft), daß die grundlegenden Prinzipien unserer staatlichen Ordnung nicht zur Disposition gestellt werden." (Offensiv-Konzept- der CDU, Bonn, 4-7-1975, S-14)

Noch genauer brachte es der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt auf den Punkt, als er das formulierte was damals wie heute am meisten von den Damen und Herren auf den Regierungsbänken gefürchtet wird: *"Gefährlicher, ja existenzbedrohender wäre es, wenn der Rechtsstaat die Solidarität und die Selbstidentifikation seiner Bürger verlöre."* (Rechtspolitischer- Kongreß der SPD, zitiert nach Bundestag, 12.6.1975, S-12435, Zit.n.S.Cobler)

Zeitsprung

Gut zwanzig Jahre später finden wir uns in einer Situation, in der (um am Beispiel der Atomenergie zu bleiben) sich zwar die weitaus größte Mehrheit der Bevölkerung gegen Atomkraftwerke ausspricht, mehrere Großprojekte am Widerstand gescheitert sind, aber nichtsdestotrotzzig Atommeiler munter vor sich hin blubbern. Das Ausstiegsprogramm der SPD ist offensichtlich das Papier nicht wert auf dem es geschrieben wurde (wen wunderts) und grüne Umweltministerinnen waschen sich die Hände in Unschuld, sind sie doch den Weisungen aus Bonn unterworfen. Nur ein Häuflein Unentwegter bemüht sich um Kontinuität, zelebriert den sich jährenden Katastrophentag von Tschernobyl. Was bleibt sind letzte Kristallisationspunkte z.B. Gorleben, richtig und wichtig und doch drängt sich die Frage auf: Was ist passiert? Was ist aus den Befürchtungen Helmut Schmidts geworden, deren reziproker Wert die Grundlage für die Hoffnung auf eine weiterreichende emanzipative Bewegung darstellte.

Die Kriminalisierung der militanten Anteile der sozialen Bewegungen waren (und sind) wie gesagt, nur der erste Reflex auf die Abweichung von der Regel und dem populärer werdenden zivilen Ungehorsam. Weitaus wirksamer erwies sich die im Laufe der Jahre erwiesene Offenheit gegenüber den systemkritischen Ansätzen in einer zunehmend differenzierteren Form, wie auch die Instrumente offener Repression zunehmend differenzierter eingesetzt wurden. So wie sich bemüht wurde die Fehler der Anfangszeit zu vermeiden und z.B. nicht mehr auf alle einzuschlagen, oder alle zu verhaften, sondern nur noch die als militant Bezeichneten, so wurde sich darum bemüht nicht mehr die Inhalte und die Form in ihrer Gesamtheit zu verteufeln ("Alles Spinner, dann gehen die Lichter aus"). Ein Prozess der Zeit und eine gewisse Flexibilität erforderte und der der SPD, deren "linker Flügel" bis in die Reihen diverser Bewegungen reichte, leichter fiel als der CDU. Wohlgemerkt ging (und geht) es nicht darum, alle Inhalte und Ziele der diversen Bewegungen zu

reintegrieren - nur das sozusagen halbwegs Verdauliche fand Aufnahme in die Diskussionsrunden und Parteitagspalaver. Die Gründung und voranschreitende Etablierung der Grünen und die damit zunehmend unter Beweis gestellte und von den Parteistrategen gefürchtete Integrationsunfähigkeit, veranlaßten die SPD zwangslaufig dazu, einige der, vor allem ökologisch orientierten Punkte in das eigene Programm aufzunehmen. Eine forcierte Bündnispolitik mit den Grünen- deren etablierungswütiger Flügel sich gegen die IllusionistInnen, die geglaubt hatten emanzipative Politik parlamentarisch praktizieren zu können, durchgesetzt hatte- trug ein übriges dazu bei die ursprünglichen Forderungen auf ein "schluckbares" Maß schrumpfen zu lassen. Die aufbereiteten Inhalte und Formen wurden dem System einverleibt, und quasi im Verdauungsprozess dem Staatsorganismus wieder zugeführt. *"Die Absorbtion progressiver Vorhaben findet statt, indem diese so abgeschliffen werden, daß sie die herrschende Ordnung nicht bedrohen, während sie zugleich in dem Ausmaß verwirklicht werden, welches Kritik am Staat nicht aufkommen läßt.(...)Präziser gefaßt bedeutet «Absorbtion», daß ursprünglich transzendierende Einstellungen und Handlungen auf eine Weise in die herrschende Ordnung integriert werden, welche die dominierenden Interessen nicht in Frage stellt."*
(T.Mathiesen, Die lautlose Disziplinierung, AJZ 1985)







Foto: Theo Heimann

Helmut Schmidts Partei, die Altmeisterin in der Kunst der "Absorbtion" hat ihre klassische Funktion längst an die Grünen abgegeben, deren Schwierigkeit momentan hauptsächlich darin zu liegen scheint, daß es sowenig zu absorbieren gibt.

Da nach diesen Ausführungen leicht der Eindruck entstehen könnte, alle Anderen seien für Integrationsprozesse verantwortlich, nur die TrägerInnen der ursprünglichen Bewegung nicht, muß an dieser Stelle bemerkt werden, daß zu jeder Herrschafts- und Machtkonstellation (und um die geht es nach wie vor) natürlich mindestens zwei gehören; so auch hier - die ,die integrieren und die die es zulassen.

Festzuhalten bleibt trotzdem, daß nach dem mühsamen Entstehen einer (z.B. ökologischen) Bewegung, die ein erhebliches Maß an Distanz gegenüber staatlicher Politik voraussetzte, die bei allen Beteiligten viel Mut erforderte den Protest in reale Widerstandsformen umzusetzen, es neben den inneren Prozessen des Zerfalls, es die "Teile und Herrsche Politik" und die Elastizität sowie die Integrationskraft des Staates war- die zur Schrumpfung der Bewegung führte.

Das System geht gleichsam gestärkt aus der Auseinandersetzung hervor- bereichert um die ihm nützlichen Inhalte der Protestbewegung und auch bereichert um die integrationsfähigen Menschen, deren erwiesenermaßen kreativeres Potential in die gemeinsame "Wir -Ebene" der Volksgemeinschaft eingebracht und damit gewinnbringend vermarktet werden kann.

2. Zur Bedingung Emanzipativer Prozesse

Die Erkenntnis, daß Macht in ihrer Wirkung innerhalb unserer Gesellschaft nicht linear, nicht nur vertikal und hierarchisch verläuft, sondern auch horizontal wirksam ist, eben im Foucaultschen Sinne *"die Menschen in ihren Maschen zirkulieren läßt"*, zeigt nicht nur den Anachronismus der ausschließlich repressionsorientierten Herrschaftsanalytik auf, sondern weist auch jeden Menschen ein bestimmtes Quantum an Macht zu. Gemeint ist eben nicht das ausschließlich passive Unterworfen- und ausgeliefert sein unter anonyme Machtprozesse, sondern das aktiv/produktive Funktionieren innerhalb derselben. Die damit verbundene Aufwertung vom "Objekt" innerhalb der eingesetzten Herrschaftsstrategien, hin zum Subjekt der gesellschaftlichen Prozesse, läßt nicht nur das Gegenwartsindividuum seine "Unschuld" als reines Opfer der Verhältnisse verlieren, sondern postuliert somit eben auch die Möglichkeit der aktiven Einflußnahme.

Auch wenn diese " Einflußnahme" sich meist auf die Reproduktion von Herrschaftverhalten und Weitergabe von Herrschaftswissen beschränkt, ist ihr Ursprung nicht ein durch Entmündigung gleichsam vollnivelliertes, schier entpersonalisiertes Wesen, sondern ein Mensch dessen Fähigkeiten, Ressourcen und Bedürfnisse auch in der Lage

sind, das Regelwerk systematischer normativer Erfüllung zu verlassen.

Dies ist gewünscht und dienlich (siehe Teil I). Abweichung von der Regel ist das "Salz in der Suppe" einer modernen Herrschaftsstruktur, ist die Grundlage dafür, sich auf neue (z.B. ökonomische) Bedingungen einstellen und reagieren zu können. Unbeweglichkeit und Starrheit haben sich gegenüber flexibelem Umgang mit Irritationen, als die untauglicheren Mittel erwiesen. Es gilt somit, nicht nur den Fortbestand der Ordnung zu garantieren, sondern auch die kreative Potenz der Abweichung für sich zu sichern.

Unter welchen Umständen sich die Aktivitäten konform (im Regelfall) und unter welchen sie sich dissonant verhalten, ist von vielen Faktoren abhängig, ist jedoch stets Ergebniss eines spezifischen Prozesses, sowohl einer objekthaften Ein- und Zuordnung, einer Funktionszuweisung durch das System, als auch der spezifischen Reaktion des Individuums als subjektive/r TrägerIn von Bedürfnissen und Fähigkeiten, auch wenn diese wiederum interaktiv von außen erzeugt oder geweckt wurden.

Die "Bemächtigung" des Menschen durch das System ist also durchaus in doppelter Weise zu verstehen: Einerseits im repressiv anpassenden - anderseits im ausstattendem produktiven Sinne.

Die Beurteilung gesellschaftlicher Zustände in Bezug auf die Möglichkeit emanzipativer Prozesse bedarf also, soll sie sich auf die vorabbeschriebene Feststellung beziehen, nicht nur der Klärung aktueller Herrschaftsmethodik und der entsprechenden quanti- und qualitativen Verteilung von Macht (einschl. der Gegenmacht), sondern vor allem auch die Bedeutung einer Resistenz gegenüber Integrationsmechanismen.

"Die Diversifizierung und Verallgemeinerung von Macht in die Gesellschaft hinein heißt aber nicht, daß sie sich zufällig verteilt. Vielmehr bilden sich auch beständige Asymmetrien heraus, die sich zu Dominanzen verdichten. Denn Macht wird nach Norbert Ellias (N.Elias, Etablierte und Außenseiter, FfM,1986) dann zur Dominanz, wenn sich viele Machtquellen vernetzen und damit ein Anspruch auf soziale Unterscheidung und Überlegenheit durchgesetzt wird. Die Kohäsion, der Zusammenhalt der in diesem Netzwerk Privilegierten läßt sie möglichst alle Zugänge zu den Ressourcen für die Außenstehenden verschließen, was eben nicht unbedingt primär mittels persönlichem, bewußtem und absichtlichem Ausschluß geschieht, sondern vor allem auch durch Strukturen, die eine stabile Asymmetrie in der Verteilung von sozialen Positionen, das heißt von politischem und kulturellem Einfluß gewährleisten. Diese Ungleichheit äußert sich sowohl in dem unterschiedlichen Zugang zu Ressourcen als auch in der unterschiedlichen Repräsentanz und Partizipation in der Gesellschaft, was sich über ungleiche Chancen im Bildungssystem, im Gesundheitswesen, auf dem Wohnungsmarkt und über soziale Beziehungen vermittelt, die bestimmte Gruppen von Menschen tendenziell ausschließen."
(Birgit Rommelspacher, Dominanzkultur, Orlanda,1995)(Anmerkung des Verfassers: B.Rommelspacher unterscheidet begrifflich Herrschaft von Dominanz, indem sie Herrschaft als auf Repression gegründet- Dominanz jedoch, als auf Zustimmung und internalisierte Normen gestütztes Verhältnis definiert. Ich verwende weiter die Bezeichnung "klassische" Herrschaftsmechanismen und "moderne" Herrschmechanismen, im gleichen Sinne)

Die Verteilung der Macht, die zwar niemanden ausläßt, aber deshalb noch lange nicht egalitär verläuft, schafft Unterschiedlichkeiten die sich dann zu Herrschaftsverhältnissen stabilisieren, wenn ein Wechsel der Positionen nicht mehr möglich ist- oder direkt verhindert wird. Herrschaft ist in diesem Sinne, trotz der Fähigkeit flexibel und integrativ zu wirken, als eine Form der Macht zu betrachten, die von der Tendenz her zu kristallisieren bestrebt ist. Herrschaft hat somit das Bestreben Machtbeziehungen einzufrieren- im Gegensatz zu emanzipativer (Gegen)macht, die das Bestreben zu fluktuiren hat und kristalline Strukturen zu liquidieren sucht.



"Wenn einem Individuum oder einer gesellschaftlichen Gruppe gelingt, ein Feld von Machtbeziehungen zu blokkieren, sie unbeweglich und starr zu machen und -mit Mitteln, die sowohl ökonomisch als auch politisch oder militärisch sein können- jede Umkehrbarkeit der Bewegung zu verhindern, dann steht man vor dem, was man einen Herrschaftszustand nennen kann."
(M.Foucault, Freiheit und Selbstsorge, Materialis1985)











Die Mobilisierung persönlicher Ressourcen zur Auflösung verfestigter Machtverhältnisse setzt ein persönliches Interesse daran voraus. Was lapidar klingt, ist elementare Grundbedingung eines jeden noch so partiellen emanzipativen Ansatzes. Warum sollte jemand den gewohnten Regelkreis verlassen, der weitestgehend in der Lage ist die Bedürfnisse (die ja zum großen Teil innerhalb des Regelwerks erzeugt werden) zu befriedigen. Gerade die Möglichkeiten der Teilnahme an der Macht, und an den Privilegien einer mitteleuropäischen "Konsum -Kultur", lassen die meisten Menschen eher ihr Heil in Anpassung an die Erfordernisse des mainstreams suchen und nicht in der Abkehr, im Ausscheren, in kritischer Distanz, geschweige denn in der Revolte.

Jedes Herrschaftssystem ist also gut beraten, innerhalb seines Einflußbereichs nur solche Bedürfnisse zuzulassen zu deren Befriedigung es in der Lage ist - ja perfieder noch- Bedürfnisse zu erwecken zu deren Befriedigung es unabdingbar erscheint, die "Spielregeln" des Systems exakt einzuhalten.

Ein System, das Bedürfnisse weckt und gleichzeitig den Individuen die Recourcen und Macht in die Hand gibt, in scheinbar freier Selbstbestimmung zur Befriedigung dieser Bedürfnisse agieren zu können, bindet nicht nur den betreffenden Menschen ein, sondern verleiht ihm/ihr überdies noch das Gefühl selbstbestimmten Handelns und Denkens. ("Jeder ist seines Glückes Schmied")

"Wir können wahre und falsche Bedürfnisse unterscheiden. Falsch sind diejenigen, die dem Individuum durch partikuläre gesellschaftliche Mächte, die an seiner Unterdrückung interessiert sind, auferlegt werden: diejenigen Bedürfnisse, die harte Arbeit, Aggressivität, Elend und Ungerechtigkeit verewigen. Ihre Befriedigung mag für das Individuum höchst erfreulich sein, aber dieses Glück ist kein Zustand, der aufrechterhalten und geschützt werden muß, wenn es dazu dient, die Entwicklung derjenigen Fähigkeit (seine eigene und die anderer) zu hemmen, die Krankheit des Ganzen zu erkennen und die Chancen zu ergreifen, diese Krankheit zu heilen. Das Ergebnis ist dann Euphorie im Unglück." (H.Marcuse, 1968, zit.n.M.Gronemeyer, Die Macht der Bedürfnisse, rowohlt1988)

Es wäre ein Irrtum anzunehmen, daß in z.B. zentral-europäischen Systemen, neben den "falschen" Bedürfnissen nicht auch richtige (Grundbedürfnisse) befriedigt würden. Die Differenzierungshoheit liegt jedoch in der Regel beim System- der einzelne Mensch hat kaum die Möglichkeit aus der Zirkulation und Eingebundenheit herauszutreten und zwischen künstlichen und Grundbedürfnissen zu unterscheiden; Auch kann die Befriedigung der Grundbedürfnisse (hier) als ein Privileg betrachtet werden, welches an den Grenzen der E.U. endet und das entsprechend gegen Außenstehende verteidigt wird, obwohl es gerade die Universalität ist, die Grundbedürfnisse definiert und die Befriedigung derselben allen Menschen zugestanden werden muß (sei es die Stillung von Hunger oder Wohnraum, um nur zwei zu nennen). Das Wecken von Bedürfnissen und die Möglichkeiten ihrer Befriedigung sind Regulative der Einbindung und Ausgrenzung, schaffen Privilegien und das Bestreben diese zu erhalten, sind aber ebenso im Umkehrschluß möglicher Ausgangspunkt des Aufbegehrens gegen diejenigen, die die Befriedigung versagen.

"Bedürfnisse sind auch aus der Perspektive der Macht zwiespältig, ihrer Ausbreitung und Vervollkommnung förderlich, aber gleichzeitig eine gefährliche Keimzelle der Rebellion gegen Unterdrückung. Die Macht muß das waghalsige Kunststück riskieren, die Begehrlichkeit gleichzeitig zu reizen und mit äußerster Wachsamkeit im Zaum zu halten."(ebenda)

Bedürfnisse können sich somit in ihrer Ambivalenz sowohl herrschaftsstabilisierend als auch gefährdent auswirken, können unter bestimmten Umständen zum Ausgangspunkt eines emanzipativen Prozesses werden.

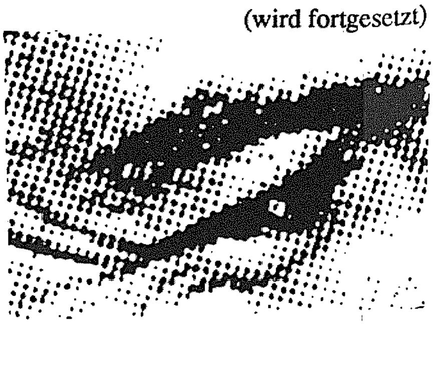
Auf den/die Einzelne/n bezogen, ist die erste Bedingung für Abweichung im Sinne einer Loslösung von der Regel/ Norm, das Entstehen einer inneren Divergenz - zwischen einer "subjektiven Ich-Instanz" und einem System, daß nicht in der Lage, oder Willens ist, Bedürfnisse innerhalb seines Regelwerks der "objektiven Normierung" zu befriedigen.

Bezüglich eines "Privilegien- Systems", hat jedoch ein etwaiges Aufbrechen an der Oberfläche von ansonsten tiefgreifenden Übereinstimmungen noch keine moralisch/ethische Qualität, die sich von der der Norm wesentlich unterscheidet. Unmut in der Bevölkerung über sozial- ökonomische Verschärfungen ist in diesem Sinne beileibe kein Grund, automatisch in "sozial-revolutionäres Frohlocken" auszubrechen.

Verärgerung über die potenzielle Gefährdung der Privilegien schafft möglicherweise eine gewisse Divergenz, die sich jedoch als emanzipierendes Moment schnell erschöpft, namentlich dann, wenn die Infragestellung der restlichen Privilegien droht. Konkret heißt dies, daß z.B. der Arbeitskampf innerhalb Deutschlands immer auch Besitzstandswahrung bedeutet, die in nationalen Werten "denkt" und sich im schlimmsten Fall einen Dreck darum schert, daß die für sich in Anspruch genommene Befriedigung der Bedürfnisse, auf den internationalen Rahmen übertragen, völlig andere Konsequenzen erfordern könnte. Die emanzipative Potenz einer "inneren Abweichung" b.z.w. "Interessensdivergenz" gegenüber dem System, ist immer von der jeweiligen Position des Subjekts innerhalb einer Herrschaftsbeziehung abhängig. Interessensdivergens hat innerhalb einer Privilegiengesellschaft wie der unseren, eine andere Bedeutung und Auswirkung als in Systemen "klassischer Hierarchie".

Jede Phase eines emanzipativen Prozesses- sei die erste, die der partiellen Distanz gegenüber dem System oder die zweite, die eine graduelle Verselbständigung und Eigendynamik charakterisiert- bestimmt sich zu jederzeit aus der Wechselbeziehung der persönlichen Position des Subjekts (Frau, Mann, Hautfarbe, Klasse etc.) und der daraus erwachsenden Motivation (mentale Verfassung, Mut, Angst etc.) - und den objektiven Bedingungen des (Herrschafts)Systems, seiner Flexibilität und Integrationsfähigkeit ebenso wie die Möglichkeit der Ausgrenzung, des Verschlußes und der Zerstörung.

(wird fortgesetzt)



Neues zu den Verfahren und ZeugInnenvorladungen der BewohnerInnen der Fritzlarer Straße/ Frankfurt



Foto: Sabine Streich

Anmerkung der Redaktion:
Aufgrund des Besitzerwechsels eines Motorrades, das leider ausgerechnet dem Bad Kleinen auslösendem Spitzel Klaus Steinmetz gehörte und in den Besitz einer Bewohnerin eines Hauses in der Fritzlarer Straße (Frankfurt) übergangen ist, wurden die BewohnerInnen zum einen als "Zeugen" vorgeladen und zum anderen Objekt mehrfacher Hausdurchsuchungen. (siehe SF 4/ 95) Bei den Vorladungen verweigerten sie die Aussagen.

Ende November 1995 erreichen uns 6 neue Vorladungen zum Bundesgerichtshof. Am 12. und 14. Dezember 95 verhängte der Ermittlungsrichter am BGH, Beyer, gegen vier unserer MitbewohnerInnen jeweils 5 Monate Beugehaft und Ordnungsgelder. Der fünfte bezog sich auf sein Aussageverweigerungsrecht nach § 52 (Verlobung) und der sechste Geladene wurde zu 1.000 ,- DM Ordnungsgeld verurteilt (er ist Vater eines eineinhalbjährigen Kindes, die Mutter wurde am gleichen Tag zu 5 Monaten Beugehaft verurteilt).

Conny, Jens, Nik und Petra sind jetzt für 5 Monate im Knast, weil sie die Aussagen in einem Verfahren gegen ihre Mitbewohnerin Andrea verweigerten. Der Terror der Staatsschützer hört aber noch lange nicht auf. Der 3. Hausdurchsuchung folgte die vierte, und Anfang Dezember 95 die fünfte Hausdurchsuchung. Das BKA durchwühlte auf mündliche Anordnung des Bundesanwaltes Griesbaum schon wieder alle Wohnungen des Projektes. Ein neues, mittlerweile das dritte, Ermittlungsverfahren nach §129a ist eröffnet worden. Es richtet sich gegen unsere Mitbewohnerin Andrea wegen Mitgliedschaft in und unseren Mitbewohner Sven, wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung.

Beugehaft und Aussageverweigerung

Die Bundesanwaltschaft und der Bundesgerichtshof sind für uns keine neutrale Institutionen, sondern politische Verfolgungsbehörden. Ihr Ziel ist es, Menschen zu kriminalisieren, in die Enge zu treiben und gegeneinander auszuspielen.

Anhand der Situation von Andrea war für unsere Diskussion innerhalb des Wohnprojektes klar, daß der Raum zwischen Zeuge/Zeugin und BeschuldigteR äußerst gering ist. Der Tenor der Beschlüsse und Begründungen von BAW und BGH machte ebenfalls keinen Unterschied in diesem Sinne. Auch der angeblich nichtvorhandene Anfangsverdacht gegen ZeugInnen ist bedeutungslos, denn alle BewohnerInnen des Projektes werden als linksextrem eingestuft und ihnen wird potentiell zugetraut, unterstützend tätig geworden zu sein oder noch zu werden.

Mit diesem Hintergrund haben 5 Vorgeladene sich zunächst auf den §55 (mögliche Selbstbelastung) berufen. Es war von vornherein klar, daß dies nur einen Sinn macht, wenn dieser Paragraph auf den gesamten Komplex zugelassen würde und nicht nur auf Einzelfragen.

Der BGH hat die Berufung auf den §55 abgelehnt, unter anderem mit der Begründung, daß es sich hierbei nur um ein vorgeschobenes Scheinargument handele. Die BewohnerInnen des Wohnprojektes hätten mehrfach öffentlich dargelegt, daß sie unter keinen Umständen bereit seien irgendwelche Angaben zur Sache zu machen. Da den "ZeugInnen" der §55 nicht anerkannt wurde, verweigerten sie die Aussage, was dazu führte, daß nun 4 davon in Beugehaft sitzen.

zu den Haftbedingungen:

Conny, Jens, Nik und Petra sitzen in vier verschiedenen Knästen (in der Reihenfolge: Bühl, Rastatt, Heimsheim und Schwäbisch Gemünd). Die gesamte Post unterliegt der Zensur durch den BGH, ebenso die Zeitschriften und Tageszeitungen. Besuchsanträge laufen ebenfalls über den BGH. Besuch dürfen sie alle 14 Tage für eine halbe Stunde bekommen, die Mutter des Kindes kann zusätzlich für eineinhalb Stunden alle 14 Tage ihr Kind sehen. Ansonsten unterliegen sie den normalen Vollzugsbedingungen.

Den MitbewohnerInnen werden bisher die Besuchsanträge abgelehnt, mit der Begründung, daß die Aussageverweigerung eine gemeinsame Entscheidung aller BewohnerInnen des Projektes gewesen sei. Außerdem hätten die BewohnerInnen die Vorgeladenen zum BGH begleitet um auf diese Weise psychische Unterstützung und Solidarität zu versichern und die Vorgeladenen in ihrer Verweigerungshaltung zu bestärken. Somit sei zu befürchten, daß die Besuchenden den geplanten Besuch zur Fortsetzung dieses Verhaltens mißbrauchen würden. Dies sei mit dem Zweck der Erzwingungshaft nicht zu vereinbaren. Dieses Besuchsverbot gilt auch für Personen, die nach Angaben des BGH an der Solidaritätskundgebung vor dem BGH teilgenommen haben.

Seit Anfang Januar hat die Zuständigkeit innerhalb des BGH sich geändert.

Es ist jetzt ein neuer Ermittlungsrichter zuständig (Herr Wolst), Beyer hat das Verfahren abgegeben. Außerdem sind nunmehr die Knäste direkt für die Postzensur und die Besuchsanträge zuständig. Also gehen die Briefe, Pakete und Besuchsanträge nicht mehr über den BGH. Wir gehen jedoch davon aus, daß entsprechende Anweisungen an die Knäste erteilt wurden. Nichtsdestotrotz haben sich auch die Haftbedingungen für die Vier verändert. Inzwischen liegt eine Besuchsgenehmigung für eine Person aus dem Wohnprojekt vor, wir wissen allerdings noch nicht genau, wie die neuen Bedingungen für die vier sich insgesamt noch entwickeln werden.

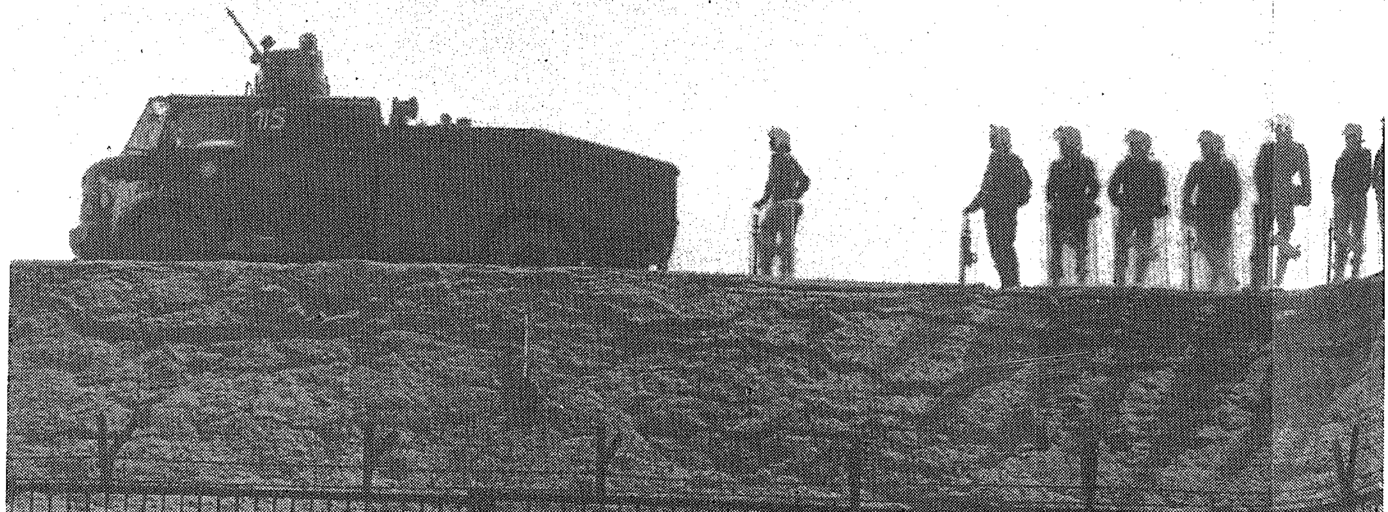
Stand: 18.Januar 1996

Spendenkonto, weils eben teuer ist: (E.Bauer) Stichwort "Fritze" BFG Ffm Bockenheim BLZ: 500 101 11 Kontonr: 355 785 39 01

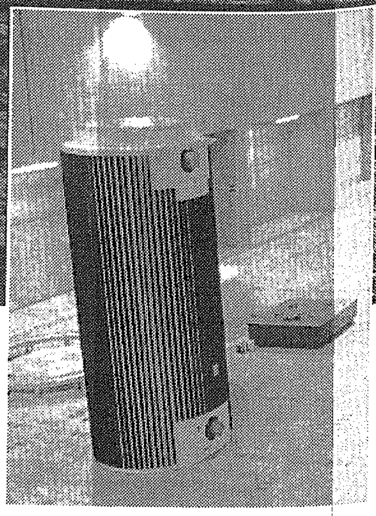
weitere Infos über : Infoladen c/o Cafe EXZESS Leipzigerstraße 91 60487 Frankfurt/ Main

UnterstützerInnen der Fritze

Das Comeback der Atomindustrie



Die Fotos stammen alle aus dem Bildband: Castor - Das Buch Bilder vom Widerstand 1994/95 Hrsg. v. Katja Tempel und Jochen Stay



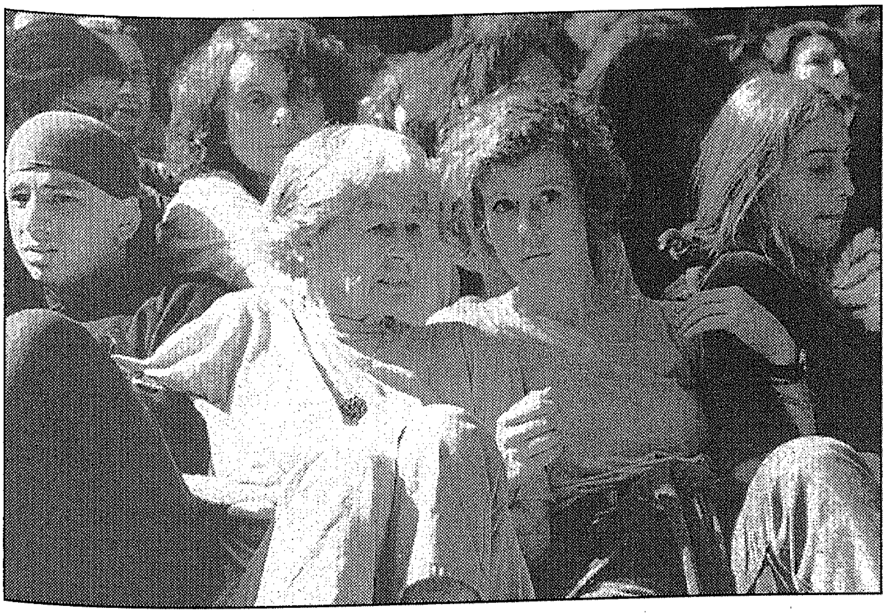
Castor im Zwische lager Gorlebe

Der Widerstand gegen Atomenergie hat was von „Schnee von gestern“.
Seit Harrisburg und Tschernobyl glaubt kaum jemand mehr ernsthaft, daß sich die Atommafia noch einmal breit machen könnte. In Deutschland wurde kein neues Akw mehr in Betrieb genommen. Seit 1988 wurden Investitionen von über 15 Milliarden Mark für kerntechnische Anlagen vergeigt, u. a. der Schnelle Brüter in Kalkar und die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf.
Weitere 11 Milliarden Mark sind derzeit in Kernenergieanlagen gebunden, deren Fertigstellung bzw. Nutzung wegen gerichtlicher Auseinandersetzungen oder ausstiegsorientiertem Gesetzesvollzugs einzelner Landesregierungen gefährdet sind. (Handelsblatt 7.9.95)
Der „Spiegel“ schreibt seit Jahren den Ausstiegswillen der Energieversorgungsunternehmen (EVU's) herbei und doch droht uns möglicherweise ein schlechtes Erwachen: Hardliner aus Politik und Wirtschaft bereiten ein Comeback der Atomenergie vor.
Ob damit die Erfolge aus 20 Jahren Anti-Atom-Bewegung verspielt sind, liegt mit an unserer Bereitschaft, ihre Schweinereien wieder aufmerksamer zu verfolgen.
Eine kleine Hilfe hierzu soll dieser Bericht sein, in dem wir Informationen aus den letzten 2 Jahren zusammenfassen und versuchen, Tendenzen deutlich zu machen.
Auf gehts.

Atomkraftwerke – eine Bestandsaufnahme

Zur Zeit sind weltweit 432 Akws in Betrieb. An der Atom-Spitze findet sich weiterhin die USA mit 109 Meilern am Netz, auch wenn dort seit Harrisburg (1979) nur ein neuer Reaktor gebaut wird. Den zweiten Platz belegt Frankreich mit 49 Reaktoren, es folgen Großbritannien mit 34, Rußland mit 29, Kanada mit 22, Deutschland mit 21, die Ukraine mit 15 und Schweden mit 12 Atommeilern. (Angaben taz 9.1.95) Gegenwärtig erzeugen Atommeiler weltweit knapp 17 Prozent der gesamten Elektrizität. Die Europäische Union ist davon der größte Kernenergieproduzent. Sie deckt 34% ihres Strombedarfs durch Atomkraft.

Die Berichte in den Tageszeitungen beschreiben zwei Tendenzen, Flaute im Westen, Boom im Osten. Die FR z. B. titelte im letzten Jahr: *„Im Westen hat die Atomkraft ihren Zenit erreicht" – „Kaum neue Meiler, aber immer mehr Stillegungen / Ausbaupläne in Ost-Europa und Ost-Asien"*. Der Artikel beschreibt die Krise der Reaktorhersteller im Westen: In den vergangenen Jahren ist der Anteil der Kernenergie zurückgegangen und der Ausbau des Atomsektors wurde in allen europäischen Ländern mit Ausnahme von Frankreich sogar ganz eingestellt. Als Hauptprobleme werden genannt: mangelnde Akzeptanz in der Bevölkerung, die ungelöste Atommüllentsorgung und rapide Kosten für den Abbruch alter Reaktoren. *„Weltweit werden derzeit nur rund 40 Kernkraftwerke (...) errichtet. Parallel dazu nimmt die Zahl der stillgelegten Reaktoren zu. Insgesamt wurden bislang 81 Kernreaktoren (...) stillgelegt, die durchschnittlich weniger als 17 Jahre in Betrieb waren. Der Abbruch eines alten Reaktors wie in Greifswald z. B. kostet „mindestens sechs Milliarden Mark"*. Der Artikel schließt mit der Einschätzung: *„Zumindest in den Industrieländern setzt sich die Erkenntnis durch, daß die Kernenergie im Vergleich zu anderen Energieträgern nicht mehr konkurrenzfähig ist. Sowohl moderne und effiziente Kohlekraftwerke als auch Gaskraftwerke sind wesentlich kostengünstiger als Kernkraftwerke."*



Diese Einschätzung gilt vielleicht heute für die westlichen Industrieländern, allein, im östlichen oder ostasiatischen Teil der Erde sieht es anders aus (Angaben wiederum FR): *„Fast die Hälfte aller Reaktoren, die zur Zeit geplant und gebaut werden, sollen dort stehen"*. Japan baut beispielsweise zur Zeit sechs Anlagen, ebensoviele sind es in Südkorea, China hat angekündigt, sechs neue Reaktoren zu errichten, Thailand ebenso.
In Indonesien will der amerikanische Konzern Westinghouse von 1995 an zwölf neue Atomreaktoren errichten.
Staaten des ehemaligen Ostblocks (Rußland, Ukraine) widersetzen sich den Forderungen westlicher Länder, zwölf ältere und als unsicher geltende AKWs vom Netz zu nehmen. Die ukrainische Regierung widerrief sogar die Zusage, die beiden noch im Betrieb befindlichen Blöcke in Tschernobyl abzuschalten. Beide Länder kündigten an, ihre auf Eis liegenden Konstruktionsprogramme wieder aufzunehmen. Das russische Ministerium für Atomenergie plant, den Anteil der Kernenergie an der Stromerzeugung von derzeit zwölf auf 30 Prozent zu steigern.
Große Hoffnungen setzt die Atomlobby auf den boomenden Markt in China, eines der Länder mit dem stärksten Wirtschaftswachstum. Bis zum Jahr 2015 erwartet die chinesische Regierung eine Verdreifachung des Strombedarfs auf 2.480 Terawattstunden (eine Terrawattstunde entspricht 1000 Milliarden Kilowattstunden!). Drei Milliarden Tonnen Kohle müßten dafür verbrannt werden. Aus „Umweltschutzgründen" will China darum auf die Atomkraft setzen. (taz, 8. 9. 94)

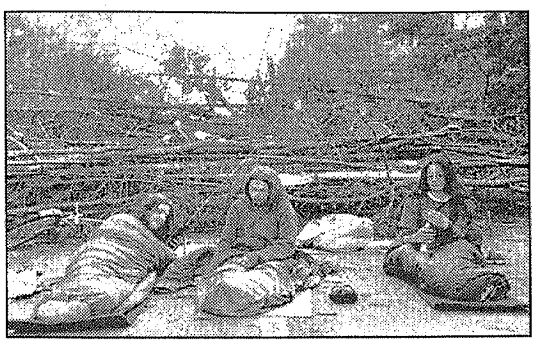
Atomindustrie in Wartestellung

Zurück ins Inland. Auf den ersten Blick sieht es für die Atombetreiber nicht gut aus.
Hohe fehlgeschlagene Investitionskosten (Hochtemperaturreaktor, WAA Wackersdorf, Schneller Brüter); kein kalkulierbarer Entsorgungsnachweis; hohe Sicherheitsanforderungen an Atommeiler; keine Akzeptanz in der Bevölkerung; kein Bedarf für neue Atommeiler wegen Stromüberkapazitäten; (noch) kein akzeptabler konkurrenzfähiger Reaktortyp...
Die Atomgemeinde hält sich von daher zurück und auf der öffentlichen Bühne wird mit vertauschten Rollen gespielt: statt der EVU's prescht die atomgeile Bundesregierung vor. Sie drängt die EVU's endlich die konkrete Option (Absicht) zuzusagen – auf den Bau eines neuen Reaktors an einem bestimmten Standort in fünf Jahren. Gemeint ist ein von Siemens und der französischen Firma Framatone gerade in der Entwicklung stehender Reaktortyp EPR, der etwa ab Jahr 2005 weltweit angeboten werden soll.

Ein roter Teppich für die Stromgiganten

Die Strommanager der EVUs „zieren" sich und fordern günstigere Rahmenbedingungen:





„Ob sich die Branche für ein Atomkraftwerk entscheidet oder nicht, machen Stromvorständler wie Ulrich Hartmann (Veba) oder Dietmar Kuhnt (RWE) von drei Bedingungen abhängig:

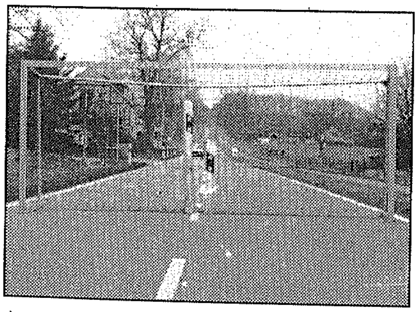
- *Es sollte breite gesellschaftliche Übereinstimmung herrschen, vor allem: keine „Obstruktionspolitik" rotgrüner Landesregierungen gegen neue Projekte.*
- *Es muß ein Bedarf für neue Strommeiler vorhanden sein.*
- *Auch unter den teuren Sicherheitsanforderungen des geänderten Atomgesetzes müssen sich die neuen Reaktoren im Verhältnis zu Kohlekraftwerken rechnen."* (Spiegel 29. 5. 95)

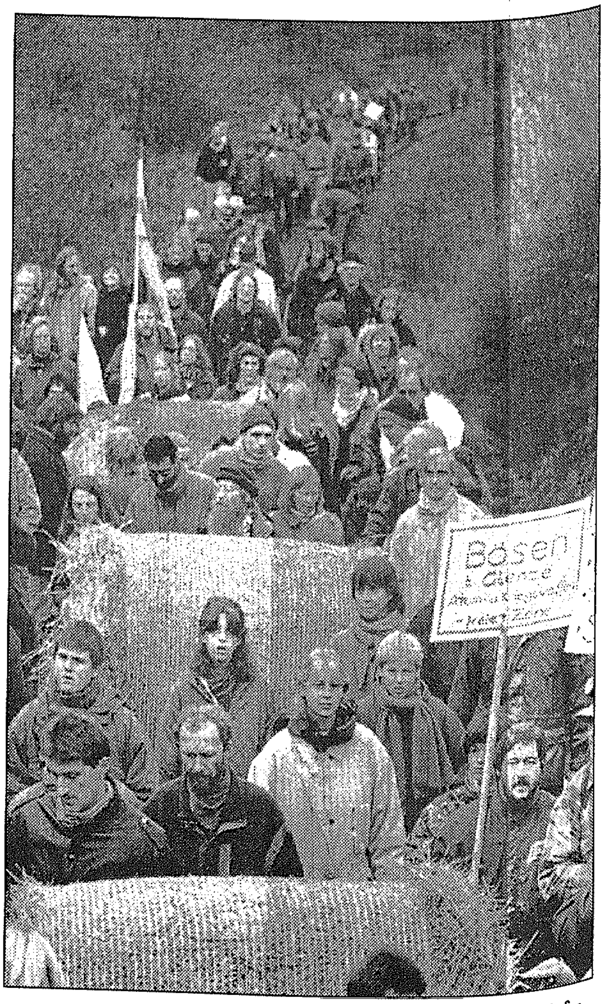
Zum Interesse der EVU's ergänzend die Aussagen desselben RWE-Vorständlers Kuhnt im Handelsblatt vom 7. 9. 95:

„Kuhnt ist davon überzeugt, daß deutsche Reaktoren verantwortungsvoll genutzt werden und die Kernkraft eine 'Zukunftstechnologie' mit Vorsorgefunktion für den Positionsstandort Deutschland darstellt. Und darüber hinaus bleibt für den RWE-Chef maßgeblich: 'Unsere Kernkraftwerke erfüllen weltweit vorbildliche Sicherheitsstandards. Wer sich unter nationalen Gesichtspunkten von der Kernenergie verabschieden will, begibt sich zugleich der Möglichkeiten zur positiven Beeinflussung der zukünftigen Beeinflussung der zukünftigen Sicherheitsanforderungen in der Kernenergie oder aktiven Hilfe bei osteuropäischen Anlagen.' 'In der deutschen kerntechnischen Entwicklung dürfe kein Fadenriß entstehen. Auch wenn kurzfristig kein Bedarf für neue Anlagen existiere, müsse weiter geforscht werden. Im Jahr 2005 sei zu untersuchen, inwieweit der neu konzipierte deutsch-französische Gemeinschaftsreaktor unter wirtschaftlichen und sicherheitstechnischen Anforderungen für die Stromversorgung hinzugezogen werden solle. Das Thema Nummer eins in der energiepolitischen Konsensfindung sei jetzt, dafür zu sorgen, daß technische Entsorgungsmöglichkeiten politisch auch wahrgenommen werden könnten. Die Standortprüfung eines Endlagers in Gorleben sei so lange weiterzuverfolgen, wie keine gleichwertige Option staatlicherseits für Prüfungen freigegeben werde. Im übrigen wiesen alle bisherigen Resultate darauf hin, daß Gorleben den sicherheitstechnischen Ansprüchen genügen könne, erklärte Kuhnt.

Ein Thema für energiepolitische Weichenstellungen dürfe gleichfalls nicht kleingeschrieben werden, nämlich die Voraussetzungen für einen politisch ungestörten Betrieb der Kernkraftwerke endlich zu schaffen."

Hier wird es interessant, weil die Hardliner in der Bundesregierung seit einigen Monaten dabei sind, die geforderten *„energiepolitischen Weichenstellungen"* zu setzen.





Wie der Weg in eine neue Atomreaktorgeneration gebahnt wird

Sicherheitsanforderungen werden aufgeweicht

„Nach Paragraph 7 des neuen Atomgesetzes können Reaktoren nur noch genehmigt werden, wenn sich die Folgen einer Kernschmelz-Katastrophe wie Tschernobyl durch die neuartige Konstruktion auf die Atomanlage begrenzen lassen. Die Anlage müsse so ausgelegt sein, hatten Töpfer und Schröder festgelegt, daß ein Kernschmelzunfall nur einmal in einer Million Jahren passieren dürfe und daß, wenn er doch eintritt, 99 von 100 Kernschmelzen ohne Opfer beherrschbar sein müßten. Schon damals bemerkte Adolf Hüttl, Siemens-Vorstandsmitglied für Kernkraftwerke: 'Dann bauen wir nicht.' " (Spiegel 10. 4. 95)

Dazu am gleichen Tag in der Frankfurter Rundschau: *„Merkel dreht an AKW-Standards – Umweltministerin will Vorgaben Töpfers unterbieten."* *„Im Umweltministerium gibt es Überlegungen die Sicherheitsstandards für künftige Atomkraftwerke neu zu regeln. (...) Diese neuen Eckwerte würden (...) niedriger liegen..."*

Entsorgungsnachweis „entsorgen"

Seit dem Aus für die deutsche WAA war La Hague – neben der Anlage im britischen Sellafield – die einzige Möglichkeit für die deutsche Atomwirtschaft, den Nachweis der Entsorgungsvorsorge zu erbringen. Ohne ihn hätten alle Atommeiler abgeschaltet werden müssen. Schon seit langem ist der Zwang einen „Nachweis für die Entsorgungsvorsorge" des anfallenden Atommülls zu erbringen für die Atombetreiber ein lästiger Klotz am Bein. Jede Variante, sich dieses Problems zu entledigen, hat einen Pferdefuß. Deshalb tanzen die EVU's auf verschiedenen Hochzeiten:

Direkte Entlagerung

Seit Mai 1994 wurde mit dem sogenannten Artikelgesetz auch die direk-

te Entsorgung als Entsorgungsnachweis anerkannt. Seitdem stellt sich für die Stromunternehmen die Frage, welchen Weg sie in Zukunft beschreiten sollen: Wiederaufbereitung oder Endlagerung? Rein wirtschaftlich ist die Sache klar: Die direkte Endlagerung ist viel billiger. (2000 DM pro Kilogramm Kernbrennstoff) Doch dafür fehlt noch das Endlager. In Gorleben wird zwar der Salzstock weiter „erkundet", aber die Rechte an dem Salzstock liegen beim Anti-AKW-Grafen Bernstorff. Wenn das vom Bund eingeleitete Enteignungsverfahren erfolglos bleibt, droht diesem Projekt spätestens 1998 das Aus. Damit stände auch der Entsorgungsnachweis wieder auf wackligen Füßen. (Angaben „Die Woche" 4. 8. 95)

französischen Cogema (der Betreiberin von La Hague). Sie wollten aus den finanziell für sie sehr ungünstigen Altverträgen raus, sich andererseits jedoch den Entsorgungsweg über La Hague offenhalten. Das der Castor-Transport gerade in diese Verhandlungsphase fiel, ist kein Zufall – stärkte es doch erheblich die Verhandlungsposition der deutschen Atom-Betreiber, die damit zeigen konnten, daß sie zur Not ihren Entsorgungsnachweis auch mit dem Polizeiknüppel durchgesetzt bekommen. Worauf sich Deutsche und Franzosen letztlich geeinigt haben, ist uns nicht bekannt. „Die Woche" vom 4. 8. 95 kommt zu folgender Einschätzung: *„Die Franzosen andererseits erweisen sich als erstaunlich flexibel. So bieten*



Wiederaufarbeitung in La Hague

Die andere Schiene wäre bei der Wiederaufarbeitung in La Hague zu bleiben. Diese ist in zwei Kontrakten festgehalten (Alt- und Neuverträge). Das sind Verpflichtungen über das Jahr 2000 hinaus mit erheblichen Abhängigkeiten: kündbar nur unter ziemlich kostenträchtigen Bedingungen (1,2 Mrd. DM). Im letzten Jahr lieferten sich die deutschen Atombetreiber einen Verhandlungspoker mit der



sie jetzt selbst die langfristige Zwischenlagerung ohne Wiederaufbereitung an, samt späteren Rücktransport der Brennelemente in endlagergerechter Verpackung. Da die reine Lagerung ausländischen Strahlenmülls aber nach französischem Abfallrecht verboten ist, verbindet Cogema diesen Vorschlag mit (dem Trick) der Proforma-Option zur Wiederaufarbeitung.

Das läßt die deutschen Atom-Manager aufhorchen. Denn mit dieser Variante könnten mehrere atompolitische Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden: Die protestträchtigen Castor-Transporte nach Gorleben ließen sich eine Zeitlang umgehen, der Bau weiterer Zwischenlager in Deutschland wäre vom Tisch und der Ausstieg aus der Plutoniumwirtschaft ohne politische Risiken machbar. Darum neigen die Stromkonzerne derzeit dazu, sich auch in Zukunft den Entsorgungsweg über La Hague offenzuhalten. Der Verhandlungspoker mit der Cogema dreht sich im wesentlichen nur noch um den Preis."

Gesetzliche Abschwächung des Entsorgungszwangs

Die Bundesregierung dreht derweil an einer anderen Schraube.

„In einem internen Papier mit dem Titel 'Position zur weiteren Entwicklung der friedlichen Nutzung der Kernenergie' schlagen die Experten vor, die Diskussion über die weitere Nutzung von Atomkraftwerken von einem Entsorgungskonsens abzukoppeln." (FR 19. 4. 95) Im Klartext geht es in diesem Strategiepapier um verschiedene Varianten, wie Atommüll weiter produziert werden darf, ohne den lästigen Nachweis erbringen zu müssen, daß er letztendlich auch sicher entsorgt werden kann. Im Papier heißt es weiter: Als Fortschritt bezeichnen sie, *„wenn es im Konsenswege gelänge, die Entsorgungsfrage politisch vom Weiterbetrieb der Kernkraftwerke abzukoppeln, also zu einem Entsorgungskonsens auch dann zu kommen, wenn es keinen Konsens über die weitere Kernenergienutzung gibt".*

„Kompromisse halten die Experten bei der Zwischenlagerung der hochgiftigen abgebrannten Brennelemente für möglich. Für die laut dem Atomgesetz jetzt mögliche direkte Endlagerung sei ohnehin eine „Abklingzeit" von etwa 40 Jahren zweckmäßig. Überdies habe die langfristige Zwischenlagerung den Vorteil, daß die Entscheidung über Endlagerung oder Wiederaufarbeitung erst später getroffen werden müsse. Die Erkundung des Salzstocks Gorleben als mögliches Atommüllendlager will das Bundesumweltministerium nicht aufgeben."

(...) *„Um der SPD und insbesondere Niedersachsen bei dem Wunsch nach einer gerechteren Verteilung der Lasten entgegenzukommen, könne eine Regionalisierung der Zwischenlagerung angeboten werden, so daß das Zwischenlager Ahaus für den westdeutschen Raum, Gorleben für Norddeutschland, Greifswald für Ostdeutschland und ein noch zu errichtendes Zwischenlager in Süddeutschland zur Verfügung stünden."*

SPD-Schröder (Niedersachsen) würde bei dieser Variante mitspielen: *„Künftig soll die Entsorgungspflicht der EVU bereits erfüllt sein, so Schröder, 'wenn sie eine ordnungsgemäße vorausschauend sichere Zwischenlagerung des Atommülls betreiben.' "* (Spiegel vom 29. 5. 95)

ben genannt, sollte das westdeutsche Endlager ausfallen." (Angaben wiederum Spiegel 1. 1. 96)

Ungestörter Weiterbetrieb bestehender Meiler

Erinnert ihr euch noch an die Zeit, als die SPD alle Atomkraftwerke innerhalb von 10 Jahren stillegen wollte? Mittlerweile liest sich das so: Die Atomgemeinde *„wollen die am Netz hängenden Atommeiler ungestört von rot-grün geführten Regierungen betreiben, möglichst noch jahrelang. Dafür wären sie sogar bereit, über Restlaufzeiten zu verhandeln. Die Branche denkt an 40 Jahre, Schröder wäre bereit, 30 zuzugestehen."* (Spiegel 29. 5. 95)



Das neue „Mekka" für die Atomindustrie: Atomland Ost

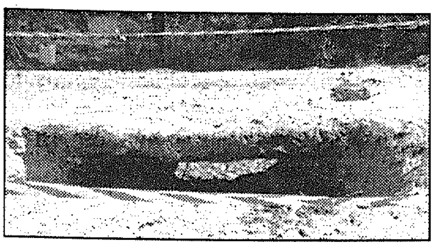
Die Essener Gesellschaft für Nuklear-Service (GNS) *„errichtete bereits das „Zwischenlager Nord", dicht am Kraftwerkskomplex Greifswald gelegen. Die Hallen sollen im Endausbau 200 000 Kubikmeter Fassungsvermögen haben – genug, um den gesamten Atommüll der 19 deutschen Meiler aufnehmen zu können. Noch steht dieses ostdeutsche Gorleben leer, doch schon Anfang dieses Jahres soll laut Genehmigungsantrag der erste Atomschrott anrollen."* (Spiegel 1. 1. 96)

Alternative Endlagerstätten

Auch für den Fall, daß die Wendländer sich weiter wacker wehren, sorgt die Bundesregierung bereits vor: *„Umweltministerin Merkel hat von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe bereits alle potentiellen Gesteinsformationen für Atommüll-Lager erkunden lassen – vom Erzgebirge bis zum norddeutschen Elbufer."* (...) Im Einzelnen: *„Als neue Endlagerstätte erkunden die Behörden derzeit den brandenburgischen Teil des Salzstocks von Gorleben und das benachbarte Gülze-Sumte. Auch das Fichtelgebirge und die Halle-Wittenberger Scholle gelten als untersuchungswürdig. Das Bundesumweltministerium hat schon im sachsen-anhaltinischen Waddekath einen Salzstock als Ersatz für Gorle-*

Option auf einen neuen Reaktor

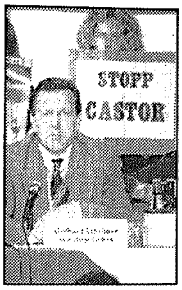
Hören wir uns einmal Frau Merkel an: *„Bei der Frage des Neubaus von Kernkraftwerken besteht heute kein konkreter Entscheidungsbedarf. Allerdings weiß jeder, daß die Forschung und Entwicklung kontinuierlich weitergeführt werden muß, damit in zehn Jahren eine konkrete Bauentscheidung für einen neuen Reaktortyp gefällt werden kann. Dies schließt ein standortunabhängiges Genehmigungsverfahren ein, um sicherzustellen, daß ein solch neuentwickelter Reaktor auch den gesetzlich festgeschriebenen Sicherheitskriterien ent-*



Unterhöhlte Zufahrtsstraßen zum Zwischenlager Gorleben

spricht (wohl eher, weil eine standortunabhängige Entscheidung quasi einem pauschalen Freibrief für diesen Reaktortyp gleichkäme. Das heißt, ist ein Reaktor erstmal genehmigt, fallen weitere langwierige Einspruchsverfahren weg. d. Verf.) *Deshalb ist heute mehr notwendig als lediglich die politische Entscheidung, Forschung und Entwicklung fortzuführen. Über Restlaufzeiten bestehender Kernkraftwerke kann nur zum Zeitpunkt konkreter Bauentscheidungen gesprochen werden, ebenso über die Ausgestaltung der politischen Entscheidung. Auch sollten uns die Exporterfolge der Franzosen im südostasiatischen Raum und die Anstrengungen der Amerikaner in Osteuropa zu denken geben. In einigen Jahren wird der Erneuerungsprozeß der weltweit rund 400 Kernkraftwerke beginnen. Wir sollten dann deutsche Technologie anbieten können, beispielsweise den gemeinsam mit Frankreich entwickelten European Pressurized Water Reactor (EPR), der ein weltweit bisher unerreichtes Sicherheitsniveau haben wird."*
(FR vom 19. 6. 95)

Rührend, wie sich Frau Merkel für die deutsche Industrie einsetzt, nicht wahr? Aber schließlich geht es um die Stellung der Deutschen Industrie bei einem gigantischen Investitionsvolumen für die Erneuerung der 400 Kernkraftwerke...



Die SPD – wie immer ein Wackelpudding

Seit einiger Zeit laufen zwischen Vertretern aller Parteien, Gewerkschaften und Wirtschaftsbossen sogenannte „Energiekonsensgespräche". Diese Gespräche sollen eine „breite gesellschaftliche Übereinkunft" über die zukünftige Energieversorgung in Deutschland herstellen, also auch über die Frage zukünftiger Atomkraftwerke, weil auch die Stromkonzerne ohne diese Zustimmung angeblich nicht neue AKW's in Auftrag geben wollen. Die Energiekonsensgespräche sind das letzte Mal im Mai 95 noch an diesem Punkt – der Option auf einen neuen Reaktor – gescheitert. Allerdings knapp. Schröder hätte möglicherweise auch an diesem Punkt



zugestimmt, wäre er nicht von seinem Parteichef Scharping zurückgepfiffen worden (schließlich besteht zumindestens formal noch der 1986 gefällte Ausstiegsbeschluß): *„SPD-Verhandlungsführer Schröder hatte nach Angaben des Nachrichtenmagazins Der Spiegel in einem Brief an SPD-Chef Rudolf Scharping mit seinem Ausstieg aus den Konsensgesprächen gedroht, sollte seine Partei die von ihm angebotene Kompromißlinie nicht unterstützen, nach der für die bestehenden Reaktoren im Atomgesetz Restlaufzeiten festgeschrieben werden sollen und die SPD im Gegenzug einem standortunabhängigen Genehmigungsverfahren für einen neuen deutsch-französischen Reaktortyp zustimmen müßte."* (FR 19. Juni 95)

Aber wer traut schon der SPD? Ausstieg. Ausstieg innerhalb von 10 Jahren. Ausstieg innerhalb von 30 Jahren. Genehmigungsverfahren für einen neuen Reaktor – ist doch alles das gleiche...

Garching II

In Garching bei München baut *Siemens* für die TU München einen neuen Forschungsreaktor.
Der Atommeiler soll ausschließlich mit hochangereichertem Uran betrieben werden. Für welche „friedlichen Zwecke" atombombenfähiges Uran in den Brennelementen gebraucht wird, bleibt offen. Fakt ist, die BRD will das Uran aus Rußland kaufen. Dies wird aber nur mit Zustimmung der Euratom, der europäischen Atomgemeinschaft möglich sein. Dort haben die USA ein Wörtchen mitzureden. Seit 1992 versucht jedoch die Bundesregierung in Verhandlungen über eine Vertragsverlängerung von Euratom, das Mitspracherecht der USA zu beenden, dies sei „politisch und technisch nicht länger akzeptabel", so der bundesdeutsche Verhandlungsleiter Wilhelm Gmelin. Die Deutschen wollen ohne ausländische Kontrolle mit waffenfähigem Uran forschen. Für eine deutsche Atombombe?

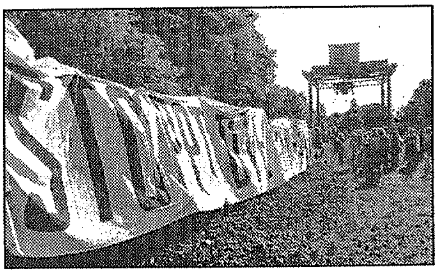
Die Offensive beginnt

Nachdem dieser Artikel bereits fertig war, erschien am 1. 1. 96 ein Bericht im „Spiegel", der ein Abweichen von der bisher vorsichtigeren Linie andeutet. Die Atommafia geht in die Offensive.

„Wir wollen den Reaktor"– Der „EPR" und der „Iter"

„Eine große Koalition aus Sozialdemokraten und Bundesregierung will Ostdeutschland zu Europas führender Atomtechnologieregion aufrüsten: ein Fusionsreaktor soll nach Mecklenburg-Vorpommern, schon in Kürze gehen dort das europaweit größte Zwischenlager für Atommüll in Betrieb, etliche Endlagerstätten werden erkundet."
Schwerins stellvertretender Ministerpräsident und SPD-Wirtschaftsminister Harald Ringstorff und Reaktorministerin Merkel forcieren einen neuen Reaktortyp „Iter". *„Das Kürzel steht für Internationaler Thermonuklearer Experimenteller Reaktor. Anders als bei der Kernspaltung soll in dem hochmodernen Experimentierkraftwerk Energie durch Kernverschmelzung gewonnen werden. Für diesen Reaktor, dessen Funktionsweise bereits in mehreren Pilotprojekten weltweit getestet wird, wollen 20 Industriestaaten zwölf Milliarden Mark bereitstellen. Im nächsten Jahrtausend soll mit dem Bau begonnen werden – nur ist noch offen, wo. Um das Kraftwerk konkurrieren die Vereinigten Staaten, Japan, Rußland, und auch die EU ist derzeit auf Standortsuche. Deutschland ist dabei ein 'leading candidate' (Nature)"* (...) *„In der Tat kann die CDU/SPD-Koalition in Schwerin im internationalen Wettbewerb ein DDR-Erbe nutzen: In Greifswald stehen bereits fünf konventionelle Atom-Meiler sowjetischer Bauart"* (...) *„Der Kraftwerkskomplex ist mit über 280 Hektar Fläche größer als die vier West-Meiler Brokdorf, Biblis, Stade und Philippsburg zusammen. Für den künftigen Fusionsreaktor, so wirbt das Land in einem Ministeriumspapier, stünden schon 'Wasserkanal, Kühltürme, Überwachungssysteme, Zwischenlager' sowie eine 'großdimensionierte Feuerlöschanlage' bereit. Selbst der Widerstand der Umweltschützer scheint kalkulierbar. Der Iter-Experte Udo Janssen, langjähriger Sprecher des norddeutschen Energiekonzerns Preussen-Elektra und vorübergehend Berater des Schweriner Wirtschaftsministeriums, erfuhr bei einer Ortsbegehung von einem amtlichen Naturparkschützer: 'Die Landschaft ist hier schon so versaut, da könnt ihr den hinbauen. Mit uns geht das'".*
(Zitate alle aus Spiegel 1. 1. 96)

Wir wollen hier nicht alles aufführen. Der Artikel ist lohnenswert und wenn ihr wissen wollt, woher der Wind weht, holt ihn euch einfach...
Die neue Qualität, die in ihm angedeutet wird, ist das Hand in Hand von SPD und CDU, die in selten deutlicher Einmütigkeit agieren und von daher ein Umfallen der SPD auch im gesamten Atomkurs realistischer machen. Und, das von den Schweinchen das Ganze selbst von bisher langfri-



stiger Planung in die nahe Zukunft geholt wird: Erstmals wird in diesem Artikel erwähnt, daß der *„geplante Baubeginn"* für den EPR-Reaktortyp schon *„das Jahr 1999"* sein soll. (ihr erinnert euch: der oben erwähnte von Siemens und Framatone geplante neue „Sicherheitsreaktor", der ursprünglich erst frühestens ab Jahr 2005 in Angriff genommen werden sollte)
Dennoch: Die Energieversorgungsunternehmen (als spätere Auftraggeber) haben keine Eile. Sie lassen sich günstigere Rahmenbegingungen servieren, bevor sie in einen offenen Konflikt einsteigen. Derweil steigen sie mit Milliardengewinnen in ihre bisherige und in neue Branchen ein:

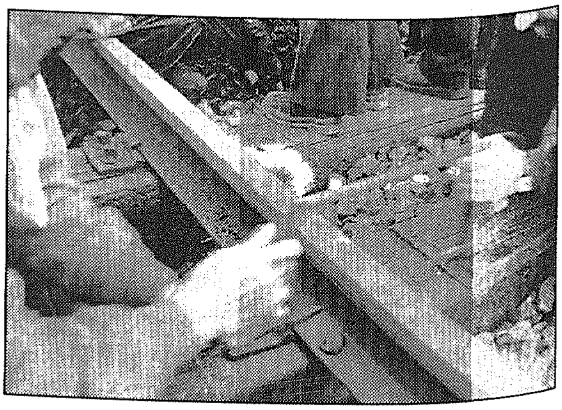
Der große Reibbach der EVU's mit dem Strom

1990 handelten die große Drei (RWE, Veba und Viag/Bayernwerk) mit der damaligen DDR-Regierung den sogenannten Stromvertrag aus und übernahmen damit für die gesamte DDR-Stromindustrie die Geschäftsführung.

Da sie damit bis 1991 die Strompreise auf westdeutsches Niveau steigern konnten, ließen sie sich praktisch durch die ostdeutschen BürgerInnen den Verkauf ihrer eigenen Stromindustrie in vier Jahren bezahlen. Der Atomstrom hat *„den Konzernen eine weitere phantastische Geldquelle erschlossen: den Atommüll. Was gemeinhin als das größte Problem der Atomkraft gilt, die ungelöste Entsorgungsfrage, verwandelt sich in den Bilanzen von RWE, Veba und Viag in eine schier unerschöpfliche Kasse. Das Zauberwort für die atomgetriebene Geldvermehrung heißt Rückstellung. Weil niemand genau weiß, wie teuer das endgültige Atommüllgrab und vor allem der spätere Abriß der verstrahlten Atomzentralen werden, langen deren Betreiber per Stromrechnung schon vorab kräftig zu."* Am Beispiel des AKW Brokdorf: *„Dort kassiert die Betreibergesellschaft unter Führung der Veba mit amtlicher Genehmigung allein für den späteren Abriß 1,88 Pfennig pro Kilowattstunde und sammelt so in 20 Jahren rund 3,75 Milliarden Mark ein – fast soviel wie die ursprünglichen Baukosten. (...) „Insgesamt besorgten sich die Atomkraft-EVU auf diese Weise steuer- und zinsfrei bis heute schon rund 40 Milliarden Mark, mit denen sie kaufen können, was sie wollen. Ob und wann das Atomgeld in dieser Höhe wirklich gebraucht wird, muß sie nicht kümmern. Die Frage stellt sich erst Jahrzehnte später."* (Zitate aus Spiegel 46/95)

Einstieg in Zukunftsbranchen

„Die Stromfürsten dehnen unterdessen ihr Reich in immer neue Branchen aus. Längst ist es nicht mehr möglich, auch nur einen Tag in Deutschland zu verbringen, ohne einem der Energiekonzerne auch ausserhalb der Stromrechnung Tribut zahlen zu müssen.
Die Stromer, die fleißig Firmengruppen zusammenkaufen, sind vor allem auf eines aus: auf Gebühren.
In der Abfallwirtschaft haben Firmen wie die RWE-Töchter Trienekens und R & T oder die Veba-Tochter Westab schon rund ein Viertel des Marktes im Griff. Eifrig bauen sie als Generalentsorger für ganze Regionen neue Monopole auf.
Über Kredite und Posten übernahmen sie auch die Regie beim 'Dualen System' für Verpackungsmüll. Schon etwa die Hälfte der jährlich vier Milliarden Gebühren für den Grünen Punkt landen in den Kassen der Stromer. Auf der Gegenseite, bei den Müllerzeugern, beherrscht die Münchner Viag/Bayernwerk-Gruppe mit Dutzenden Unternehmen den Markt für Verpackungen aller Art, von der Pet-Flasche bis zu Aluminiumdose.
Strategisch bauen die Energieversorger auch ihre Beteiligung in der Wasserwirtschaft aus, wo erneut große Monopolgewinne winken. (...)
Alle gemeinsam rüsten für die Eroberung des Telefonmarktes ab 1998. Auch das dann aufgelöste Staatsmonopol droht nun in die Hände eines nicht minder teuren privaten Oligopols zu fallen. So bringt die kleine Elektrizitäts-Elite einen immer größeren Teil des Sozialprodukts unter ihre Kontrolle. 'Die Monopole der Stromkonzerne', warnt Dieter Wolf, Präsident des Bundeskartellamts, 'sind enorm schädlich für die Volkswirtschaft.'"
Soweit der Spiegel, dem wir hier mal recht geben müssen.



Und wir?

Nach diesem kleinen Rundumschlag wollen wir aufhören, euch mit weiteren Einzelheiten zu bombardieren.
Interessanter finden wir die Frage, ob wir Linksradikale die Entwicklung dieser gigantische Maschinerie ignorieren und damit – so meinen wir jedenfalls – auch die Erfolge aus 20 Jahren Anti-AKW-Bewegung verspielen. Wir wollen Euch keinen konkreten Handlungsvorschlag mitliefern. Der Widerstand z. B. gegen den ersten Castortransport nach Gorleben hat gezeigt, daß die Anti-Atom-Bewegung sich zu wehren weiß. Weitere Transporte werden folgen und die Vorbereitungen für einen noch teureren Einsatz sind im Gange. Unsere Frage lautet eher: warum immer warten, bis die anderen kommen?
Es gibt viele Möglichkeiten, offensiv zu werden.– wir sollten sie nutzen...!

Einige Autonome



Wurzeln und Visionen

Begegnungen mit den Ältesten Simbabwes

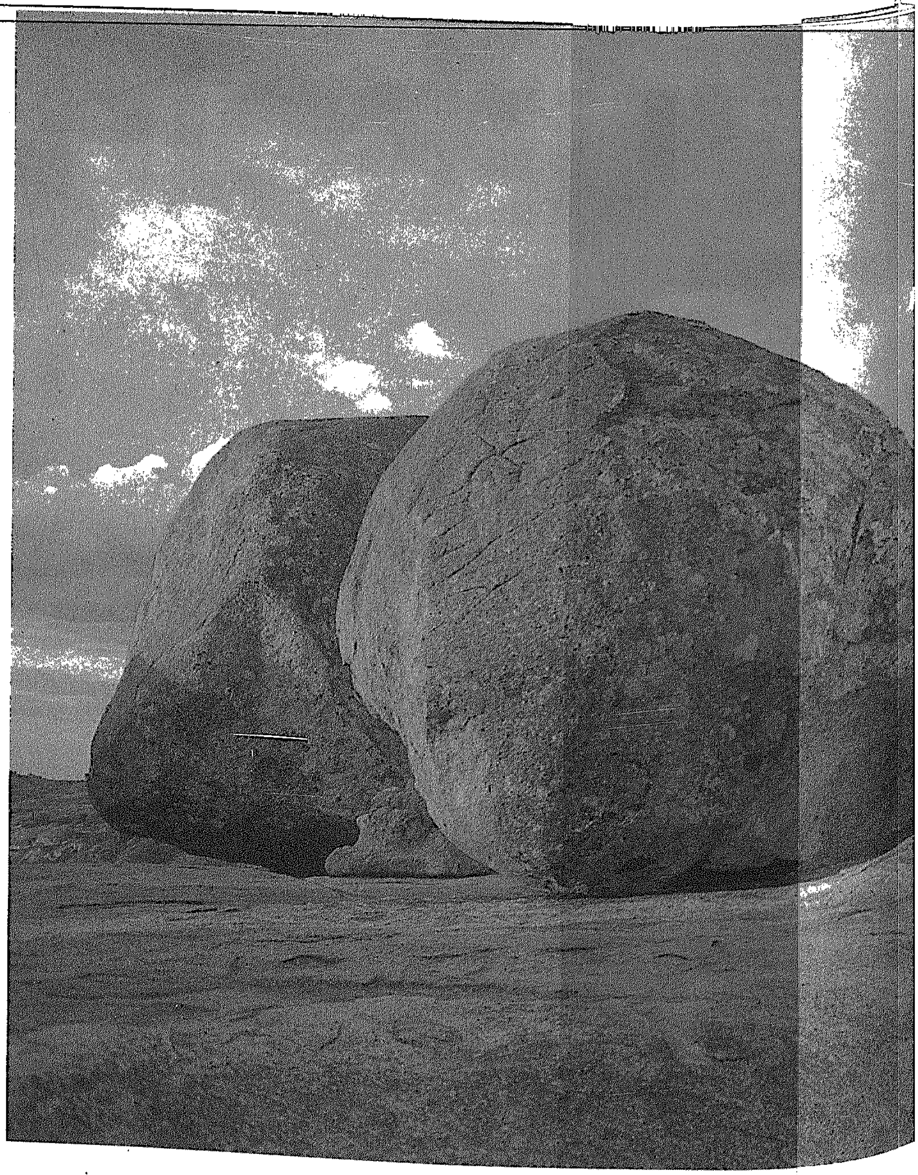
von Ilija Trojanow

Alle Fotos: Ilija Trojanow

Rund fünfhundert Jahre nachdem Vascb da Gamas Afrika umsegelte, und somit als erster das ganze Profil unseres südlichen Nachbarns gewahr wurde, glauben die meisten Europäer, das traditionelle Afrika sei untergegangen, oder kurz davor, in der Konfrontation mit einem viel stärkeren, sprich unserem, System unterzugehen. Ob Staats- oder Erziehungswesen, ob Kleidung oder Technik, die europäische Zivilisation scheint sich gänzlich durchgesetzt zu haben. Ein fragwürdiger Erfolg. Die katastrophalen Folgen werden allgemein beklagt, doch Abhilfe verspricht man sich wiederum von Exporten unserer Kultur, Allheilmittel, die seit Jahrzehnten der ganzen Welt angepriesen werden: Investitionen, Marktwirtschaft, parlamentarische Demokratie.



Noch trägt Afrika seine Vergangenheit in sich, noch könnten wir die kulturelle Einbahnstraße von Nord nach Süd verlassen. Und noch verhalten sich viele Afrikaner anders, als wir aus dem Norden es erwarten. Angesichts der überwältigenden Technik der fremden Eroberer hat sich Afrikas Widerstand im Laufe der Zeit zunehmend auf stille Verweigerung reduziert. Die Beziehung war bislang von gegenseitiger Täuschung geprägt: Die Europäer gaben vor, Gutes zu bringen, und die Afrikaner gaben vor, es anzunehmen. Europäisches Drängen stößt weiterhin auf afrikanische Resistenz, in keinem Bereich mehr als im Geistigen. Wer von der Missionierung Afrikas spricht, übersieht, daß die meisten Besucher sonntäglicher Gottesdienste die Verbindung zu den Ahnen, zu traditionellen Ritualen aufrechterhalten. Unabhängige afrikanische Kirchen lassen das Traditonelle und das Christliche gleichberechtigt nebeneinander bestehen – die Zahl ihrer Mitglieder steigt. Das Althergebrachte hat mehr Ausdauer, als von vielen vermutet. Es gibt Werte, schrieb Frantz Fanon in seinem Buch *Schwarze Haut Weiße Masken*, die sich der Herrschaft der Weißen nicht fügen. Diese Werte leben weiter, vor allem in den Alten und Ältesten.



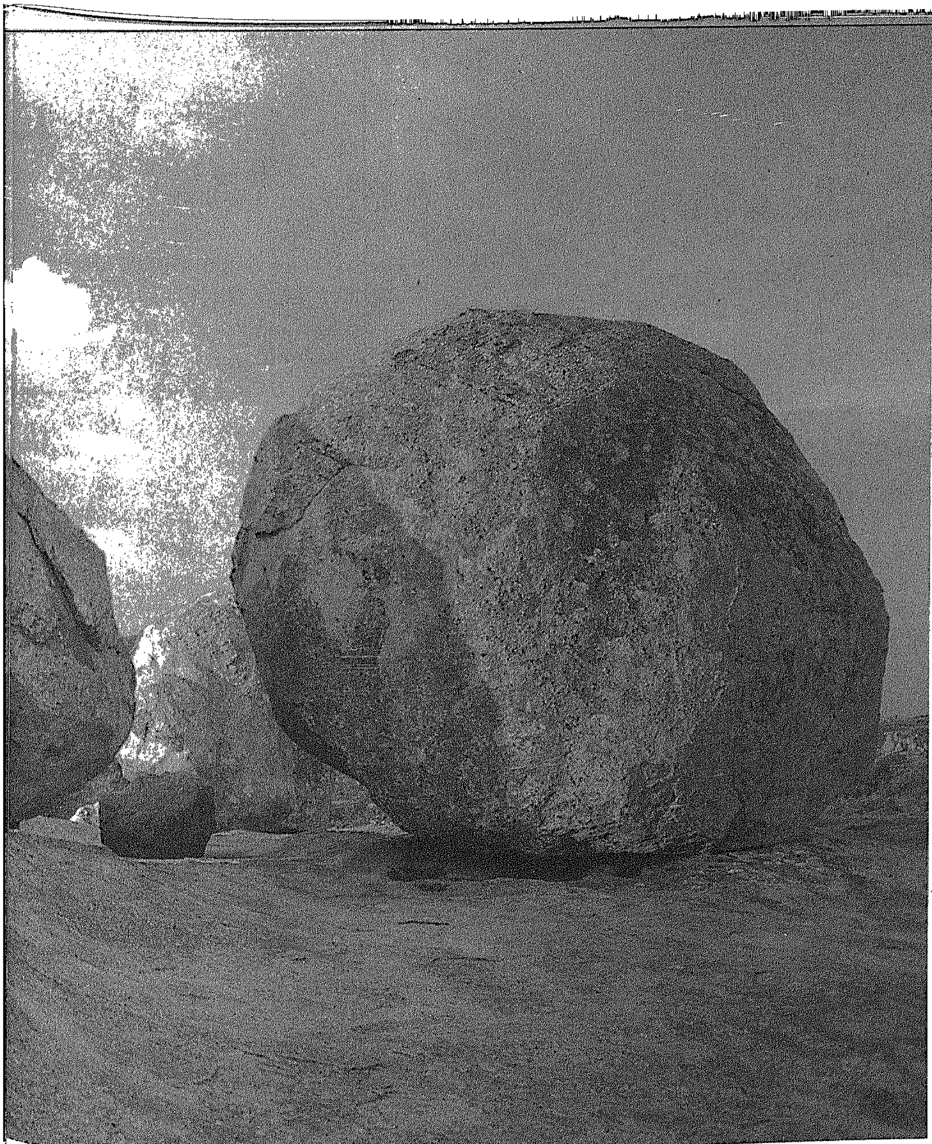
Um sie kennenzulernen reisten der simbabwische Autor Chenjerai Hove und ich letztes Jahr durch die Dörfer seines Landes und verbrachten Stunden oder Tage mit weisen alten Frauen und Männern. Wir stellten Fragen, hörten ihnen zu, weil wir davon ausgehen, daß man von Afrika noch etwas lernen kann. “Wir bitten sie, unser zu gedenken, und so erinnern wir uns auch an sie, und ehren sie”, beschreibt einer der Ältesten das Verhältnis zu seine Ahnen. “Heute sind die Stimmen tot, denn keiner hört ihnen zu”, sagt eine der Frauen. Leben entsteht immer aus wechselseitigen Beziehungen. Die Beschwörung erweckt den Beschworenen zum Leben, und der Zuhörer gebärt den Redenden. Die Gegenseitigkeit müßte für die Beziehungen zwischen Europa und Afrika gelten. Nur wenn wir die Gedanken und Gefühle Afrikas mit ihrer ganzen Fremdheit wahrnehmen, und diesen Kulturen helfen, sich an die technische Moderne anzupassen, ohne sich selbst zu verlieren, kann dieser vernachlässigte und geschundene Kontinent wieder zu seiner ganzen Lebensfähigkeit finden.

Die Krisen unserer Zeit – Egoismus, Vereinsamung, Materialismus, Nord-Süd-Gefälle – scheinen sich als fait accompli zu etablieren, im Hauptsatz benannt und im Nebensatz, mit Resignation oder Achselzucken, abgetan. Wir Denken und Handeln, als gäbe es für die Menschheit nur eine Geburt, als seien wir nicht Zeugen der Vergangenheit, nicht Akteure der Zukunft. Wir verstehen unsere Väter und Vorväter immer weniger, und mißverstehen damit auch uns selbst, unseren Instinkt. Unsere Erinnerung (die gelebte, nicht die akademische) leidet an Magersucht. Seit Anbeginn der Moderne beklagen, beschwören und besingen wir, daß die Natur und die Menschen sich nicht mehr viel zu sagen haben.

Die Worte der Ältesten vermitteln etwas von der Kraft und dem Zauber einer Verwurzelung in der Natur. Sie führen uns in unsere Vergangenheit zurück. “Viele Menschen sind schwach”, sagt der Dichter Aimé Césaire, “weil sie nicht wissen, wie man zu Stein wird, zu Baum.” Wahrscheinlich werden die Europäer diese Fähigkeit nicht wiedererlangen, aber sie könnten zumindest ihre Begrenztheit erkennen, und etwas Demut lernen. Denn in den robotronisierten Welten, die wir gerade über den ganzen Globus spannen und vernetzen, bietet die geistige Welt Afrikas noch einen der Horte von Menschlichkeit.

Das Land um Chief Kaisa Ndiwenis Haus herum ist kahl. Die Hügel gähnen vor Erschöpfung. Man kann in dieser Gegend fast nicht von Vegetation sprechen. Chief Ndiweni, traditioneller Führer in dem Gebiet östlich der modernen Stadt Bulawayo, scheint voller Schmerzen zu sein, so wie alles andere auch, so wie die Menschen um ihn herum, die verzweifeln und trauern. Selbst Vögel und Tiere haben das Land verlassen, vor vielen Jahreszeiten der Dürre. Nur der braune Staub erzählt den Füßen, daß einst Leben auf diesem Boden wuchs. Alles andere wiederholt nur das Elend der kahlen Erde und des einsamen Himmels.

78 Jahre alt und gebrechlich wie sein Land, beklagt Chief Ndiweni die verlorene Würde seines Volkes, den Tod



des Geistes, der früher von der Einheit zwischen ihm und seinen Mitmenschen sprach.

"Die Landfrage verursacht den Menschen in diesem Land viele schlaflose Nächte. Wir respektieren die Erde. Die Götter haben uns diese Erde gegeben. Nicht der Mensch hat sie erschaffen. Es ist das Werk der Götter, der Schöpfer von Himmel und Erde. Es war bei uns nicht Brauch, ein Stück Land zu verkaufen. Die Erde wurde für alle Menschen erschaffen. Die Gebildeten sagen nun, Land müsse käuflich sein. Wenn Land gekauft werden kann, bedeutet es, daß Menschen Geschäfte mit etwas machen, das für alle erschaffen worden ist.

Als die Weißen in unser Land kamen, stellten sie fest, daß die Menschen lebten, wo immer sie wollten. Also siedelten auch sie sich an, wo immer sie wollten. Aber im Laufe der Zeit wählten die Weißen gewisse Gebiete aus, auf die sie ein Auge geworfen hatten, und erklärten sie zu ihren Gebieten. Sie zogen Zäune um Land, das nie gekauft worden war, und nannten es ihr Privatbesitz. Land, das nie gekauft worden war. In dieser Gegend haben wir früher die Häuser und die Felder nur eingezäunt, um sie vor wilden Tieren zu schützen.

Es ist alles eine Frage des Geldes. In diesem Land, in dem Land unserer Geburt, haben wir ein großes Problem. Jene, die Geld haben, können Land kaufen. Aber wo sollen die Menschen leben, die kein Geld haben? Das ist ein sehr großes Problem. Es schmerzt sehr, das eigene Geburtsrecht kaufen zu müssen. Die Menschen stehen sich gegenseitig auf den Füßen, beengt, weil sie kein Geld haben.

Diese Erde gehört den schwarzen Menschen. Aber die Weißen müssen das Land nicht verlassen. Wir müssen nur das Land teilen, gerechter verteilen, und nicht ein riesiges Stück einem Einzelnen lassen. Landlosigkeit zerstört unsere Menschlichkeit. Es zerstört uns, unsere eigene Persönlichkeit.

Wenn Menschen verhungern, wenn ihnen der Platz fehlt, Vieh und Ziegen zu halten, wenn sie nirgendwo pflügen können, sind die Geister des Landes, die Geister unserer Vorfahren traurig. Wenn wir nicht glücklich sind, sind die Geister unserer Vorfahren, die in dieser Erde begraben liegen, traurig. Die Regen bleiben aus, unheilbare Krankheiten breiten sich aus. Etwas stimmt mit diesem Land nicht.

Der christliche Gott ist geringer als unserer. Man sagt ihm nach, er würde die Menschen in der Hölle ewig schmoren lassen. Er ist geringer, weil unser Gott uns lehrte, daß es zwischen zwei Menschen nichts Böses gibt, das nicht vergeben werden könnte. Unser Gott sagte, wenn zwei Brüder sich über etwas stritten, wird die Zeit kommen, zu vergeben und zu vergessen. Ein Ritual der Vergebung wurde durchgeführt. Die anderen Familienrituale konnten nicht erfolgen, wenn in einer Familie zwei Brüder im Zwist miteinander lagen. Es mußte Harmonie zwischen den Brüdern herrschen. Die streitenden Brüder gaben sich gegenseitig Asche, die ohne Wasser gegessen werden mußte. Nachdem sie diese gegessen hatten, waren sie Menschen mit einer neuen Vision von Harmonie …

Heute gehen die Führer nicht einmal hinaus, um die Stimmen der Menschen zu hören, damit sie wissen, wie sie leben. Unsere Regierung besteht aus Politikern. Die Regierung steht in keiner Tradition. Früher hatten die Chiefs die Macht, das Leben der Menschen zu verbessern. In Dürrezeiten schickten sie diese in Gebiete, in denen es einen Überschuß an Nahrung gab. In Lobengulas Königreich mußte einer, der mehr Nahrung besaß, als er brauchte, diese mit den Unglücklicheren teilen. Wer viele Kühe hatte, lieh einige an jene aus, die keine hatten. Die Armen hüteten diese Kühe, melkten sie und ernährten ihre Kinder. So überlebten die Armen, gediehen sogar. Die Armut wurde aus dem Dorf vertrieben. Niemand mußte Hunger leiden.

Unter traditioneller Herrschaft mußte niemand verhungern; im Königreich der Ndebele gab es keine Armut Einzelner. Die Menschen sorgten füreinander. Wenn ein Nachbar Not litt, war es seinem Nächsten selbstverständlich, ihm eine Kuh auszuleihen, anstatt sie zu verkaufen, damit auch die andere Familie genug zu essen hatte. Wenn das ausgeliehene Tier geschlachtet wurde, teilten sich der Besitzer und derjenige, der es gehütet hatte, das Fleisch zu gleichen Teilen, als hätte es beiden ge-

hört. Dieser Brauch brachte die Menschen einander näher, sie kümmerten sich umeinander, fühlten miteinander.

Es ist nutzlos, als einziger im Dorf einen vollen Bauch zu haben.

Unsere Führer sehen das alles, aber sie geben vor, es nicht zu sehen. Sie schließen ihre Augen und tun nichts für das verhungernde Kind, für die alte Frau, die aufgrund des Hungers jeden Selbstrespekt verloren hat, für den Vater, der sich schämt Vater zu sein, weil er nicht für seine Kinder sorgen kann.

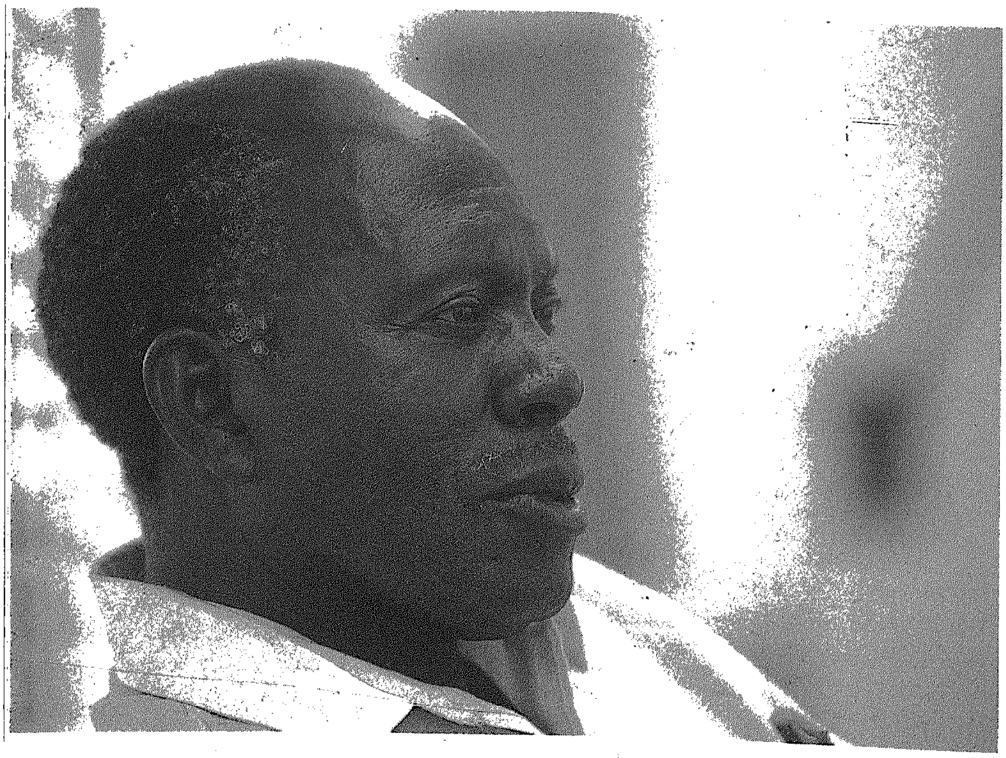
Die heutigen Führer sagen, wir müssen vorwärts gehen. Aber ist es denn richtig, den falschen Weg vorwärts zu gehen? Ist es nicht besser, innezuhalten, eine zeitlang zu rasten und nachzudenken?"

Ein junges Mädchen kommt angelaufen, zieht an seiner Hand. Sie möchte mit ihm reden. Es wird Zeit für uns weiterzufahren. Langsam entfernt sich Kaisa Ndiweni, geht über das kahle Land und hört sich die Sorgen seiner Enkelin an.

Ambuya Manditsera trägt in sich die Erinnerung der Landschaft. Sie spricht über den Schoß einer Frau wie über einen Schrein. Sie spricht über die Beziehungen der Menschen zu den Stimmen der Natur, in all ihren Ausprägungen ...

"Der Zorn einer Frau ist von Natur aus unermeßlich. Wenn du eine Mutter erzürnst, mußt du die Schwester deines Vaters holen, damit sie die Flamme löscht. Du sagst zu ihr, Tante, ich habe meine Mutter verärgert, was soll ich tun? Die Tante möchte den Grund des Anstoßes erfahren. Du sagst ihr alles, und sie nennt dir ein Heilmittel, denn inzwischen wirst du erlebt haben, daß der Zorn einer Mutter unendlich ist.

Die Tante wird ihre Brüder einladen, damit du Harmonie mit deiner Mutter ersuchen kannst. Du berichtest ihnen von dem Problem, und gestehst, daß du deine eigene Mutter verärgert hast. Du möchtest dich und sie befreien, denn Zorn ist ein Gefängnis. Man kann daraus nur entkommen, wenn man das Geschehene wiedergutmacht.



Mutter ist Liebe und Zorn. In ihr ist der Zorn und die Liebe des Kindergebärens. Sie kann ihren eigenen Schoß verfluchen, warum hat mir dieser Schoß solch ein Kind gegeben? Das ist ihre Stimme. Deine Tante wird vielleicht deine Mutter überreden, zuzuhören, sie bitten, die Last ihres Herzens zu äußern.

Wenn deine Mutter voller Zorn stirbt, ist das ein schlechtes Zeichen. Weiblichkeit ist ein brennender Zorn. Liebe wird Zorn. Alles brennt. Eine Mutter, die in Zorn stirbt, bedeutet Wahnsinn für das Kind, das sie verärgert hat. Es wird in die Wildnis gehen wie ein Tier.

Eine Frau sollte nicht in Zorn sterben. Sie stammt aus dem Schoß einer anderen Frau. Auch ihr Schoß hat den Samen des Lebens genährt, dich, ihr Kind. Wenn dein Vater wegen deines Vergehens dieses oder jenes von dir fordert, besorge es. Wenn deine Mutter sagt, kaufe mir ein Stück Stoff, weil deine Stimme die Stimme der Respektlosigkeit war, dann mußt du es tun. Deine Eltern zu beleidigen ist ein großes Vergehen. Es schwappt in dein Gewissen über.

Wenn ihr Sohn weit weggegangen und nicht zurückgekehrt war, nahm die Frau eine glühende Holzscheide in die Hand und rief die Namen der Vorfahren an, während sie in der Glutasche schürte. Mit Worten schmerzender Trauer. Bald darauf kehrte der Sohn von allein zurück. Sein Geist und sein Herz werden die Nachricht von dem Schmerz in dem Geist und dem Schoß seiner Mutter vernommen haben.

Der Zorn einer Mutter ist der Zorn ihres Schoßes, in dem der Samen eines menschlichen Wesens zuerst genährt wurde. Der Schoß ist ein Schrein. Wenn du deine Mutter schlägst, mußt du eine Reinigung vollführen.

Das Ritual demütigt denjenigen, der dem ganzen Land Übles getan hat. Der Mann läuft halbnackt durch das Dorf, nur in Fetzen gekleidet, von den Kindern gehänselt, eine Zielscheibe des Spottes im ganzen Land. Manchmal trägt er nur zusammengebundene Blätter. Ein Mann, der seine Mutter schlägt, ist ein Biest.

Wenn deine Mutter gestorben sein sollte, bleibst du allein und glaubst dich über der Schwelle der Gefahr. Du heiratest, zwei oder drei Kinder werden dir geboren. Bald aber kriecht der Tod herein wie ein Dieb. Ein Kind stirbt. Du denkst dir, ich habe noch andere. Dann stirbt ein weiteres, und dann noch eins. Das letzte Kind ist tot. In deinem Herzen spürst du die Geburt eines weiteres Kindes.

Wahrsager bringen Nachrichten und Visionen an deine Tür. Du bist nun ein Waise ohne Kinder und ohne Mutter, sagen sie. Dein Leben ist verwaist, sagen sie. Und alles nur, weil du deine Hand gegen deine Mutter erhoben hast. Nur du selbst kannst dich reinigen.

Dann saßen die Ältesten mit dir zusammen, ließen dich an ihren Worten teilhaben ... wir brauchen eine Ziege, und Bier aus der Hirse, die du von den Menschen im ganzen Zimunya Land erbetteln mußt, nicht aus deiner Kornkammer. Wir brauchen auch ein Stoff-

stück oder eine Decke. Du gehst von Heim und Heim, stets mit den Worten:

Ich habe den Schoß meiner Mutter beschämt
meinen Arm gegen meine Mutter erhoben.
Und nun betrete ich euer Haus
als einer, der um Getreide bettelt.

Nachdem du genug Getreide gesammelt hast und das Bier gebraut werden kann. Du gehst wieder herum:

Meine Väter, oh
Meine Mütter, oh
Onkel und Tanten, ihr,
das Getreide ist hier
die Ziege ist hier
der Stoff ist hier
Oh, Mutter
Meine Weisheit war in Dummheit verwandelt
mein Wissen in Unwissenheit
ich bete um Reinigung
daß ich den Schoß ehre
der mir Leben gab
daß ich den warmen Herd erlebe
mit Kindern in meinem Haus
Denn voller Unwissen habe ich gekränkt.

Jetzt wird das Bier gereicht. Du trägst noch die Fetzen deiner Reinigung. Du wirst wieder Mensch, der Geist deiner Mutter ruht wieder, der Zorn ist verflogen, die Flammen, die dich verschlangen, sind zu Flammen geworden, die dich in Liebe umarmen. Das Leben beginnt wieder. Zehn Kinder in deinem Haus, das voller Lachen ist.

Die Erde hat sich verändert. Heute kränken und beleidigen junge Männer und Frauen den Schoß, der ihnen Leben gegeben hat, an jedem Ort, an jedem Tag. Aber die Bestrafung ist taurig, all die Verbrechen in diesem Land, in anderen Ländern, von denen wir hören. Menschen töten andere Menschen, damit sie Teile des Körpers für anderes Leben verwenden können. Wann hat es so etwas schon mal gegeben? Mit dem Tod werden Geschäfte gemacht. Das ist die Strafe für die Mißbildungen unseres Lebens.

In den Tagen unseres Volkes mußte der König ein gutes Ohr für die Stimmen der Lebenden und der Toten haben. Heute sind die Stimmen tot. Denn keiner hört ihnen zu. Die Führer gehen überall hin, nur nicht zu ihren eigenen Leuten, um die Stimmen der Toten, die Stimmen aus den Höhlen und den Flüssen, die Stimmen aus den Tieren und den Vögeln zu vernehmen.

Niemand weiß mehr, als all diese Stimmen. Keine Schule kann uns unser Leben aus Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft lehren.

Die Vorfahren sind weise. Wir, die Lebenden, sind töricht. Das Land gehört nicht dir. Die Erde gehört nicht uns. Die Welt gehört den Vorfahren, die sie, zusammen mit Gott, erschaffen haben. Und uns wurde Respekt und Stolz mitgegeben, angesichts der vielfältigen Anwesenheit auf der Erde: Menschen, Vögel, Tiere und Bäume."

Frühmorgens marschiert Mike Matsosha Hove, verwundert über die Ausdauer unseres Schlafes, in das Zimmer und ruft: Leute, wie wollt ihr sicherstellen, daß die Hexen zu Bett gegangen sind? Wie könnt ihr weniger fleißig sein als die Sonne? Während des Frühstücks merken wir, daß seine Gedanken die Nächte durchmachen und den Umtrieben der Hexen trotzen. Denn M.M. Hove ist ein nüchterner Bewahrer der Tradition, ein Mann, der eine europäische Ausbildung erhalten hat, und im Laufe seines langen Lebens das Einsichtige, Überzeugende und Schöne beider Kultursphären verinnerlicht hat. Im Augenblick beschäftigt ihn die Kultur der nordamerikanischen Indianer. Ihre Einstellung zum Leben und zur Natur erscheint ihm bei allen Differenzen im Detail sehr vertraut.

Mike Hove erzählt fast den ganzen Tag hindurch, denn er hat im Laufe seines langen Lebens einen großen Reichtum angehäuft, und diesen nicht mit den anderen zu teilen, wäre doch selbstsüchtig.

"Der Mensch ist natürlich nur Teil eines viel größeren Systems. Ich unterscheide mich nicht so sehr von der Antilope, die in unserem Wald weidet. Sie überlebt, genauso wie ich, indem sie die Natur nutzt, das Wasser, das Gras und vieles mehr. Vielleicht bin ich intelligenter als die Antilope, denn ich kann mich vor ihr ernähren, was sie nicht kann, abgesehen davon, daß sie mein Getreide stiehlt. Die Europäer glauben,



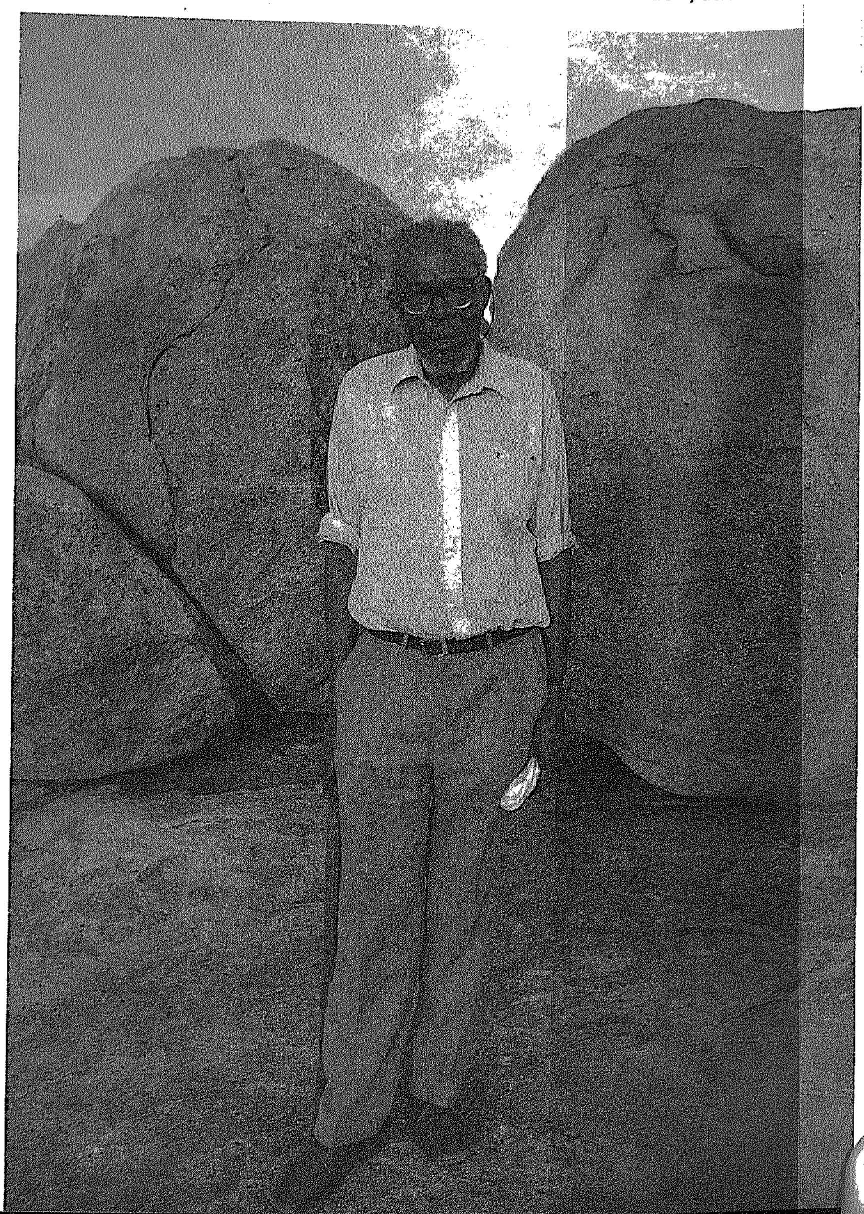
der Mensch sei dazu berufen, die Natur zu erobern. Die Berufung der Afrikaner bestand genau in dem Gegenteil. Wir haben die Natur nur geringfügig erobert und sie nicht so verletzt, wie es jetzt geschieht. Nehmen wir das Beispiel eines Löwen, der sich umhertreibt und unser Vieh reißt. Wir werden ihn erlegen. Aber solange er da draußen friedlich lebt, lassen wir ihn in Ruhe. Die Reichtümer der Natur können von uns genutzt werden. Aber wir haben die moralische Pflicht, sie in ihrem Zustand zu belassen. Wenn du zum Beispiel in einem Buschgebiet unterwegs bist, wirst du unzählige Fruchtbäume finden. Du wirst essen soviel du essen mußt. Den Rest wirst du für diejenigen übriglassen, die nach dir kommen. Vielleicht nimmst du eine Kleinigkeit als Proviant mit, aber nicht mehr. Wenn du noch etwas

für die Küche daheim pflückst, ist das eine andere Sache. Dann sammelst du für andere, für deine Familie. Nehmen wir zum Beispiel einen wilden Fruchtbaum namens *mashoko*. Es gab riesige Wälder von diesem Baum – und Tonnen von Früchten. Wißt ihr, wie all das verschwunden ist? Es gab 130 Kilometer von Bulawayo entfernt einen Farmer, der die Stadt mit Gemüse versorgte. Das Gemüse wurde in Steigen transportiert. Wenn der *mashoko*-Baum noch grün ist, läßt er sich leicht in Streifen hacken ... so wurden die Steigen hergestellt. Eines Tages kehrte ich aus Harare heim und mußte sehen, daß der Großteil der Wälder abgeschlagen worden war. Dabei wird uns Afrikanern vorgeworfen, die natürlichen Reichtümer verpfuscht zu haben. Das stimmt nicht. Bulawayo war eine Minengegend. Früher gab viele Tiere. Wenn man jetzt nach Shawane kommt, sieht man nur noch kahle Hügel. Es gab dort riesige Bäume, Akazien und andere Hartholzbäume. Sie wurden geschlagen, weil das Holz für die Minenschächte, für Öfen und die Eisenbahnlinie benötigt wurde. Die meisten unserer Sprichwörter handeln von Tieren, von Vögeln und Bäumen. Worüber unterhielt man sich schließlich? Über die Umwelt; was für Erfahrungen hätten wir ohne diese Umwelt? Die Weisheit der Menschen reifte aus ihrer Umgebung heraus. Wenn Natur dein unmittelbares Erleben ist, kannst du nicht anders, als deine Weisheit aus ihr abzuleiten.

Es war nicht üblich zu bestrafen. Nach einem Verbrechen wurden verschiedene Zeremonien durchgeführt, um das Böse zu vertreiben. Und in vielen mir bekannten Fällen zeitigte das Wirkung. Es gab mal einen jungen Mann, der sehr lästig war, weil er ein gieriges Auge hatte – er steckte alles ein, was ihm in die Hände kam. Nachdem man sich seiner bemächtigt, ihm ins Gewissen geredet hatte und so weiter, wurde eine große Zeremonie abgehalten. Er mußte etwas einnehmen, und das zwang ihn, sich zu übergeben. Man erklärte ihm, dies werde getan, um seine Hand zukünftig davon abzuhalten, die Sachen anderer Leute einzustecken. Das war die zeichenhafte Seite der Angelegenheit. Das reinigende Mittel konnte etwas Harmloses sein, etwas, das man auch Kranken verabreicht. In ganz schlimmen Fällen wurde die Person ausgestoßen. Wer sich von den anderen entfernte, wurde schließlich zum Einzelgänger, und es gab nichts Schlimmeres, als Einzelgänger zu werden. Das war eine effektive Drohung. Gefängnisse waren nicht nötig, weil man nicht bestrafte. Man suchte nach einer Lösung. Es wurde eine Nadel benutzt, um das gerissene Tuch zu flicken. Wenn gegen einen Mörder prozessiert wurde, mußte dieser eine Frau zur Verfügung stellen, die anstelle des Ermordeten einen anderen Menschen reproduzieren mußte. Die Brücke zwischen den Lebenden und den Toten mußte repariert werden. Harmonie diesseits und jenseits der Brücke war von zentraler Bedeutung. In dem Moment, in dem böses Blut auf dieser Seite der Brücke vorherrscht, entledigen sich die Verstorbenen ihrer Pflicht der Fürsprache. Also mußte die Harmonie wiederhergestellt werden. Und wenn die Angehörigen des Ermordeten, überwältigt von ihren Gefühlen, sich an dem Mörder rächten, waren sie keine Unschuldigen mehr. Denn es gab keine Rechtfertigung, einen Menschen zu töten.

Der vorbildliche Mensch ist ein Mensch, der nicht für sich selbst allein lebt. Er ist stets Teil eines Teams, Teil einer Gemeinschaft. Er achtet die Übereinkunft in der Gemeinschaft. Er ist ein Mensch, der nicht abtrünnig wird, ein Mensch, der mit den anderen fühlt, ein Mensch, der weiß, daß unsere Gemeinschaft aus zwei Teilen besteht, die getrennt und doch unzertrennlich sind: den Lebenden und den Toten. Er ist ein Mensch, der niemandem Schaden zufügen will. Das ist der Rahmen der Kraft, die den Menschen Gutes tun läßt.

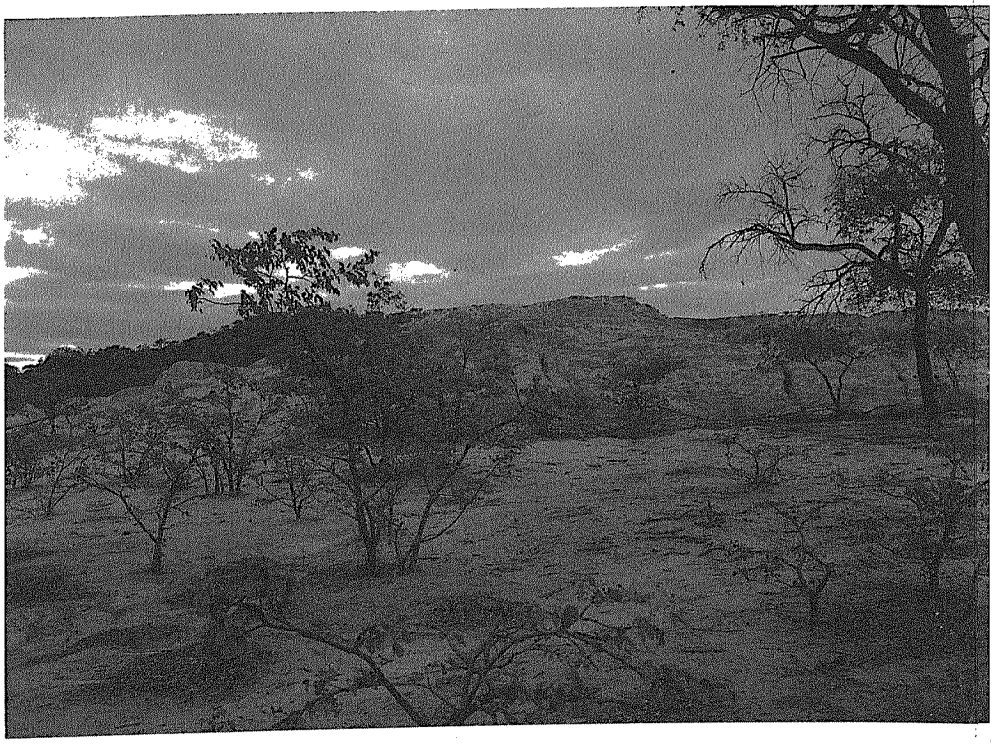
Höflichkeit ist der Schlüssel zu den Herzen der Menschen. Wenn du in eine unbekannte Gegend kommst und Hunger hast, wenn du einen fremden Ort erreichst und einer Frau begegnest, wirst du zu ihr sagen: Die Art wie Frauen ihre Kinder gebären ist überall gleichermaßen schmerzhaft, leidvoll und beglückend. Das ist höflicher als zu sagen: Ich hab Hunger. Und sie wird verstehen, was du meinst. Du erinnerst sie an den Schmerz, den sie für ihre Kinder erlitten hat, und an das Glück, das sie verspürt



M.M. Hove

hat. Und wen liebt sie mehr, als ihre eigenen Kinder? Wenn sie sich in meine Mutter hineinversetzt, wird sie meine Mutter. Wenn sie irgendetwas in der Küche hat, wird sie sogleich zu kochen beginnen. Jede Frau, die älter ist als ich, wird mich *mein Sohn* heißen – das ist Höflichkeit. Das ist der Schlüssel zu dem Herzen jener Frau, von der du gerne Essen erhalten würdest. Und sie wird es tun. Ich habe das viele Male erlebt und ich glaube, ich verdanke mein hohes Alter der Liebe der Menschen um mich herum. Ein Sprichwort lautet, jedes Kind ist das Kind von jedem. Du mußt mich nicht kennen, um meine Kinder zurechtzuweisen. Sie sind auch deine. Wenn Kinder sich aus dem Kern ihrer Familie entfernen, bewegen sie sich in einen anderen Kern hinein, zu anderen Eltern und Erwachsenen. Ein Kind wird in dem Bewußtsein erzogen, daß man andere Kinder nicht stillschweigend Falsches tun läßt. Und wißt ihr warum? Weil ihr unter den Folgen zu leiden haben werdet. Wenn diese Kinder zu schlechten Bestandteilen der Gesellschaft werden, werdet ihr davon betroffen sein. Wenn die Geister der Verstorbenen aufhören, sich für uns einzusetzen, könnten wir Dürre oder Stürme erleiden. Jeder ist dafür verantwortlich, schlechtes Benehmen abzuweisen. Jeder ist ein Hüter des Wohls, der Werte der Gemeinschaft. Das Kinship-System bedeutet, daß alle aus einer Generation Brüder und Schwester sind. Jeder aus der nächsten Generation ist ein Sohn oder eine Tochter. Das bestimmt auch das Verhältnis zwischen den Menschen: Es herrscht eine Fürsorge und ein Respekt wie zwischen Eltern und Kindern. Dadurch entsteht ein umfassendes soziales Denken und Handeln. Die Weißen sind verrückt, nur die engen Verwandten zu zählen. Wir stammen alle von einem Bullen ab.

Als junger Lehrer lehrte ich in Masase. Eines Tages ging ich zu dem Chief und sagte: Chief, ich bin in einer Schule großgeworden und deshalb nicht vertraut mit unseren Bräuchen. Ich bitte um Erlaubnis, beim Gericht anwesend zu sein. Er hat ungehalten reagiert, weil ich ihn um Erlaubnis fragte. Er sagte: Das Gericht ist so sehr das Deine wie es das Meine ist. Es ist das Gericht der Gemeinschaft und du bist ein Teil der Gemeinschaft. Als menschliches Wesen war ich befugt, zu jeder Verhandlung zu gehen und sogar mein Urteil zu



äußern. Als alle Beweise gesammelt und die Kreuzverhöre beendet waren, sagte der Chief: Mr. Hove, sprechen Sie bitte das Urteil – Sie sind der einzige, dessen Interessen von diesem Fall überhaupt nicht belangt werden. Ich war entsetzt. Ich sagte: Ich bin gekommen, um zu lernen. Genau das zeichnet Sie aus, antwortete er. Mr .Hove, wagen sie einfach eine Meinung. Jeder der Anwesenden wird Sie befragen, wenn Ihr Urteil nicht trägt. Also wagte ich ein Urteil. Wir sagen, daß ein Vorbeigehender das beste Urteil fällt. Er hat nichts zu verlieren und nichts zu gewinnen, er kennt nicht alle Winkel und Ecken, alle Ströme und Gegenströme in der Gemeinschaft.

Ein seelisch ausgeglichener Mensch ist ein Mensch, der seine Segnungen zählt. Er möchte prosperieren und er weiß, daß Prosperität in ihm selbst steckt. Er ist nicht zufrieden mit dem, was er erreicht hat und doch ist er gleichzeitig nicht unzufrieden; er ist dankbar für das, was er hat. Er zählt seine Segnungen. Glück wir durch eine Einstellung gezeugt, die sagt, heute erging es mir schlecht, morgen wird es besser werden. Die Ndebele sagen: Hoffnung bringt nicht um. Wir leben und bewegen uns aufgrund von Hoffnung. In der dunkelsten Nacht muß ich irgendwo hin, aber sehe nicht meinen Weg. Ich hoffe, den Weg zu finden und ich finde ihn, mit meinen Füßen, selbst wenn ich Schuhe trage. Ich sage, es gibt Schlangen, die mich beißen oder Menschen, die mich überfallen könnten. So eine Einstellung zeugt und erhält Glück. Du siehst jemanden, dem es in einem bestimmten Feld besser ergeht als dir, aber auf einem anderen Gebiet geht es ihm nicht so gut. Mir war Reichtum nie wichtig, denn ich wünsche mir Wohlergehen, und das kommt nicht mit Geld. Wenn einem der Kinder, meiner Frau oder einem Nachbarn etwas zustößt, muß man sich bewußt machen, daß alles gut wird, und meistens wird es auch gut. Seine Segnungen zu zählen gebiert und erhält Glück, aber natürlich ist es kein wahres Glück, wenn man es nicht an andere weiterreicht. Man muß sein Glück teilen.

Die Idee des Tabus hat viele Ausformungen. Manchmal wird von Aberglauben, von primiviten Sichtweisen, von Unwahrem gesprochen. Tabus beinhalten aber genau gesehen Verbote und Aufforderungen zur Enthaltung. Sie sind nicht falsch, sondern sie beabsichtigen, die Menschen in Einklang miteinander zu bringen. Denn nur im Einklang mit den anderen erkennt der Einzelne den Unterschied zwischen richtig und falsch, und handelt danach. Als ich aufwuchs, sagte man mir, ich dürfe dieses oder jenes nicht tun. Wenn man durchs Leben geht, ist jeder Tag bewölkt von Geboten und Verboten. Wenn du dir all das vergegenwärtigst und darüber nachdenkst, muß dir bewußt werden, daß du nur ein winziges Stück-

chen Leben im Universum bist. Du magst intelligenter als ein Tier sein, aber wohl kaum wichtiger. Du lebst vom Universum, du lebst darin, aber das Universum lebt nicht von dir. Es existiert, ob du da bist oder nicht. Die Natur sorgt für unser Auskommen, aber wir sorgen nicht für die Natur, es sei denn wir respektieren und erhalten sie für die Nachwelt. Darin liegt der Wert von Tabus: das Universum in seiner angebrachten Form zu bewahren, Harmonie aufrechtzuerhalten. Tabus lehren Bescheidenheit. Sie vermitteln dem Menschen, daß er Teil eines unendlichen Ganzen ist.

In unserem System muß jeder ein bestimmtes Tier als Tabu achten. Er ißt es nicht, er respektiert es, weil es die Seinen in der Natur verkörpert. In Falle der Hoves ist es der Fisch - wir rühren ihn nicht an. Die Tatsache, daß wir keinen Fisch essen, obwohl er vielleicht sehr lecker schmeckt, dient der Disziplin. Sie zwingt zum nötigen Respekt, denn jeder hält eines Tages ein und denkt darüber nach, wer er ist, welche Bedeutung er hat, wie er im Vergleich mit anderen abschneidet. Das Tabu wird dann seine Einstellung zu sich selbst und zur Schöpfung um ihn herum beeinflußen. Das ist nicht Aberglaube, es ist ein Mittel, das Gleichgewicht der Natur durch Respekt zu erhalten.

Land ist das größte Geschenk, das Gott den Menschen gegeben hat. Er hat es nicht einem chief gegeben. Also gehörte Land nicht dem chief, es gehörte niemandem. Wer immer es benutzte, durfte es sein eigen nennen. Wenn er es nicht mehr benutzte, wurde es jemand anderem zugeteilt. Dann kam der weiße Mann und sagte: Das ist mein Land – es war ein riesiges Stück Land –, und auch die Früchte darauf gehörten ihm, obwohl er sie nicht nutzte und sie verrotteten, denn er wollte niemanden sonst auf seinem Land haben. Die Menschen wurden vertrieben oder gezwungen, jährliche Miete dafür zu zahlen, daß sie darauf lebten, den Boden beackerten und Vieh hüteten. Dann sagte er, ihr dürft nicht so viel Vieh auf meinem Land weiden. Die Menschen wurden von einem Ort zum anderen getrieben. In manchen Gegenden wurden sie jährlich weitergescheucht. Dann wurde Land ein käufliches Gut. Die Afrikaner durften den Europäern Land abkaufen. Aber es konnten sich nur diejenigen Afrikaner Land leisten, die schon Teil der Geldwirtschaft waren und seit einiger Zeit schon etwas verdienten. Die anderen wurden mit Gewalt gezwungen, arbeiten zu gehen. Die Kopfsteuer wurde eingeführt. Also machten sich die Menschen jedes Jahr für ein, zwei Monate auf die Suche nach Lohnarbeit, bis sie den Betrag für die Steuer zusammen hatten und nach Hause gehen konnten. Natürlich entwickelten sich im Laufe der Jahre Bedürfnisse. Ein Mann wollte sich einen Mantel kaufen, also mußte er länger als ein oder zwei Monate arbeiten. Die Leute wurden müde von dem Hinundher, sie zogen es vor, monatlichen Lohn zu kriegen und für längere Zeit an ihrem Arbeitsplatz zu bleiben. Aber sie durften nur so lange in der jeweiligen Gegend bleiben, wie sie dort arbeiteten. Sobald die Anstellung zuende ging, mußten sie weggehen. Die Landfrage wurde zu einem Dauerproblem, das den Afrikanern viele schlaflose Nächte bereitete.

Es herrschen viele Mißverständnisse über die Rolle der afrikanischen Frau. Tatsächlich ist es so, daß unsere engagierten Frauen heute fordern, sie mögen wie ihre Vormütter behandelt werden. Ein Mann war früher erfolgreich aufgrund seiner Frau. Ein Mann, der im Leben vorankam, tat es, weil er sich mit seiner Frau beriet. Ein Mann, der sich nicht mit seiner Frau berät, kann vielleicht heute reich ernten, aber morgen wird er mit leeren Händen dastehen. Die Frau wird sagen: Unser Kornvorrat neigt sich dem Ende zu. Der Mann richtete sich nach der Frau. Es gab nicht dieses Verprügeln von Frauen, das wir heutzutage erleben. Wenn du deine Frau in dem Kral deines Vaters schlugst, hast du nicht nur deine Frau, sondern deinen Vater und deine Mutter geschlagen, denn du sollst deine Eltern respektieren und nur Gutes vor ihren Augen tun. Dein Vater würde sagen: Tu das nicht, sprich mit ihr. Heute wird das Dialog genannt – es ist keine neue Sache und es stammt auch nicht aus Europa. Es kommt aus der Erde, auf der wir leben. Jetzt, in diesem Augenblick da ihr beide hier seid, tut mein kleiner Enkel vielleicht etwas Schreckliches, aber ich darf ihn nicht schlagen, solange ihr im Haus seid. Das zu tun, würde bedeuten: Verschwindet von hier, ihr seid zu lange geblieben. So streng ging es zu. Es gab ein Sprichwort: Wenn du einen Mann siehst, der seine Frau schlägt, siehst du einen Feigling. Und wenn dein Kind ein gewisses Alter erreicht hat, die Jugend, darfst du es überhaupt nicht schlagen. Du mußt reden, beraten, führen, empfehlen. Du mußt Gedanken austauschen. Wenn du deine Hand hebst, könnte in der Hitze des Gefechts dein Kind zurückschlagen, und es gab nichts Schlimmeres als das. Das würde die ganze Beziehung durcheinanderbringen. Also hörst du auf, den Stock zu benutzen, dein Mund wird zu deinem Stock. Nur sehr dumme Eltern würden diese Regel mißachten. Indem du jemanden schlägst, kannst du nichts geradebiegen; – du kannst nur das Schlechte verschlimmern."

Als wir Mike Matsosha Hove beim Abschied versprechen, ihm sofort nach Erscheinen ein Exemplar des Buches zu schicken, sagt er: Ich hoffe, ich bin dann noch da. Denn ihr wißt ja, zwischen dem Hier und dem Dort gibt es keinen Postdienst.

Ende Februar erscheint im Verlag Frederking und Thaler der Textbildband: HÜTER DER SONNE – Begegnungen mit den Ältesten Simbabwes von Chenjerai Hove und Ilija Trojanow.

Interview mit Mitgliedern des Geheimen Revolutionären Indigenen Komitees (CCRI) der EZLN

Oventic (Chiapas, Mex.), 30. Dezember 1995

Das Interview mit Javier (CJ) und einem anderen aus dem CCRI führte David Rosales Alvarez / version

Das Interview wurde vor dem Hintergrund der Errichtung vier autonomer Kulturzentren in Chiapas, den vier neuen Aguascalientes, durch die Zapatistas geführt. Die indianische Bevölkerung verhinderte in diesen Tagen mit spontanem Widerstand das Eindringen der Militärs in die autonomen Gemeinden. Mit großem Spektakel und kulturellen Darbietungen feierten die Zapatistas den zweiten Jahrestag des Aufstandes vom 1. Januar 1994.

In den ersten Januartagen 96 fand in San Cristóbal de las Casas das internationale Forum zu "indianischen Rechten und Kultur" statt. Selbst Subcomandante Marcos kam zu diesem einmaligen Ereignis aus seinem Versteck in der Selva Lacandona, um die Eröffnungsrede zu halten und mitzudiskutieren.

Erst vor wenigen Tagen einigten sich die zapatischen Rebellen und die Regierung auf einen neuen Pakt zwischen den indianischen Völkern und dem Staat Mexiko. Die beschlossene Autonomie soll nicht nur für Chiapas gelten, sondern für alle indianischen Gebiete in Mexiko. Geplant ist auch ein neues Gesetz zur Agrarreform in Chiapas.

Sollten die bisher papiernen Beschlüsse tatsächlich in die Praxis umgesetzt werden, ist dies eine in Mittel- und Südamerika einmalige Föderation zwischen Staat und unabhängigen indianischen Gemeinden. Der Pferdefuß jedoch dürfte die Ausklammerung der Verfügungsgewalt über die Naturressourcen sein.

Herby Sachs

In den vergangenen Tagen haben wir das Verhalten der mexikanischen Regierung gegenüber der EZLN ganz genau beobachten können. Die Bundesregierung hat ihre Truppen in der gesamten sogenannten Konfliktzone mobilisiert, und die EZLN reagiert darauf nicht etwa mit Waffengewalt, sondern mit Theatervorführungen, Musik, Poesie, Malerei, eben mit kulturellen Aktivitäten. Wollt Ihr damit gegenüber der restlichen Welt demonstrieren, daß ihr Eure Waffen nicht mehr anrührt?

(CCRI): Wir versuchen dies soweit es geht, aber die Bundesarmee provoziert uns permanent, indem sie militärische Zusammenstöße geradezu herausfordert. Trotzdem werden wir unser Möglichstes tun, um auf politischem Wege voranzukommen und so die Konflikte zu lösen.

Heißt das, daß Ihr Eure Waffen nicht niederlegen werdet?

(CCRI): Keineswegs. Wir geben unsere Waffen nicht aus der Hand, solange unsere Forderungen von der Regierung nicht erfüllt werden. Zur Zeit sind wir in der Dialog-Phase, und wir sind bereit, den Dialog fortzusetzen. Aber wenn uns alle Möglichkeiten versperrt bleiben und die Regierung weiterhin provoziert, entsteht natürlich die Gefahr von erneuten Zusammenstößen.

Glaubt Ihr, daß die mexikanische Regierung bereit ist, alle oder zumindest einen Großteil Eurer Forderungen auf friedlichem Wege zu erfüllen?

(CCRI): Bisher werden nur immer wieder Zusammenstöße provoziert. Um eine wirkliche Lösung der Konflikte geht es der Regierung nicht. Seit Beginn unseres Aufstandes ist keine einzige unserer Forderungen erfüllt worden. Mit Repression, mit ihren Panzern und ihren Waffen droht uns die Regierung, das ist ihre Antwort.

Zwei Jahre sind verstrichen, seit die EZLN sich mit Waffengewalt gegen die mexikanische Regierung erhoben hat und ihre Forderungen nach Frieden, Gerechtigkeit, Demokratie und Freiheit formulierte. Haben diese Forderungen auch heute noch ihre Gültigkeit?

(CCRI): Wir werden unsere Forderungen nicht ändern. Wir werden weiter für Frieden, Gerechtigkeit, Freiheit und Demokratie kämpfen, bis wir unsere Ziele erreicht haben. Währenddessen demonstriert uns die Regierung ihre Doppelzüngigkeit, ihre zwei Gesichter.

Wie lange noch wollt Ihr auf dem eingeschlagenen Weg des Dialoges bleiben?



Foto: David Rosales

(CCRI): Von Anfang an haben wir uns verpflichtet, den Dialog zu führen, und wir müssen diese Verpflichtung erfüllen. Jetzt umso mehr, da die Zivilgesellschaft uns gebeten hat, auf politischem Wege voranzukommen, unser Wort zu halten, solange, bis wir keine andere Möglichkeit mehr haben. Denn es gibt schließlich Momente, in denen wir uns verteidigen müssen. Gerade in den letzten Tagen sind wir so dermaßen unter Druck gesetzt worden mit all den Militärpatrouillen und Truppenbewegungen auf unserem Territorium, während wir hier unsere seit langem angekündigten kulturellen Veranstaltungen abhalten. Trotzdem ist die Militärpräsenz enorm hoch, gibt es Militärpatrouillen bei Tag und bei Nacht, kreisen Militärflugzeuge über uns. Wir haben keine Angriffspläne. Diese Kulturveranstaltungen sind sogar ganz entscheidend auf unserem Weg zu einem gerechten und würdigen Frieden. Mit Provokation gegenüber der Regierung hat das nichts zu tun.

Im Ausland gibt es viele Menschen, die mit der EZLN sympatisieren, ganz konkret auch in Deutschland. Welche Botschaft könnt Ihr diesen Leuten übermitteln?

(CCRI): Wir können ihnen sagen, daß wir unseren Weg weitergehen werden, daß wir unser Wort halten werden bis zum Schluß.

Vielleicht noch eine Botschaft?

(CJ): Ja. Wir sind mehr als bereit dazu, über unsere Forderungen weiter mit der Regierung zu reden. Aber wir sehen und hören auch die Regierenden, wie sie von Frieden, von Dialog reden, sich gleichzeitig aber immer intensiver damit beschäftigen, uns unter Druck zu setzen und zu provozieren. Währenddessen befinden wir uns ruhig und friedlich in unserem Territorium, auf unserem Land, in unseren Häusern und wollen auf politischem Wege weiterkommen. Wir bereiten keine militärische Offensive vor, sondern bauen diesen Ort hier auf, einen Ort für kulturelle Veranstaltungen, bei denen wir unsere Erfahrungen und unsere Kultur mit all jenen teilen können, die zu uns hierher kommen, mit der mexikanischen Bevölkerung, mit der Zivilgesellschaft. Das haben wir vor. Die Regierung glaubt, wir würden eine militärische Offensive vorbereiten, was natürlich nicht stimmt. Deswegen lehnen wir auch mit aller Schärfe diese massive militärische Präsenz ab, mit der sie uns einschüchtern, unter Druck setzen und provozieren wollen. Sie wollen, daß wir den Dialogprozeß abbrechen. Aber diesen Gefallen werden wir ihnen nicht tun. Wir sind bestens für den Dialog gerüstet.

(CCRI): Und noch etwas, was wir der nationalen und internationalen Zivilgesellschaft oder allen Solidarischen sagen können: Im Moment hätte es für uns keinen Nutzen, zu den Waffen zu greifen, dies ist nicht die richtige Zeit dafür. Wir wünschen uns, daß sich alle mit uns solidarisieren, unseren Kampf auf ihre Art und Weise unterstützen. Und wir senden einen Gruß dorthin nach Deutschland, im Namen des Geheimen Revolutionären Indigenen Komitees aus den Bergen von Chiapas. Vielen Dank.

Übersetzung: Dorothea Schütze/version

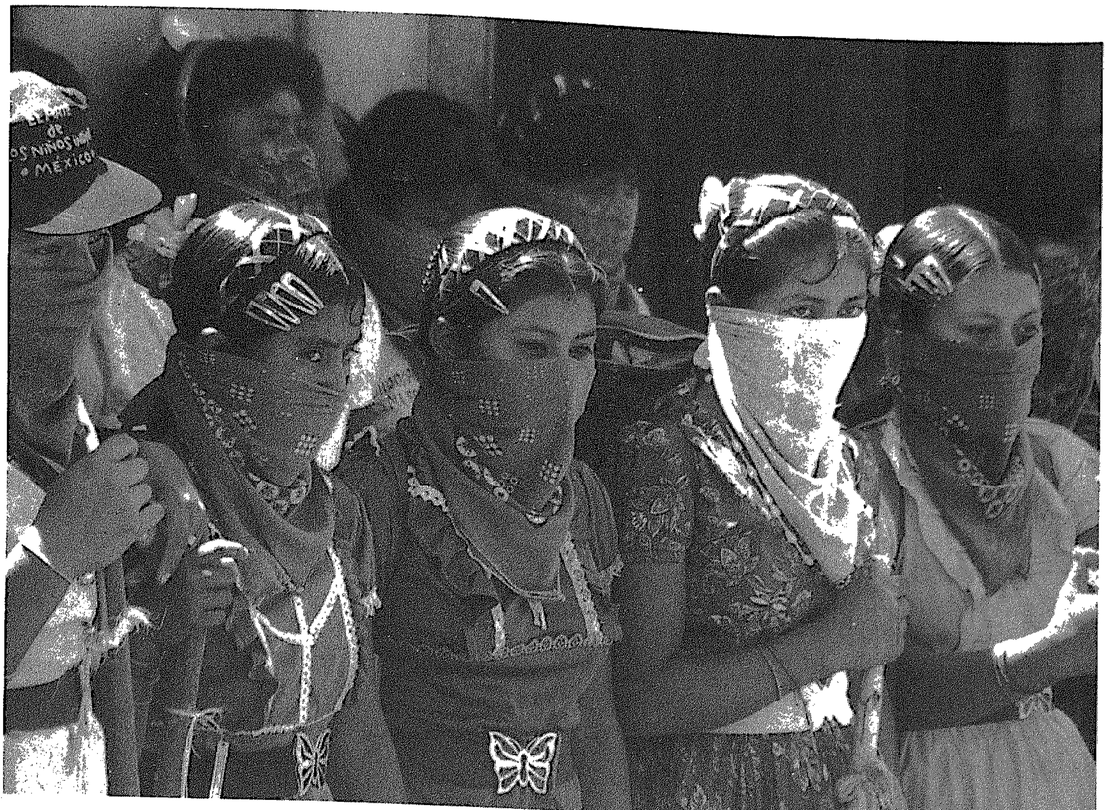


Foto: Juan Ramón Martinez



Rechtsextremistische Bewegungen in den Vereinigten Staaten der 80er und 90er Jahre

von Philip Agee

Der SF hat bereits zwei längere Artikel über die US-amerikanischen "Neonazis und Abtreibungsgegner" (4/95) und über die US-Milizen-Bewegung (3/95) veröffentlicht. Wir haben uns, trotz einiger Wiederholungen (zwei, drei Kürzungen haben wir vorgenommen, um sie nicht ausufern zu lassen) für den Abdruck dieses Artikels von Philip Agee entschieden, weil er die ganze Bandbreite der rechtsradikalen Bewegung in den USA vorstellt und so zu einem genaueren Überblick kommt. Das Mehr an Informationen schien uns das nochmalige Abdrucken einiger bekannter Passagen zu rechtfertigen. SF-Red.

Unter den vielen Artikeln über das Ende des 2.Weltkrieges, die im August um die Zeit des 50.Jahrestags der Kapitulation Japans erschienen, wurde in einem der damalige US-Präsident Harry Truman zitiert, der die Kapitulation über das staatliche Radio verkündet hatte. Feierlich proklamierte Truman, daß nun Nazismus und Faschismus ein für alle Mal von der Erde ausradiert worden seien.

In seiner Euphorie über das Kriegsende irrte er sich gewaltig. Richtiger lag wahrscheinlich der französische Sozialhilosoph Michel Foucault, der 1972 schrieb:

"Der strategische Feind ist der Faschismus... der Faschismus in jedem von uns, in unseren Köpfen und in unserem alltäglichen Verhalten, der Faschismus veranlaßt uns Macht zu lieben, genau das herbeizuwünschen, was uns beherrscht und ausbeutet."

Mir scheint, daß seinem Verständnis nach der Faschismus (oder etwas Gleichbedeutendes) eines der vielen dunklen, verborgenen Abgründe jeder

menschlichen Persönlichkeit darstellt. Es ist wohl keine Übertreibung zu behaupten, daß der Faschismus, weit davon entfernt nach dem Ende des 2.Weltkriegs zu verschwinden, nach wie vor allgegenwärtig ist - und das in einer Reihe von Ländern. So wie früher existieren heutzutage von Ort zu Ort unterschiedliche Variationen des Faschismus, aber sie teilen alle ganz bestimmte Auffasungen und Bräuche. Das Wort "Faschismus" ist übrigens den lateinischen und italienischen Wörtern für "Bündel" entlehnt. Es wurde zuerst politisch nach dem 1.Weltkrieg von Mussolini's faschistischer Partei in Italien benutzt, deren Symbol ein um eine Axt gewundenes Feuerholz-Bündel darstellt, das sowohl Stärke, als auch Einheit demonstrieren sollte.

Mussolini und andere frühere Faschisten der Zeit nach dem 1. Weltkrieg, eigneten sich die Lehren der ultrakonservativen Schriftsteller des 19.Jahrhunderts an, wie die des Italieners Vilfredo Pareto und Gaetano Mosca, die "Laissez-faire"-Ökonomien und die Wichtigkeit der Eliten in einer sozialen Ordnung betonten. Weitere ideologische Inspirationen kamen vom französischen Grafen Joseph Gobineau, der die Überlegenheit einer arischen Rasse in seinem 1853 verfaßten Werk *Essay über die Ungleichheit der menschlichen Rasse* postulierte und vom Engländer Houston Stewart Chamberlain, dem Schwiegersohn Wagners, der seinerseits ein führender Apologet der "rassischen Überlegenheit" der Deutschen und der "Minderwertigkeit der Judn" war. Und nicht zu vergessen, Friedrich Nietzsche mit seinen Konzepten der "natürlichen Aristokratie", Wille, Kraft, Stärke, der sogenannten "Herrenmoral" und des "Übermenschen".

Bezeichnend für die faschistischen Anschauungen nach dem 1.Weltkrieg und heutigen faschistischen Ideen ist die weitestgehend gemeinsam geteilte Auffassung hinsichtlich der Ablehnung aufklärerischer Lehren und der französischen Revolution; der Konzepte von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, sowie der Deklaration der Bürger-und Menschenrechte, das heißt humaner und ziviler Rechte, eine säkularen Welt ohne Staatsreligion aber mit der Möglichkeit einer freien Religionwahl, als auch hinsichtlich der Ablehnung dessen, was wir heute als liberale Demokratien in den Vereinigten Staaten und Westeuropa bezeichnen. Und natürlich opponiert ler Faschismus auch gegen unabhängige Arbeiterbewegungen, Gewerkschaften und jede Form von menschlichem oder egalitärem Sozialismus.

Im Gegensatz hierzu favorisiert der Faschismus den Nationalstaat, dem alle individuellen Bedürfnisse untergeordnet werden sollen, im Zusammenhang mit dem Ruf nach einem starken Führer, der die Interessen der Nation personifiziert. Eine Diktatur ohne demokratische Zwänge wurde glorifiziert und war schließlich auch um des Krieges willen gegen die inneren und äußeren Feinde unvemeidlich. Moral wurde nicht rechtlich oder religiös definiert sondern als etwas, was den Interessen des Staates dienlich war. Rassische Überlegenheit und Antisemitismus, gestützt auf den Glauben, daß Juden, obgleich sie als minderwertig kategorisiert wurden, danach streben, die Weltherrschaft zu erringen, sind ebenfalls zentrale Bestandteile des Faschismus. Nicht zu vergessen, daß die Frauen den Männern untergeordnet sein sollten, und Kinder für den Staatsdienst heranzuzüchten sollen. Menschen mit homosexuellen Neigungen gelten als Feinde der Gesellschaft und des Staates.

In den Vereinigten Staaten existieren heute eine Reihe von politischen Bewegungen, die einige oder alle prinzipiellen Merkmale des Faschismus teilen bzw. verfechten. Zusammen bilden sie ein sehr kompliziertes Gefüge, das einem ständigen Wandel unterliegt, das u.a. wegen ihrer doppelten Mitgliedschaften und Programme mit den selben paranoiden Auffassungen, an Einfluß zu- oder abnimmt. Ähnlich der ersten Generation der Faschisten der 20er Jahre, glauben sie, daß sie von Feinden angegriffen werden, ihr Leben in Gefahr sei und daß sie sich der Zerstörung ihrer Organisationen und ihrer Glaubensvorstellungen durch Gegenangriffe widersetzen müssen. Die Liste ihrer Feinde ist bekannt: Liberale und andere, die sich für Chancengleichheit und eine multikulturelle Gesellschaft einsetzen, das wohlfahrtsstaatliche System, das auf die bedürftige Menschen ausgerichtet ist, Schwarze, Farbige, Juden, Sozialisten, Anarchisten und Kommunisten, Schwule und Lesben, Ausländer, die sich unterschiedlich kleiden, reden und glauben. Im Allgemeinen kommen



sie, was den wirtschaftlichen Hintergrund angeht, aus den mittleren-und unteren Einkommensschichten und mißtrauen der Bundesregierung und ihren internationalen Programmen, wie die Partizipation in den Vereinten Nationen, in Verbindung mit multinationalen Aktiengesellschaften, mal abgesehen vom prinzipiellen Mißtrauen gegenüber der US-Regierung. Noch vor allen anderen Gegnern betrachten sie die Washingtoner Regierung als ihren größten Feind. Diese Organisationen und Bewegungen, von denen sich einige als überzeugte Christen sehen (andere wiederum nicht), haben sich in den Vereinigten Staaten auf dem Hintergrund einer extrem zunehmenden ökonomischen Ungewißheit und Unsicherheit, entwickelt. Die Hauptursache besteht in der Globalisierung der Ökonomie, der neuen Technologien und im Export von Millionen Arbeitsplätzen ins Ausland, um durch billigere Arbeitskräfte die Profite zu maximieren. Am stärksten von dieser Entwicklung betroffen sind dabei Menschen mit geringer Bildung und Begabung, darunter auch viele, denen – im Gegensatz zu den ersten Generationen nach dem 2.Weltkrieg – trotz ihrer harten Arbeitsjahre jegliche Lebensperspektive fehlt.

Zahlreiche Statistiken belegen diesen Prozeß, wobei die Reichen ihr Einkommen erhöhen konnten, der Einkommensanteil der Bevölkerungsmehrheit dagegen real abnahm. Beispielsweise fielen, wenn man die Inflation mit berücksichtigt, während der vergangenen 20 Jahre die Löhne der Arbeiter in der Produktion um 20% und die der jungen Männer mit nur geringer Bildung um 30%. Die mittleren Gehälter liegen heute niedriger als der Durchschnitt in den 60er Jahren. Aber in derselben Zeit konnten die am besten Verdienenden ihren Anteil beträchtlich erhöhen. Im Zeitraum von 1977 bis 1989 besaßen 1% der reichsten Familien 72% der gesamten Gewinne des nationalen Einkommens, während die Ärmeren einen Anteil von 60% verloren. Heute besitzen ca 1% der Amerikaner 40% des Reichtums des Landes und 10% der Familien besitzen 70%. Kein Zufall also, daß die oberen 20% der Familien abzüglich der Steuern über ein höheres Einkommen verfügen, als die übrigen 80%. Offiziell leben 15% der Bevölkerung in Armut, obwohl der wirkliche Prozentsatz wohl höher liegen dürfte. Schließlich leben 22% der amerikanischen Kinder in Armut, viermal soviel wie in Westeuropa. Der Prozeß der kontinuierlich zunehmenden Konzentration von Reichtum und Einkommen in den Händen weniger setzt sich heute weiter fort. Im allgemeinen demontierte der Kongreß, der vom rechten Flügel der republikanischen Partei kontrolliert wurde, in den insgesamt 60 Jahren das Wohlfahrtssystem im großen Stil, das ursprünglich für die Bedürftigen der Gesellschaft konzipiert worden war. Ein unwiderlegbares Ergebnis hierfür ist die Tatsache, daß sich die Vereinigten Staaten, gemessen an den sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen, schließlich zu dem entwickelt haben, was allgemein unter die Kategorie eines sog. "Dritte Welt" - Land fallen könnte.

Ein weiteres Ergebnis ist der Rassismus, der lange Zeit das Land gespalten hatte und eine Quelle des Fanatismus und des Hasses darstellte; momentan sprechen die Anzeichen dafür, daß der Rassismus sich eher noch verstärken, als abnehmen wird. Ein Großteil der weißen Bevölkerung Amerikas lebt in ständiger Angst vor schwarzen Menschen. Da sie Kriminalität und Gewalt, nur von Schwarzen und nicht von Weissen ausgehen sehen. Andere Bedrohungen stellen für sie junge Schwarze mit Kindern dar, die auf Sozialhilfe leben, in ihren schwarzen Klubs und Drogencliquen verkehren oder Rap-Musik hören. Dies Bedrohung nehmen sie auch bei Immigranten aus sog. "Dritte Welt"-Ländern und bei schwulen und lesbischen Wohngemeinschaften wahr.

Noch ein weiteres Resultat ist, daß die besonders gering gebildet- und begabten Weißen, Opfer dieses Prozesses geworden sind, völlig entfremdet, verwirrt und geladen nach Sündenböcken Ausschau halten, denen sie die Schuld ihrer Misere zuweisen können. Und anstatt zu begreifen, daß auf diese Art und Weise nunmal der amerikanische Kapitalismus prinzipiell funktioniert, machen sie die Bundesregierung, die beiden politischen Parteien, die Banken und die großen Aktiengesellschaften dafür verantwortlich. Dabei schließen sie ein Konglomerat vieler Millionen Mitläufer ein, die reif für faschistische Ideen geworden sind und vorallem den Organisationen, die ihre Ideen verfechten.



Welche Organisationen sind dies im einzelnen?

Um der näheren Betrachtung willen habe ich diese Gruppen in vier Kategorien unterteilt, die sich, wie ich bereits erwähnte, z.T überschneiden und einem ständigen Wandel unterliegen. Es sind dies

1.) die religiöse Rechte und ihre Bemühungen die Republikanische Partei zu vereinnahmen,
2.) die sogenannte **"Liberty Lobby"** und eine Reihe weiterer Organisationen, die sich zusammen mit der Bewegung **"Holocaust denial"** gebildet hat.
3.) die Bewegung **"Christian Identity"** und die mit ihr assoziierten Gruppen, wie **"die Aryan Nations"**, **" The order"**, **"Posse Comitatus"**, die sogenannte **"Patriotische Bewegung"**, **"Paramilitary Survivalist"**, die privaten Milizen und
4.) Der **"Ku Klux Klan"**, **"Skinheads"**, **"White Aryan Resistance"** und die neo-nazistische **NSDAP -AO**.

Alle diese Organisationen haben in den vergangenen Jahren viel Aufmerksamkeit auf sich gezogen.

Die heutige religiöse Rechte, auch unter der Bezeichnung "christliche Rechte" oder "neue christliche Rechte" bekannt, ist als derzeitige Bewegung von der früheren, sogenannten **"Evangelical"**-Bewegung, deren Wirken sich vom letzten Jahrhundert bis in die 50er und 60er Jahre zurückdatieren läßt, zu unterscheiden.

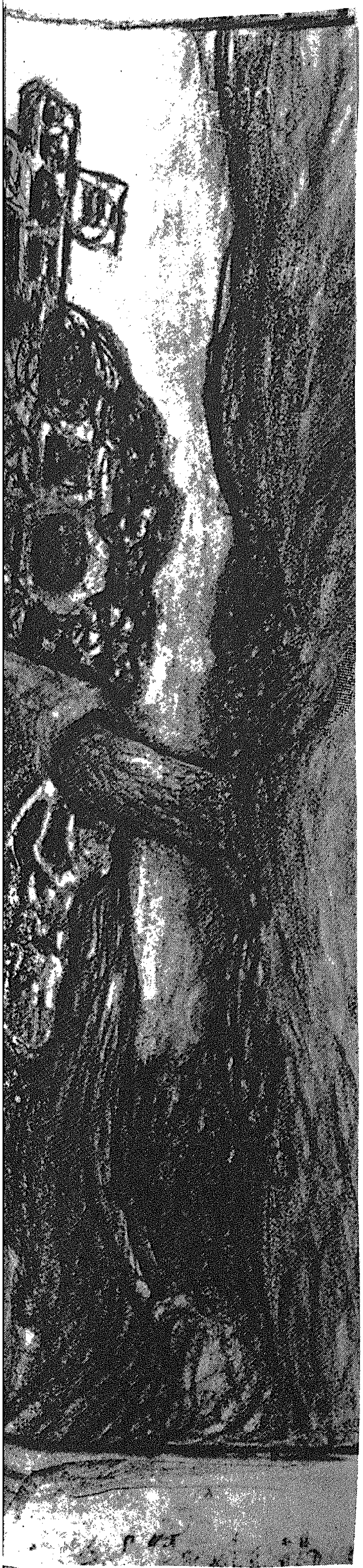
Diese Zeiträume beziehen sich auf ein weites Spektrum konservativer, evangelistischer religiöser Organisationen, die in der Hauptsache protestanisch waren und politische Bewegungen förderten oder sich in ihnen engagierten, um ihre religiösen Auffassungen der übrigen Gesellschaft mitzuteilen. Kurz, ihre Überzeugungen drehen sich um eine grundsätzlich oppositionelle Haltung gegenüber dem Pluralismus, das heißt auch was die Ablehnung von gleichem Status der vielen unterschiedlichen Religionen angeht. Sie lehnen die Unterschiedlichkeit politischer und kultureller Anschauungen und deren Praxis, sowie die traditionelle Seperation von Kirche und Staat in den USA strikt ab. Sara Diamond hat in ihrem Buch *Spiritual Warfare*, in Übereinstimmung mit den theologischen Positionen, die Unterschiede innerhalb der religiösen Rechten herausgearbeitet.

Nach Diamond beinhaltet der Begriff "evangelical" ein weites protestantisches Spektrum, daß darauf ausgerichtet ist, Leute zu bekehren und Ungläubige zu konvertieren. Innerhalb des Evangelismus gibt es zwei Hauptlager: diejenigen, welche zu der Sekte gehören, die das Lesen der Bibel nicht nachdrücklich betonen und die Literaten, die ihrerseits wiederum in zwei Hauptgruppen unterteilt sind: Die Fundamentalisten und die sogenannten "Pentacostals". Beide wenden die Schriften auf alle Lebensfragen an. Gewöhnlich sind die Fundamentalisten mit den baptistischen Kirchen assoziiert, die wiederum lehren, daß die Fähigkeit Heilungswunder zu vollbringen und "in Zungen" zu reden in den neutestamentarischen Zeiten enden würde. Auf der anderen Seite glauben die "Pentacostals", daß die im zweiten Kapitel des Neuen Testaments beschriebenen Heilungswunder für die modernen Christen genauso gelten würden.

Es gibt schätzungsweise 30 Millionen amerikanische **"Evangelicals"**, eine enorm große Anzahl, bei denen die *politisch*-religiöse Rechte danach strebt, Menschen für ihre Programme zu rekrutieren. Die größte und mit Abstand wichtigste Organisation der religiösen Rechten ist die **"Christian Coalition"**, die 1989 von Pat Robertson nach seiner mißglückten Prasidenschaftskampagne ein Jahr zuvor gegründet wurde. Die "Coalition" hatte einen sensationellen Zuwachs, so daß bereits sechs Jahre später, also 1995, die Zahl der Mitglieder auf 1.7 Millionen geschätzt wurde. Sie sind in 1700 lokalen Untergruppen landesweit organisiert.

Die Besucherzahlen ihrer jährlichen "Road to victory"-Konferenz sind von 800 im Jahr 1991 auf 4000 1995 gestiegen. Unter den Regierungsprogramm, die sie befürworten, zählen ein verfassungsmäßiger Gesetzesentwurf zur Abschaffung der Abtreibung, die Rücknahme der Frauenrechte, über ihr Leben selbstbestimmt zu entscheiden, die Wiedereinführung von christlichen Gebeten in öffentlichen Schulen, ohne Rücksicht darauf, ob dadurch Nicht-Christen und Atheisten verletzt werden könnten. Außerdem fordern sie einen





Regierungsgutschein, mit dem Eltern die Gebühren für Privatschulen zahlen können, um dadurch zu vermeiden, daß ihre Kinder auf weltliche Schulen, das heißt nicht-christliche Schulen mit Schülern die keine Weißen sind, schicken zu müssen. Und schließlich plädieren sie dafür, alle Bücher, die ihren Glauben angreifen, aus Schulen und öffentlichen Büchereien zu entfernen.

Während die Ziele der "Coalition" national definiert sind, funktioniert ihr System auf lokaler Ebene. Erfolgreich waren sie vorallem durch die freiwillige Unterstützung der Landbevölkerung, ihre Mitglieder oder Anhänger in örtliche Mitbestimmungsgremien zu wählen. Durch ihre Tätigkeiten in lokalen und staatlichen Bereichen, beabsichtigen sie die republikanische Partei unter ihre Kontrolle zu bekommen. Sie dominieren bereits die zentralen staatlichen Gremien der Republikanischen Partei in mindestens 30 der 50 Bundesstaaten. Während des Wahlkampfs von '94 verteilten sie etwa 30 Millionen Wahlempfehlungen ihrer 600 Kandidatien für Ämter auf regionaler, staatlicher- und auf Kongreßebene, wobei 60% von ihnen gewannen. Zusammen mit der ultarechten **"Nationalen Waffenvereinigung"** waren sie in der Tat ein sehr wichtiger, wenn nicht sogar bestimmender Faktor dafür, daß der Kongreß seit 1994 in die Hände des rechten Republikanerflügels gelangte. Hier nun einige Aussagen des "Coalition"-Gründers und Führers *Pat Robertson*, dessen Fernsehnachrichten und Redebeiträge zweimal täglich über sein eigenes Kabel-Netzwerk ausgestrahlt werden und schätzungsweise 58 Millionen Haushalte erreichen.

Ubrigens hatte Robertson sehr enge Kontakte zu führenden Persönlichkeiten der als **"Reconstructionist of Dominion theology"** bekannten Vereinigung. Sie lehren, daß das rechtmäßige Gesetzbuch durch das Alte Tetament als Grundlage einer zivilen Rechtsprechung ersetzt werden sollte. Ihre Verfechter fordern die Todesstrafe für solche sogenannten "Verbrechen", wie Ehebruch, Homosexualität, Blasphemie und die Verbreitung falscher religiöser Lehren. Und dies - wohlgemerkt - in einem Land wie Amerika und nicht etwa im Iran.

Robertson's politische Ansichten beginnen mit dem Glauben an die Verfassung der Vereinigten Staaten von 1789, die eine *"christliche Ordnung für eine Selbstregierung durch Christen"* geschaffen habe. Die Idee der Trennung von Kirche und Staat ist für ihn *"eine Lüge der Linken"*. Über die Nicht-Christen schrieb er 1986:

"Es ist interessant, daß Termiten nichts aufbauen, und die großen Erbauer unserer Nation nunmal alle Christen gewesen sind, weil Christen den Wunsch haben etwas aufzubauen... Die Menschen, die in unsere Institutionen kamen sind in der Hauptsache Termiten. Sie sind dabei, die von Christen aufgebauten Einrichtungen zu zerstören, ob dies in Universitäten, Regierungen oder in unseren Traditionen vonstatten geht... die Termiten sind jetzt unter ihrer Obhut... und die Zeit ist gekommen für eine fromme Ausmerzung."

Ich weiß nicht, ob sich Hitler als er über die Juden sprach nicht exakt genauso ausdrückte - ich denke jedenfalls, daß man einen leichten Vorgeschmack von dem, was ein Robertson da vom Stapel läßt, bekommt.

Über den Feminismus und der Rolle der Frauen schrieb Robertson, daß die *"Feministische Tagesordnung"* Frauen dazu ermutigen würde, *"ihre Kinder umzubringen"* und *"Anwendung von Hexerei"* darstellen würde. Über die phillipinische Präsidentin Corazon Aquino erzählte er: *"Ich glaube ehrlich gesagt nicht, daß Corrie Aquino zu regieren vermag...sie ist die Ehefrau ihres erschossenen Mannes, im Grunde genommen eine Hausfrau..."*. Über Abtreibung sagte er im Fernsehen *"Ein Gemetzel! 1.5 Millionen Babies. Das kann sich ja mit dem Holocaust von Adolf Hitler messen, wenn ihn nicht sogar überbieten."* Lesbisch/schwule Lebensformen bezeichnete er als *"Krankheit"* und beschuldigte solche Lebensgemeinschaften als *"Sodomiten"*, die danach trachten *"ihren Lebensstil in Schulen, Militär, Regierung, Geschäftswelt und Kirche durchzusetzten."*

Paranoia und Verfolgungswahn ist ein Kernelement von Robertsons' Glauben, das allen faschistischen Denkarten gemein ist. Ein Jahr nach Gründung der "Coalition" von 1990 schrieb Robertson:

"Zu viele Menschen, Christen können mit dem Zeitgeist nicht Schritt halten. Unsere Proteste und Warnungen sind

ein Ärgernis. Wir sind die Opfer der Verachtung, der Verleumdung und des Hohns. Bald, fürchte ich, könnten unsere Proteste ohne Gottes Intervention unakzeptabel erscheinen. Wenn das passiert und es wird passieren, können wir davon ausgehen, daß uns der gleiche Umgang wiederfährt, wie den Juden in Nazi-Deutschland."

Und an anderer Stelle sagte er im Fernsehen:

"Genauso wie Nazi-Deutschland mit den Juden verfahren ist, so liberal verhält sich Amerika momentan gegenüber den "evangelical"-Christen. Da gibt's keinen Unterschied. Es ist dasselbe. Es passiert wieder überall. Es sind der demokratische Kongreß, die liberal beeinflußten Medien und die Homosexuellen, die alle Christen vernichten wollen."

Anderswo griff er die vorherrschenden sozialen und politischen Ordnungen an, was von der religiösen Rechten auch als "säkularer Humanismus" bezeichnet wird:

"Die Machtzentren unserer Kultur - Regierung, Erziehungswesen, Medien, Geschäftswelt etc. sind heute fest in den Händen der säkularen Humanisten, die jegliche Anstrengung darauf verwenden, die auf der Bibel gegründeten Grundlagen des Christentums in unserer Gesellschaft zu erniedrigen und auszulöschen."

Und das Allheilmittel? Nun einige Statements von Robertson zur republikanischen Partei:

"Wir sehen es so, daß eine aktive Mehrheit der Republikanischen Partei in die Hände der "Pro-Family"-Christen im Jahr 1996 oder früher gelangen wird. (Die Insider ziehen es vor, daß "Pro-Family" lieber als "religiöse oder christliche Rechte" bezeichnet wird). Natürlich wollen wir das Weiße Haus in den Händen der "Pro-Family"-Christen sehen, zumindestens im Jahre 2000 oder bereits früher, wenn es uns Gott erlaubt."

Und 1991 schrieb Robertson:

"Wenn wir auch weiterhin so arbeiten, trainieren und organisieren, wird sich die "Christian Coalition" am Ende dieses Jahrzehnts zur stärksten politischen Organisation in Amerika entwickeln."

Angesichts des phänomenalen Wachstums der "Coalition" und ihrer Schlüsselrolle bei der Machtübernahme des rechten Flügels der Republikaner im Kongreß, bei den Wahlen von 1994, muß man ihren Erfolg eingestehen. Und man kann, wenn auch nur im entferntesten Sinn, gewisse Parallelen zwischen der Weimarer Republik und dem heutigen Amerika feststellen. Schließlich kam Hitler nicht zuletzt im Zuge legaler und parlamentarischer Mittel an die Macht.

Abgesehen von der **"Christian Coalition"** existieren weitere, durchaus einflußreiche Organisationen innerhalb der religiösen Rechten, die im Rahmen des legalen Wahlsystems arbeiten, um ihre ultra-konservativen Dogmen zu verbreiten. Sie arbeiten in Bereichen, wie der Kongreß-Lobby und unterstützen ihre Wunschkandidaten in Wahlen. Sie versuchen ihre politischen Zielsetzungen kontinuierlich umzusetzen und protestieren beispielsweise gegen Abtreibung vor Frauenkliniken und greifen feministische und schwule Bürgerrechtsbewegungen an.

Nun zur zweiten Gruppierung innerhalb des rechtsextremen Sammelbeckens der Vereinigten Staaten: Da wären zum einen die sogenannte **"Liberty Lobby"** und die Bewegung, die den Holocaust leugnet bzw. ihre Bedeutung herunterspielt.

"Liberty Lobby" ist der Name einer Neonazi-Organisation, mit Sitz in Washington D.C. 1957 von einem antisemitischen Autor, Willis Carto, gegründet, entwickelte sie sich aus der anfänglichen Carto-Organisation, mit dem Namen **"Liberty und Property"** und seinem Magazin *"Right"* heraus. Carto gründete die Organisation mit dem Ziel, Druck auf den damaligen Kongreß für eine ultra-rechte Gesetzgebung auszuüben, um als Vermittler zwischen dem Kongreß und den von Carto als **"Patrioten"** bezeichneten Flügel zu wirken. Er gründete die Organisation auch deshalb, um sich bei der Forschung und der Veröffentlichung von Schriften, im Interesse der Konservativen, zu engagieren. Seine ideologischen Positionen manifestieren sich in der Kontinuität nazistischer und antisemitischer Bewegungen, während der Zeit zwischen den zwei Weltkriegen, die auch unter der Bezeichnung **"Nativism"** bekannt geworden ist. Dieser Bewegung gehörte übrigens auch Henry Ford, Gründer der Ford Motoren Gesellschaft, als führende Persönlichkeit an.

Die "Lobby" war während dieser Jahre sehr erfolgreich, und ihre bedeutendste Veröffentlichung, *"The Spotlight"* hatte eine Auflage von ca. 100.000 bis 300.000 Exemplaren. Carto schuf eine Reihe von Tochtergesellschaften, eine davon war die *"Noontide Press"*, mit Sitz in Los Angeles. Diese Gesellschaft publiziert hauptsächlich Bücher zur Eugenik, zu Rassismus, Antisemitismus und Holocaust-Leugnungen. Ein weiterer Zweig dieser Medienlobby ist das *"Sun Radio Network"* mit Zugang zu 130 Radio-Stationen, das eine täglich zweistündige Talk-Show der "Lobby" namens *"Radio Free America"* sendet.

Eine andere Schöpfung der **"Liberty Lobby"** ist das 1978 gegründete Institute for Historical Review", mit Sitz in Torrance, California. Das Institut ist wahrscheinlich eine der wichtigsten Säulen der Neonazi-Bewegung, da es zum weltweit größten Förderer und Verteiler der Propaganda der "Leugnung des Holocaust" durch das "Journal of Historical Review" wurde und Konferenzen dieser Art sponserte.

Ein weiterer Ableger der *"Liberty Lobby"* ist die *"National Alliance"*, die aus der 1968 gegründeten *"National Youth Alliance"* hervorging, die damals das Ziel verfolgte, die linke Studentenbewegung der 60er Jahre zu bekämpfen. Sie ist als paramilitärische Organisation einzuordnen, ähnlich den Nazi-Braunhemden der 20er Jahre, die Gewalt benutzten, um Linke und"Black-Power"-Gruppen an den Universitäten zu zerschlagen. Sie spaltete sich allerdings recht früh und einer ihrer Flügel entwickelte sich zur *"National Alliance"*, unter der Führung von William Pierce. Pierce ist ein Uni-Physikprofessor und ehemaliger Beamter der amerikanischen Nazi-Partei. 1978 schrieb Pierce *"The Turner Diaries"*, eine Erzählung, die in der Zukunft spielt, in der eine Gruppe Weißer einen Rassenkrieg gegen die Bundesregierung beginnt, um eine ausschließlich weiße Nation zu errichten. Das Buch wurde schließlich zur Bibel der extrem rechten paramilitärischen Organisationen erklärt und blieb es fortan. Nach Ansicht amerikanischer Schriftsteller ist es sehr gut möglich, daß das Bombenattentat auf das Bundesministerium in Oklahoma City vom April, aufgrund der literarischen Inspiration Pierces zustande gekommen

ist, zumal das Buch *"The Turner Diaries"* die Lieblingslektüre Timothy Mc Veigh's gewesen ist, der an dem Verbrechen beteiligt war.

In ihrem Buch über das Thema *"Denying the Holocaust"* zeichnet Deborah Lipstadt die intellektuelle Bewegung zur Rettung und Rechtfertigung des Faschismus und Nazismus auf und entlastet Hitler, sein Wirken hätte erst nach dem Ende des 2.Weltkrieges begonnen. Die allerdringlichste Aufgabe bestand natürlich in der Relativierung und Leugnung des Holocaust. Zwei der frühesten Leugner waren die Franzosen, Maurice Bardeche, ein Faschist und Nazi-Kollaborateur und Paul Rassinier, ein ehemaliger Kommunist und "Resistance-"Kämpfer, der in Buchenwald inhaftiert war. Beide behaupteten, daß die Beweise für die Existenz von Konzentrationslagern gefälscht und übertrieben seien. Rassinier's Schriften wurden in den USA in den 70ern von der *"Noontide Press"* der **"Liberty Lobby"** herausgegeben.

1952 löste W.D. Herrstrom in den Vereinigten Staaten die Bewegung der **"Holocaust Leugner"** mit einem Artikel aus, in dem er konstatierte, es habe fakitsch keinen Holocaust gegeben, da ja schließlich Millionen Juden, die angeblich getötet worden waren, heute auf Amerikas Straßen rumspazieren würden. Ihm folgte in den 50er und 60er Jahren ein Schriftsteller-Zirkel. Besonders erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang der Historiker und Germanophile Harry Elmer Barnes, der sehr stark von Rassinier beeinflußt wurde. Einen weiteren wesentlichen Einfluß hatte David Hoggan, auch ein Geschichtsprofessor, der *"The Myth of the six Million"* verfaßte, das 1969 von *"Noontide Press"* publiziert wurde. In den 70er Jahren wurde Austin App, ein Englischprofessor und Sohn deutscher Immigranten, der lange Zeit Nazideutschland verteidigt hatte, mit seinem Buch *"The Six Million Swindel"*, zu einer führenden Persönlichkeit der "Holocaustleugner". In seinem Buch formulierte er die Prinzipien dieser Leugnung, auf dessen Grundlage Carto das *"Institute of Historical Review"* gründete. Auf App folgte Arthur Butz, Professor an der Northwestern University, der *"The Hoax of the Twentieth Century"* schrieb, das 1977 erschien. In Großbritannien kam etwa zur selben Zeit eine Broschüre mit dem Titel *"Did Six Million Really Die"*, unter dem Pseudonym Richard Harwood heraus, der vorgab von der Londoner Universität zu sein. Es stellte sich heraus, daß es in Wirklichkeit Richard Verall, Herausgeber des Neonazimagazins der **"National Front"** war, ohne irgendwelche Kontakte zur Universität von London zu haben.

Bemüht, Zundel zu verteidigen, kontaktierten beide einen Amerikaner in Bosten namens Fred Leuchter, der die Hinrichtungszelle in US-Gefängnissen entwarf und installierte. Sie überzeugten Leuchter, der sich fälschlicherweise als Ingenieur ausgab, daß der Holocaust ein Mythos sei und daß er als Sachverständiger im Zundelprozeß auftreten solle. Leuchter flog daraufhin für eine Woche nach Polen, verbrachte drei Tage in Auschwitz-Birkenau und einen Tag in Majdanek. Anschließend schrieb er seine Ergebnisse unter dem Titel *"Der Leuchter Report"* auf, der 1988 veröffentlicht wurde. In diesem "Gutachten" behauptete er, daß an diesen Orten, aufgrund des Entwurfs und der Konstruktion keine Vergasungen stattgefunden haben können. Obwohl Leuchter und sein "Gutachten" als vollkommen unglaubwürdig galten, als er schließlich im Zundelprozeß aussagte, wurde sein "Report" zur wichtigen Standardliteratur der Neonazis und der "Holocaust-Leugner".

Die Bedeutung der Bewegung der **"Holocaustleugner"** kann nicht genug betont werden, zumal die gesamte neofaschistische und neonazistische Bewegung von den pseudowissenschaftlichen und pseudoakademischen Werken der Revisionisten, zur Legitimation Hitlers und Mussolinis abhängt. Diese verfaßten Werke zirkulieren in vielen Sprachen und werden in Länder wie Deutschland geschmuggelt, wo sie verboten sind.

Zu den gegenwärtig führenden Persönlichkeiten innerhalb der Bewegung der **"Holocaustleugner"** zählen Robert Faurisson, Professor der Universität von Lyon, sein Protegé Henri Roque und der Herausgeber Pierre Guillaume. In England ist die führende Figur David Irving, ein Schrifsteller für völkische Geschichte und Bewunderer Hitlers, der schon häufig auf Neonazitreffen in Deutschland, besonders auf denen der DVU gesprochen hatte. In Kanada ist übrigens die bedeutendste Figur Ernst Zundel, ein deutscher Immigrant, der ein "begabter", demagogischer Autor von neonazistischen Abhandlungen ist. Er verfaßte das Buch mit dem Titel *"The Hitler We Loved And Why"*. Zundel gilt als einer der größten Verteiler von Neonazipropaganda in der Welt. Sein Verlagshaus, *"Samizdat Publications"*, verteilt eine breite Palette antisemitischer, rassistischer und den Holocaust leugnender Schriften, (inklusive der Kassetten mit Dritte Reich-Liedern und -Märschen), nicht nur nach Kanada, sondern auch in die Vereinigten Staaten, nach Europa und vorallem an die Neonazibewegung in Deutschland. Zundel hatte bereits während der 80er Jahre zweimal in Kanada versucht, durch die Veröffentlichung und Verbreitung falscher Informationen den Antisemitismus zu schüren. Zu seinen Verteidigern gehörten Robert Furrison und David Irving.

Noch eine weitere Schöpfung Willis Cartos und der **"Liberty Lobby"** ist die sogenannte **"Populist-Party"**, die 1984 gegründet wurde, um ihren Kandidaten in den Präsidenschaftswahlen durchzubringen. Als er vom Antisemitismus der "Lobby" erfuhr, legte der Kandidat, der übrigens ein ehemaliger Olympiasieger war, seine Kandidatur nieder. Vier Jahre später war David Duke Präsidentschaftskandidat der **"Populist Party"**, ein ehemaliger Führer des **"Ku Klux Klan"**-Ordens, der früher einmal gesagt haben soll: *"Ich bin ein Nationalsozialist, Sie können mich als Nazi bezeichnen, wenn Sie wollen."* Der Vize-Präsidentschaftskandidat der *"Populist Party"* war James Gritz, der eine Art "Rambo"-Imitator darstellt. Seine Partei kandidierte in nur zwölf Bundesstaaten auf der Kandidatenliste und erhielt gerade mal 50.000 Wählerstimmen. Die Partei unterstützte Duke allerdings nach Kräften bei seinem erfolgreichen Wahlkampf im Bundesstaat Louisiana 1989, wo er schließlich republikanischer Abgeordneter wurde. Sehr aktiv war die **"Populist Party"** auch in den nordwestlichen Bundesstaaten am Pazifik. *(Zu Gritz, Duke etc. vgl. auch SF 3/95: Daniel Junas: Der Aufstand der Milizen, S.4ff.)*

Zur dritten relativ weitgefaßten Kategorie der rechtsextremen Bewegung in den USA zählt die **"Christian Identity"**

und ihr verwandte Gruppen, wie die **"Posse Comitatus"**, die **"Aryan Nations"**, **"The Order"**, die **"Patriot Movement"** und die **privaten Milizen,** die durch das Bombenattentat von Oklahoma City bekannt wurden.

"Christian Identity" ist eine dezentrale religiöse Bewegung, die einige der wichtigsten nazistischen und faschistischen Lehren, einschließlich eines aggressiven Antisemitismus und Rassismus, verinnerlicht. Diese Kirche betont die Notwendigkeit, eine neue zivile Ordnung, die auf einem biblischen Gesetz basiert, auf jede erdenkliche Art, auch mit Hilfe militanter Gewalt zu institutionalisieren.

Die Theologie der **"Christian Identity"** stellt eine sonderbare Ausformung innerhalb der religiösen Bewegung im England des 19.Jahrhunderts dar, die **"Britischer Israelismus"** genannt wurde. Sie glaubten, daß die von Gott auserwählten Menschen, die zehn verlorenen Stämme Israels, Engländer oder andere nordeuropäische Menschen waren und ihre Nachkommen in den Vereinigten Staaten leben und - mit anderen Worten - arischer Herkunft waren. Sie glauben, daß Gott bevor er Adam und Eva schuf, minderwertige Menschen, die vor Adam lebten, erschaffen hatte, die heute die Schwarzen und andere Nichtarier repräsentieren, die sie wiederum als "Menschen des Schlamms" bezeichnen. Später erschuf Gott Adam und Eva, wie es in Genesis steht, aber die ursprüngliche Sünde bestand in der körperlichen Verführung Evas durch den Teufel, der ein "menschliche Form" annam. Kain war das Ergebnis des Verstoßes aus dem Garten Eden in Verbindung mit den Menschen, die vor Adam lebten, bzw. den "Menschen des Schlamms". Genauso wie der Sohn des Teufels seine Nachkommen damit beauftragte, für immer die Geschäfte des Teufels auf Erden zu verrichten, würden die Juden heute als Nachfahren Kains immer noch die Saat des Teufels streuen. Der Nachkomme Abels, der von Adam gezeugt wurde, schuf die Israeliten und die zehn verlorenen Stämme, eine genealogische Abfolge, an deren Ende die weiße oder arische Rasse steht.

"Christian Identity"-Gruppen befürworten ausdrücklich militante Positionen, um die politische Ordnung umzuwälzen. Sie gehen davon aus, daß die Regierung Teil einer internationalen jüdischen Verschwörung sei, die sich auf das zaristische Konstrukt der *"Protokolle der Weisen von Zion"* von 1890 gründen. Sie bezeichnen die Regierung als sogenannte *"Zionistische Okkupationsregierung" (Z.O.G.)*. Weil ihren Kirchen eine zentrale Struktur fehlt, schwanken die Schätzungen ihrer Mitgliederzahlen zwischen Dreißig-bis Hunderttausend.

In den frühen 70er Jahren wurden die Militanten der Bewegung von William Potter Gale, einem ehemaligen Offizier der US-Armee, der ein "Identity"-Minister in Kalifornien gewesen ist, angeführt. Zu diesem Zeitpunkt waren die Militanten in der sogenannten **"Posse Comitatus"**, vorallem in den Staaten des Mittleren Westens aktiv. Der Name bedeutet "Herrschaft des Kreises", und die Doktrin der Bewegung besagt, daß keine höhere Gewalt, als die lokale Kreisregierung befugt ist, ihre Macht legitim auszuüben. Ihr Programm beinhaltet u.a. die Zahlung der Einkommenssteuer, den Gebrauch von Führerscheinen (oder irgendwelcher anderer vom Staat oder der Regierung ausgestellten Dokumente) zu verweigern, einschließlich Geburtsurkunden und Heiratsverträge. Der Sheriff des jeweiligen Kreises gilt als der einzig rechtmäßige Garant für die rechtmäßige Anwendung von "law and order", d.h. diese Bestimmungen können nur von der "posse" des Schriffs umgesetzt werden, einer lokalen Miliz, die aus Männern zwischen 15 und 45 Jahren besteht. 1976 schätzte das FBI die Zahl der aktiven "Posse"-Mitglieder auf 12.000 bis 50.000, unterstützt von etwa zehn bis zwölf mal so vielen Anhängern. Sie sind mit 73 Abteilungen in 23 Staaten vertreten. Am aktivsten waren sie in den 70er und den frühen 80er Jahren. Etwa 1985 gingen sie in andere Organisationen, wie die **"Liberty Lobby's Populist Party"** ein. Nichtsdestotrotz sind ihre Überzeugungen nach wie vor präsent und finden sich heute in der **"County Rule"**-Bewegung wieder, welche die Selbstverwaltung des Kreises über das republikanische Gesetz stellt.

"Posse"-Mitglieder waren grundsätzlich schwerbewaffnet und sie betonten die Notwendigkeit von paramilitärischen Übungen und Überlebenstraining. Zu ihrer Taktik gehörte auch die Aufstellung von Todeslisten für Staatsbeamte. Sie boykottierten Hypothekenschulden und Pfändungen durch Banken und widersetzten sich ihrer Verhaftung häufig durch Gewalt. So z.B. im Fall "Gordon Kahl", ein "Identity"-Gläubiger und "Posse"-Anführer. 1983 ermordeten Kahl und andere "posse"-Mitglieder zwei Bezirkspolizeichefs in North-Dakota. Die Polizei wurde allarmiert, um Kahl, wegen seiner Weigerung, die Einkommenssteuer zu zahlen, zu verhaften. Er entkam, wurde aber einige Monate später in einem Haus in Arkansas entdeckt, das von Polizei- und FBI-Beamten in Brand gesteckt wurde, wobei Kahl ums Leben kam.

Eine weitere Gruppe, die sich aus der **"Christian Identity"** heraus entwickelt hat, ist die **"Aryan Nations"**, die von Richard Butler, einem "Identity"-Militanten aus Kalifornia, der 1973 nach Idaho zog, gegründet wurde. Dort errichtete er eine "Identity"-Kirche, die sich **"The Church of Jesus Christ Christian"** nannte. Später wurde diese Kirche zum Hauptstützpunkt der **"Aryan Nation"**. Mit ca. hundert Anhängern gründete Butler ein streng bewachtes, etwa zwanzig Hekatr großes Lager in der Nähe von Hayden Lake, das eine Schule, eine Kirche und einen paramilitärischen Übungsplatz umfaßte. Seit 1979 versucht die **"Aryan Nations"** als Sammelbecken für die unterschiedlichsten Organisationen der Neonazibewegung zu dienen. Ihr jährlicher Kongreß zog Mitglieder eines weiten Spektrums der weißen, rassistischen Gruppen einschließlich des **Ku Klux Klan** an. 1986 propagierte diese Bewegung das Ziel, eine Republik nur für weiße Staatsbürger zu errichten. Mit Butlers fortgeschrittenem Alter befand sich die **"Aryan Nations"** in den letzten Jahren allerdings in einer leichten Talfahrt.

In den 80er Jahren erzeugte "Aryan Nations" eine der gewalttätigsten, rassistischsten Gruppierungen dieses Jahrzehnts: **"The Order"**. Der Gründer war Robert Mathews, ein Mitglied von Richard Butlers "Identity"-Kirche und ehemaliges Mitglied der Jugendorganisation der **"National Alliance"** von William Pierce. Mathews war sehr stark beeinflußt von Pierces' Erzählung *"The Turner Diaries"*. Erinnern wir uns: Der 1978 erschienene, fiktive Roman beschreibt das Szenario einer erfolgrei-

chen weißen Revolte gegen die republikanische Regierung, um eine ausschließlich weiße Nation zu errichten. In dieser Erzählung wird die Revolution von einem kleinen. internen Zirkel angeführt, der sich **"The Order"** nennt.

Mathews veranlaßte seine Gruppe, die nach ihr benannte und geformte sogenannte **"Z.O.G."** zu bekämpfen. In der Erzählung nimmt **"The Order"** den Kampf zunächst mit acht schwerbewaffneten Männern auf, deren Anzahl sich später auf etwa vierzig Mitglieder erhöht. Während der einundzwanzig Monate im Zeitraum von 1983 bis '84 verübte die Organisation eine Serie von spektakulären Bank- oder bewaffneten Autoüberfällen, wobei sie die erbeuteten vier Millionen U.S.-Dollars zum Teil der Kirche Butlers übergaben. Außerdem fälschten sie Unmengen von Geldscheinen und vervielfältigten diese in einer internen Lager-Druckerei der **"Aryan Nations"**. Sie verübten eine Bombenanschlag auf eine Synagoge und ermordeten einen Talkshow-Moderator von Denver-Radio. Möglicherweise infiltrierte das FBI die Gruppe und stellte Mathews und die anderen im Jahr 1984. Im Dezember umstellten 150 FBI-Agenten ihr Sicherheitsquartier in Whidbey Island, in der Nähe von Seattle und steckten es in Brand, wie sie es zuvor schon mit Gordon Kahl getan hatten, wobei Mathews und die anderen verbrannten. Die übrig gebliebenen "Order"-Mitglieder, ungefähr zwei Dutzend, wurden 1985 gefangen genommen und die meisten von ihnen landeten im Gefängnis.

Eine weiter noch umfassendere Bewegung, die sich in den 80ern entwickelte, ist unter der Bezeichnung **"Patriot Movement"** bekannt geworden. Sie ist mittlerweile erstaunlich angewachsen und vereinigt Rassisten und Antisemiten im Stile der **"Liberty Lobby"** und der **"Christian Identity"**, sowie andere Einrichtungen, wie z.B. die **"John Birch"**-Gesellschaft, die ihre Verbindungen zum Antisemitismus abstreiten. Mitglieder der christlichen Rechten, die an die Lehren Pat Robertsons glauben, gehören ebenfalls dem **"Patriot Movement"** an. Ihre Mitgliederzahl wurde 1990 auf schätzungsweise fünf Millionen veranschlagt. Sie alle eint der Glaube an eine internationale Verschwörung, wobei politische und ökonomische Fakten von einer kleinen elitären Guppe manipuliert werden. Ihr Verfolgungswahn basiert auf der bereits erwähnten ökonomischen Rezession in den Vereinigten Staaten und dem sozialen Umbruch in den 60er Jahren, das heißt mit dem Entstehen der feministischen Bewegung, der Schutzverbände der Schwarzen und anderer Minderheiten, sowie der Ökologie-Bewegung. Sie betrachten die Regierung als ihren Hauptfeind, der die Schuld für ihre Misere trägt. Ein weiterer Kergedanke ihres Glaubens stützt sich auf das absolute, uneingeschränkte Recht Waffen zu besitzen, was sich ihrer Interpretation zufolge auf den Artikel 2 der Verfassung gründet, der das Recht für jeden Bürger einräumt, Waffen zu besitzen.

Die **"Patriot Movement"** galt als oppositionelle Vorhut im Kampf gegen die Gesetzgebung der Regierung der Bundesstaaten, die in den vergangnen Jahren eine Wartezeit für den Erwerb von Handfeuerwaffen erforderlich machte, um es der Polizei zu ermöglichen, eine Überprüfung des Käufers und des Verkaufsverbots bestimmter Angriffswaffen vornehmen zu können. Sie glauben, daß dieses Gesetz, als Teil eine neuen Weltordnung, der Anfang eine umfangreicheren Plans zur Entwaffnung Amerikas darstellt.

Innerhalb der **"Patriot Movement"** und den Überresten der **"Posse Comitatus"** tauchten Anfang 1990 die **privaten Milizen** auf, wobei zwei Ereignisse *(Weaver und Davidianer-"Märtyrer", vgl. SF 3/95)* ihr äußerst schnelles Anwachsen unterstützten. (...)

Es wird vermutet, daß sich 1995 in fast jedem Bundesstaat bewaffnete, zivile Milizen, mit militärischen Strukturen und Rängen organisiert haben und das sich ihre schätzungsweise 10.000 bis 100.000 Mitglieder aus überwiegend weißen Männern zusammensetzen. Das "Time Magazine" veranschlagt die Zahl ihrer Anhänger sogar auf 12 Millionen. Die Größe ihrer Einheiten wechselt von Ort zu Ort und liegt bei 5 bis 15 und mehreren hundert Mitgliedern. Widerstand gegen die Kontrolle des Waffenverkaufs und die Umsetzung von Regierungsprogrammen, stellen den Ausgangspunkt für ihre Aktivitäten dar. Sie legen Vorräte an Waffen und Nahrungsmitteln an und verpflichten sich zu paramilitärischen Übungen, sowie Überlebenstraining. Der frühere Präsidentschaftskandidat der "Populist Party" und Rambo-Imitator James Gritz ist einer der führenden Persönlichkeiten ihrer Zielsetzungen (So bezeichnete Gritz das Oklahoma-Bombenattentat als "...Ein Meisterstück... als ein Rembrandt.") Die religiösen Vorstellungen der "Christian Identity" sind unter den Milizen äußerst populär und obwohl sie über keine nationale Organisation oder Stützpunkte verfügen, greifen sie auf telephonische Infodienste, Computertagesberichte, E-Mail, Fax und Kurzwellenradios zurück, um ihre Aktivitäten zu koordinieren und Informationen auszutauschen.

Innerhalb der Milizen eignete man sich die Doktrin des "führerlosen Widerstandes" an, wobei kleine Zellen von sechs bis acht Mitgliedern eine geheime Einheit bilden, um kriminelle

»Nach Oklahoma: Faschismus in den USA«

Eine Veranstaltungsreise mit dem amerikanischen Antifaschisten Jonathan Mozzocki von der »Coalition for Human Dignity« aus Portland, Oregon, USA.

Veranstaltungstermine 1996:

Nürnberg:	Samstag, 10.Februar	Dresden:	Donnerstag, 22. Febr.
Stuttgart:	Montag, 12. Februar	Leipzig:	Freitag, 23. Februar
Reutlingen:	Dienstag, 13. Februar	Braunschweig:	Montag, 26. Februar
Wuppertal:	Donnerstag, 15. Februar	Hamburg:	Dienstag, 27. Februar
Bielefeld:	Freitag, 16. Februar	Kiel:	Mittwoch, 28. Febr.
Oldenburg:	Montag, 19. Februar	Potsdam:	Freitag, 1. März
Bremen:	Dienstag, 20. Februar	Luckenwalde:	Sonntag, 3. März

Die Veranstaltungsreise wird von den Antifa-Zeitungen »Antifaschistisches Infoblatt« (Berlin), »ATZE« (Kiel), »Der rechte Rand« (Hannover), »Antifa-NRW-Zeitung« (Wuppertal), »Rabaz« (Nürnberg), der internationalen Antifazeitung »Searchlight« sowie der Antifagruppe »antifaschistisches komitee« (Bremen) unterstützt.

»Nach Oklahoma: Die faschistische Szene in den USA«

Aktionen auszuführen, inklusive direkter Gewaltanwendung gegen offensichtliche Feinde. Louis Beam erfand ein Konzept, der Penetration von Seiten der Regierung vorzubeugen. Er war ein ehemaliger Kampfhubschrauberpilot in Vietnam, früherer Leiter des texanischen **Ku Klux Klan** und lebt inzwischen in Idaho wo er bei den **"Aryan Nations"** aktiv ist. Beam war ein früher Organisator der Milizen, und das Oklahoma-Bombenattentat kann als gutes Beispiel dafür gelten, wie sich seine Doktrin in Praxis umsetzen läßt. Einer der Angeklagten, Terry Nichols, war in den "Northern Michigan-Miliz tätig, während der andere Beschuldigte, Timothy McVeigh ein U.S. Veteran ist, der im Golfkrieg diente. *(.. Auslassung: Gerüchte der Milizen, siehe SF-3/95)*

Obwohl einige ihrer Beschwerden, die auf ökonomischen Umwandlungen in den Vereinigten Staaten basieren, verständlich erscheinen, lassen sie sich durch ihre extrem-rechten, populistischen Anschauungen in die Ecke der nationalfaschistischen Bewegungen einordnen, wobei sie zu einer real zunehmenden Bedrohung werden

Die vierte und letzte Gruppe die noch zu erörtern sein wird ist die extremrechte, militante Bewegung der **Neonazi-Skinheads**, des **Ku Klux Klan** und eine weitere Organisation, die sich **"White Aryan Resistance"** nennt, sowei die **NSDAP-AO.**

Obwohl zunächst viele rechtsextreme Führer damit begannen, sich dem **Ku Klux Klan** anzuschließen, verlor der Klan seit 1960 schließlich an Einfluß, da sich eine unterschiedliche Anzahl von rivalisierenden Klans herausbildete und die ständigen Konflikte ihrer Führern anhielten. Nichtsdestotrotz setzte der Klan auch weiterhin die Organisation paramilitärischer Untergrund-Einheiten fort, sprach in der Öffentlichkeit von angeblicher Überlegenheit der Weißen und verfolgte einen extrem-immigrantenfeindlichen Kurs.

Tom Metzger war der Mann, der den Klan und das Priesteramt der **"Christian Identity"** aufgab, um Karriere als Führer seiner eigenen Neonazi-Organisation zu machen. Seine Organisation, die **"White Aryan Resistance "** (W.A.R.) und die mit ihr assoziierte **"Aryan Youth"**-Bewegung seines Sohnes John, haben ihren Stützpunkt in Südkalifornien, ihr Einflußbereich ist allerdings landesweit. Metzger war ein eifriger **"The Order"**- Unterstützer während der 80er Jahre, der Untergruppen in vielen Bundesstaaten gründete, "Computer-Info-Netzwerke", Telefon-Informationssysteme benutzte und ein wöchentliches Fernsehprogramm, mit dem Titel "Race and Reason" produzierte, das in möglicherweise 50 Städten auf Kabelfernsehen zu empfangen war.

"Aryan Nations", **"W.A.R."** und der **"Ku Klux Klan"** begriffen sehr schnell, welche Rekrutierungspotentiale sich aus der Neonazi-Skinhead-Bewegung ergaben, als sie sich Mitte der 80er Jahre aus Großbritannien in die Vereinigten Staaten auszubreiten begann. Binnen zehn Jahren nahm ihre Anzahl um 3.500 zu, so daß sie nun in mindestens 40 Staaten vertreten sind. Sie verübten knapp 40 Morde an Schwarzen, Spaniern, Asiaten, Homosexuellen und obdachlosen Menschen. Die Ermordung eines äthiopischen Immigranten durch Skinheads in Portland, Oregon, führte zu einer 12.5 Millionen Dollar Klage der Familie des Opfers gegen Tom Metzger, der die Skinheads angestiftet hatte, das Verbrechen zu begehen. **"Aryan Nations"** sponsern regelmäßig im April in ihrem Camp in Idaho Skinhead-Versammlungen, um neben der Veranstaltung von Rock-Konzerten, Hitler's Geburtstag zu feiern. Zweifelsohne hat die Zusammenführung der Neonazi-Skinheads mit den älteren rassistischen Gruppierungen, die gewalttätigste rechtsextremistische Bewegung der 90er Jahre erzeugt. Neben Mord, beinhalten ihre Aktivitäten militante Angriffe, Schlägereien, Bombenanschläge, Pläne einen Rassenkrieg zu schüren, Kämpfe mit nicht rassistischen Skins und die Verbreitung von Skin-Zeitschriten und Kasetten von Skin-Rockbands.

Ein anderer Uralt-Neonazi, der enge Verbindungen zu den Skins pflegte, ist Gary Lauck der Führer der **"Nationalsozialistischen Arbeiterpartei"**, oder **NSDAP-AO**, in Lincoln, Nebraska. Die Buchstaben "AO" stehen für Aufbau und Auslands-Organisation der gleichnamigen Partei Hitlers. 20 Jahre lang verteilte er Neonazi-Propagandamaterial und Zubehör, wie Hakenkreuz-Armbänder und -anstecker in den Vereinigten Staaten, nach Lateinamerika und besonders nach Deutschland, wo diese Publikationen verboten sind. Seine Schriften erscheinen in 12 Sprachen. Er verteilte auch Anleitungen zum Bau von Bomben. Neben der Verbreitung von Propaganda, arbeitete Lauck auch an der Herstellung eines Netzwerks, dem sich die europäischen Neonazi-Gruppen seiner NSDAP-AO angliedern, um die Bewegung durch eine internationale Komponente zu erweitern.

Im April 1995 wurde Lauck in Dänemark verhaftet. Als Antwort auf das deutsche Auslieferungsgesuch, wurde er von dänischer Seite den Deutschen Justizbehörden überstellt. Er ist momentan in Hamburg inhaftiert und wartet auf seinen Prozeß. Ihm stehen wahrscheinlich fünf Jahre Gefängnis bevor.

Dies sind die wesentlichen rechtsextremistischen Akteure und Vereinigungen in den Vereinigten Staaten. Eine de wichtigsten Einrichtungen zur Überwachung von Rechtsextremisten, das *"Zentrum für demokratische Erneuerung"* in Atlanta, schätzt, daß über 25.000 Aktive den harten Kern der Neonazigruppen bilden und daß sie über 200.000 Unterstützer verfügen. Die Millionen Anhänger der christlichen Rechten oder die zehntausende von Milizionären, unter denen sich viele Neonazis tummeln, mal nicht dazugerechnet.

Wohin wird die Dynamik dieser breitgefächerten Bewegung letzlich führen? Es ist faktisch unmöglich dies genau vorauszusagen. Aber eines ist sicher, es sprechen keinerlei Anzeichen dafür, daß sich, angesichts der zunehmenden Entwicklung der Vereinigten Staaten zu einem quasi "Dritte Welt"-Land, die Aussichten auch nur annähernd verbessern würden. Wie das Ergebnis des O.J. Simpson-Prozeß gezeigt hat, ist die Trennung zwischen Schwarz und Weiß so weit fortgeschritten und das Klima untereinander so feindschaftlich, wie nie zuvor.

Die Schwarzamerikanerin Toni Morrison, die 1993 den Literaturnobelpreis gewann, schrieb zu Beginn dieses Jahres:

"...Das Einzigartige des Faschismus ist, daß jede politische Struktur diesem Virus als Wirt dient und daß für ihn praktisch jedes entwickelte Land ein passendes zuhause werden kann. Der Faschismus spricht ideologische Bände, ist in Wirklichkeit aber nur reine Absatzpolitik - Absatzpolitik für Macht."

Zusammengefaßt und übersetzt aus dem Amerikanischen von Arian Fariborz

25 Jahre Black Rose Books

–

»Prinzip 1: Du mußt die Selbstausbeutung akzeptieren«

*

Interview mit Dimitri Roussopoulos

von Wolfgang Haug und Andi Ries

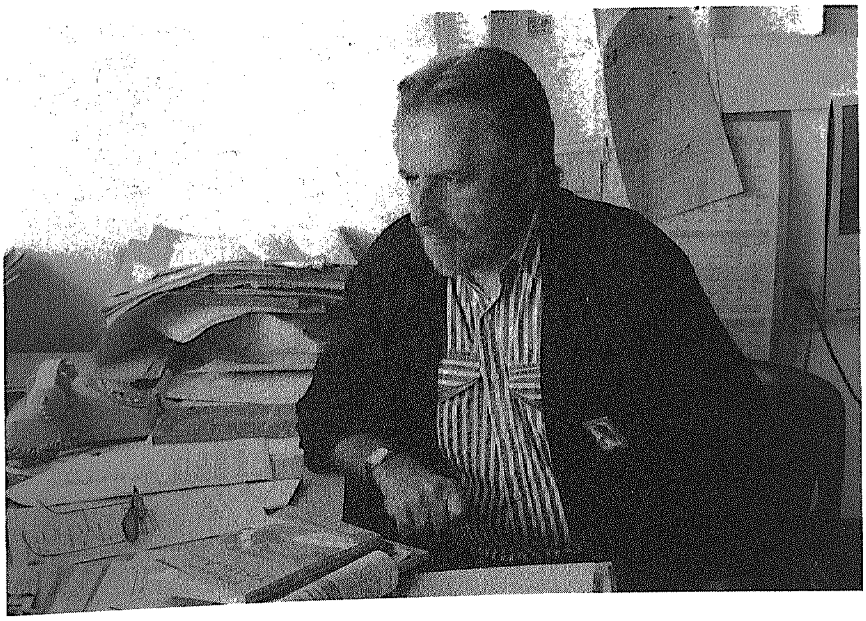


Foto: Wolfgang Haug/Trotzdem

Frage: Dimitri, wir wollen mit der Verlagsgeschichte beginnen. Wann hast Du mit Black Rose Books angefangen? Warst Du alleine? Wie kamst Du dazu, libertäre Bücher zu verlegen? Wie kam es zum Namen?

Dimitri: Das sind viele Fragen.Ich war, wie Ihr wißt, in den 60er Jahren sehr aktiv innerhalb der Neuen Linken. Schon immer sehr an theoretischen Fragen interessiert, gründete ich 1961 mit einer Gruppe von Freunden in Montréal eine Zeitschrift, die »Our Generation«. Die Zeitschrift sahen wir als Versuch, die Ideen der Neuen Linken kritisch zu untersuchen und eine Grundlage zu schaffen, die libertären Tendenzen innerhalb der Neuen Linken bewußter zu machen, zu verdeutlichen, woher sie kommen, mit was sie verbunden sind und wie sie programmatisch für zukünftige Veränderungen genutzt werden können.

Das war im Herbst 1961, aber eine Zeitschrift, die viermal im Jahr erscheint, hat ihre Grenzen. Als sich in Nordamerika das Ende der Bewegung langsam ankündigte, nahm deshalb 1969 die Idee, Black Rose Books aufzubauen, Gestalt an. Die Idee entwickelte sich aber recht unorthodox. Ich wurde von einem großen Verlag angesprochen, ein Buch über die Neue Linke in Canada zu schreiben. Ich schrieb das Manuskript, unterschrieb den Vertrag und – damals war ich noch ein naiver junger Schriftsteller, heute weiß ich es besser – erwartete, daß wenn ich heute das Manuskript dem Verlag übergebe, das Buch auch eine Woche später herauskäme. Aber der Verlag brauchte natürlich länger, genauer gesagt brauchte er 6 Monate, – heute weiß ich, daß 6 Monate überhaupt nichts sind in der Verlagslandschaft. Damals wurde ich sehr ungeduldig und meine politischen Freunde waren es ebenfalls. Wir wollten das Buch aus politischen Gründen schnell veröffentlicht sehen. Wir saßen eines abends bei mir zu Hause und wir entschlossen uns, unseren eigenen Verlag zu starten. Wir waren zu neunt und jeder sagte, daß er mit 100 Dollar dabei wäre. Mit diesen 900 Dollar veröffentlichten wir dieses erste Buch, das sehr erfolgreich war. Wir legten es dreimal auf und verkauften zwischen 8000 und 9000 Exemplaren. Das war 1970 sehr bemerkenswert. In dieser Zeit kam Murray Bookchin nach Montréal, er saß bei mir zu Hause; wir tranken Wodka und überlegten uns, wie dieser Verlag nun heißen könnte. Murray schlug vor, ihn *Black Rose* zu nennen. Er erzählte uns den Ursprung des Mythos der "Schwarzen Rose": Gemäß der Legende würden diejenigen in den Bauernkriegen des Mittelalters, die die Freiheit gefunden hatten, auch eine schwarze Rose in der Natur finden. Umgekehrt würden diejenigen, die eine schwarze Rose gefunden haben, auch die Freiheit finden. Es erübrigt sich hinzuzufügen, daß wir niemals ein Logo der schwarzen Rose machen ließen, denn wir wollten natürlich, daß die menschliche Phantasie frei darüber verfügen kann.

Vor 25 Jahren also haben wir den Verlag begonnen und ca. 250 Titel wurden seitdem produziert.

Frage: Was hat sich in all den Jahren verändert? Sind heute von den neun Gründungsmitgliedern außer Dir noch andere irgendwie im Verlag tätig?

Dimitri: Nein. Wir begannen als Kooperative, aber alle anderen arbeiteten in ihren jeweiligen Jobs. Ich war der einzige, der entschied, ausschließlich den Verlag zu machen.

Wenn aber eine Person eine Tätigkeit jeden Tag macht und die anderen sich alle zwei Wochen einmal treffen, dann entsteht natürlich ein Wissensvorsprung. Sie übernahmen bestimmte Aktivitäten wie die Herausgeberschaft, das Auftreiben von Manuskripten etc. Nach ungefähr 5 Jahren

gingen sie zu anderen Dingen über. Die einzige andere Person aus dieser Ursprungsgruppe, die im Umfeld von Black Rose blieb, ist Lucia Kowaluh. Die meisten der ursprünglichen Leute sind schon noch interessiert und unterstützen in der einen oder anderen Weise den Verlag, aber sie wissen, daß das ernsthafte Verlegen auch für einen radikalen Verleger sehr viel Professionalität verlangt. Es gibt Dinge, die mensch lernen muß, um zu überleben. Und ich habe jeden Tag hinzugelernt. Man muß es gut machen und schnell und effizient handeln. Die anderen erkannten, daß sie nicht ernsthaft in eine solche Arbeit eingebunden sein könnten.

Frage: Du hast uns erzählt, daß Murray einer der ersten Autoren des Verlags war. Wie ging es weiter. Heute verlegst Du u.a. auch Noam Chomsky. Wie hast Du diesen Verlag entwickelt, nach welchen Kriterien setzt sich das Programm zusammen?

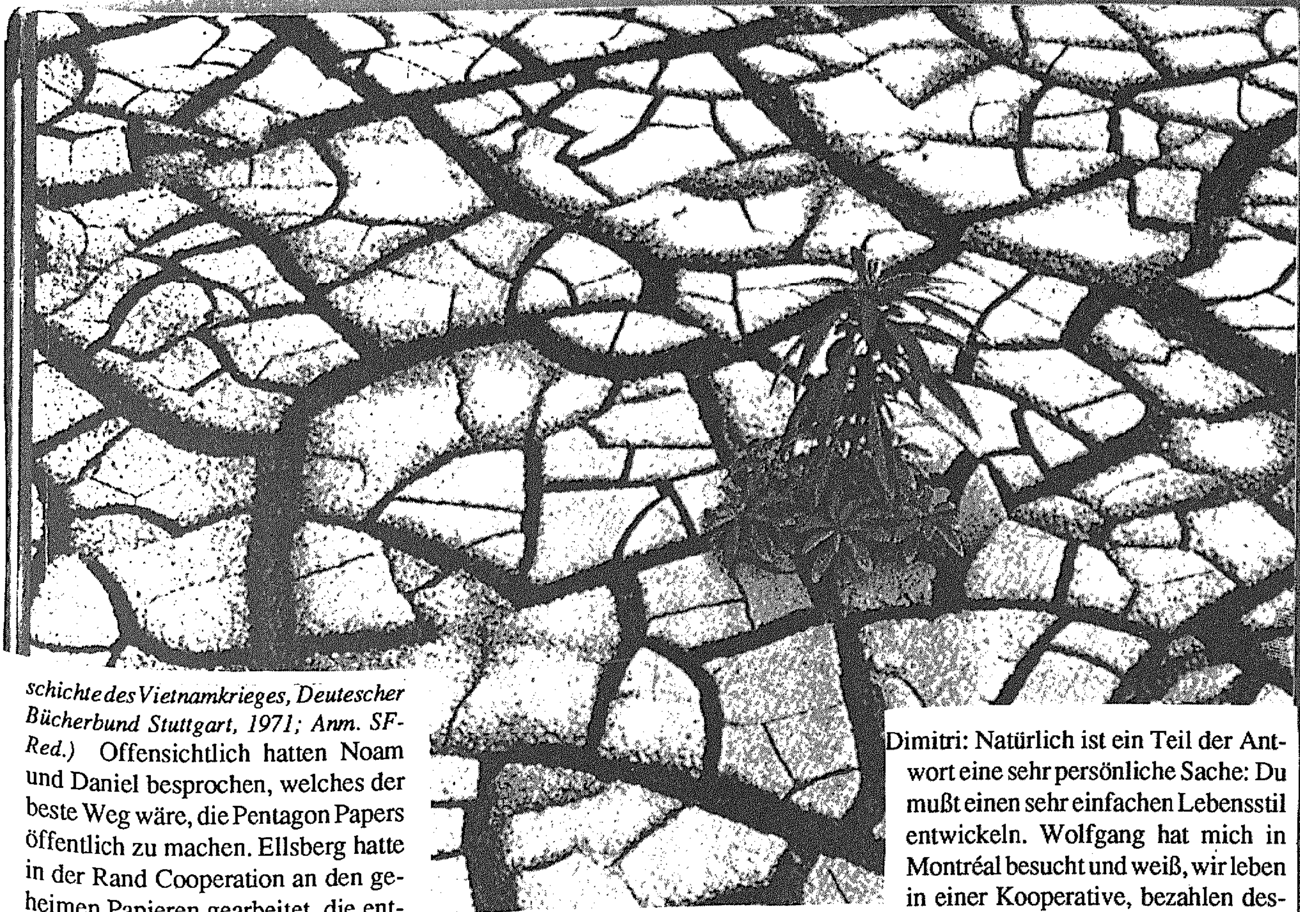
Dimitri: Eines unserer selbstgesteckten Ziele war es, Bücher aus der anarchistischen Tradition wieder zu veröffentlichen, weil auf Englisch nicht mehr viel Ernsthaftes dazu lieferbar war. Das erste Buch, daß wir veröffentlichten, war Ida Metts "Der Kronstadt-Aufstand" und Murray schrieb dazu eine lange Einleitung. Dies war unsere erste Zusammenarbeit mit Murray Bookchin, der regelmäßig nach Montréal kam, weil er in jener Zeit dabei war, nach Burlington/Vermont umzuziehen, wo er heute lebt.

Das war ein Teil unseres Vorhabens, Schlüsselbücher der anarchistischen Tradition verfügbar zu machen, um der neuen Generation der 60er und 70er die anarchistische Tradition bekannt zu machen.

Zum anderen wollten wir nicht lediglich "Klassiker" publizieren, sondern wollten zeitgenössische anarchistische Schriften herausbringen. Einer der wichtigsten zeitgenössischen Autoren ist Murray Bookchin, ein anderer ist Noam Chomsky, ein anderer war (1995†) George Woodcock.

Das erste Buch **Murray Bookchins**, das wir veröffentlichten, war *"Post-scarcity Anarchism"*, das ursprünglich von Ramparts Press in Berkeley, California veröffentlicht und dort sehr erfolgreich gewesen war (es konnte 80.000 Exemplare verkaufen.) Als Ramparts pleite ging, übernahmen wir den Titel in das Programm von Black Rose. Ich glaube wir haben es inzwischen auch 5 oder 6 mal neu aufgelegt, es wird immer noch nützlich gefunden. Danach fragten wir Murray, ob er eine Sammlung seiner polemischen Essays zusammenstelle. Und gaben dies als *"Towards an Ecological Society"* heraus.

Der Kontakt zu **Noam Chomsky** entstand Anfang 1980. Ende der 70er Jahre wurde er von einem Verlag gefragt, ein kurzes Essay über den Vietnamkrieg zu schreiben, er unterschrieb den Vertrag, lieferte das Manuskript ab und das Essay wurde auch gedruckt. Aber im Moment des Drucks wurde der Verlag von einem größeren Verlag, Warner, aufgekauft. Der Vizepräsident von Warner las das Essay und entschied, daß die Warner Company diesen Essay von Noam Chomsky nicht vertreiben könne. 10.000 Exemplare wurden eingestampft und niemand außerhalb von Warner bekam das Essay zu Gesicht. Persönlich hatte ich Noam während der Anti-Vietnam-Demonstrationen kennengelernt. Als ich das bei Freunden in Boston hörte, fragten wir ihn, ob er es nicht ein wenig ausbauen könne, dann könnten wir es als Buch herausbringen. Er sagte zu und arbeitete zusammen mit Ed Hermann daran, seinem Freund, der an der Pennsylvannia Universität lehrt. Und typisch Chomsky wurden aus dem einen Buch zwei Bücher. Wir verlegten es als Band 1 und 2 der »Politischen Ökonomie der Menschenrechte«. Damit begann meine persönliche Zusammenarbeit mit Chomsky, die bis heute andauert. Interessanterweise begann diese Zusammenarbeit bei einem Treffen gegen den Krieg in seinem Haus; es waren viele Leute da. Im gleichen Raum mit uns saß auch Daniel Ellsberg und Chomsky und er unterhielten sich sehr viel von Ohr zu Ohr. Zwei Wochen später *(ab dem 13. Juni 1971, Anm. SF-Red.)* veröffentlichten die New York Times und die Washington Post die *Pentagon Papers. (Dt. Die Pentagon-Papiere. Die geheime Ge-*



schichte des Vietnamkrieges, Deutescher Bücherbund Stuttgart, 1971; Anm. SF-Red.) Offensichtlich hatten Noam und Daniel besprochen, welches der beste Weg wäre, die Pentagon Papers öffentlich zu machen. Ellsberg hatte in der Rand Cooperation an den geheimen Papieren gearbeitet, die enthüllten, was die Amerikaner wirklich in Vietnam gemacht hatten. Seine Veröffentlichung schlug wie eine Bombe ein.

Meine Zusammenarbeit mit dem bekannten Historiker **George Woodcock**, der leider 1995 gestorben ist, ging von der Idee aus, alle Schriften von Peter Kropotkin auf Englisch zusammenzutragen und herauszugeben. Es wurden 12 Bände, die wir über einen Zeitraum von ungefähr 6 Jahren herausbrachten. Der letzte und neuste der Bände, *Evolution and Environment*, kam leider einen Monat nach George Woodcocks Tod heraus. Dieses Buch ist im übrigen eine Erstausgabe, es besteht aus Artikeln Kropotkins, der, wie ihr ja wißt, die meisten seiner Bücher so geschrieben hat, daß er Zeitschriftenartikel als Kapitelgrundlage nahm. Diese Artikel über die "Umwelt" waren lange Zeit vergessen. Woodcock fand sie und stellte sie in seine Reihe. Woodcock war ein bemerkenswerter Mann. Er schrieb zwei oder drei Bücher pro Jahr.

Alle drei Genannten befanden sich im übrigen auch als Mitherausgeber im Impressum von »Our Generation«.

Frage: Ein linker politischer Kleinverlag hat eigentlich immer mit dem wirtschaftlichen Überleben zu kämpfen, gab es solche Probleme bei Black Rose?

Dimitri: Es ist mir wichtig zu betonen, daß Black Rose keine 25 Jahre lang überlebt hätte, wäre da nicht die Unterstützung und Zusammenarbeit dieser Leute und vieler anderer Menschen gewesen, die niemals danach geschaut haben, irgendwelches Geld mit Black Rose zu verdienen!

Frage: Aus eigener Erfahrung wissen wir, wie schwer es ist, verlegerische Vorhaben zu finanzieren, wie schwer es bleibt, als radikaler politischer Kleinverlag überhaupt in die Buchhandlungen zu kommen, die allesamt kapitalistisch funktionieren müssen und deshalb ihre Regale nicht mit Büchern vollstellen, die sich selten verkaufen, weil sie nur ein Minderheiteninteresse reflektieren. Die Frage, die sich nach 25 Jahren aufdrängt, ist, wie ist Black Rose damit umgegangen, wie habt ihr überlebt und wie wird es weitergehen?

Dimitri: Natürlich ist ein Teil der Antwort eine sehr persönliche Sache: Du mußt einen sehr einfachen Lebensstil entwickeln. Wolfgang hat mich in Montréal besucht und weiß, wir leben in einer Kooperative, bezahlen deshalb eine sehr niedrige Miete, unsere Ansprüche sind gering. Das ist wichtig. Das erste Prinzip bei einer solchen Tätigkeit ist, daß Du dir der Selbstausbeutung bewußt wirst und damit zufrieden bist! Du kannst mit Freunden vielleicht mal groß Essen gehen, aber eben vielleicht dreimal im Jahr. Insgesamt mußt du aber das Prinzip der Selbstausbeutung akzeptieren. Ich habe kein Auto, ich tu das nicht und jenes nicht... aber das Leben geht trotzdem weiter und ich kann vieles in meinem Alltag genießen. Um dich herum, um den Verlag herum, braucht es dann auch immer eine ganze Anzahl von Leuten, die genauso denken und handeln und sich in dieser vereinbarten Zusammenarbeit ebenfalls selbst ausbeuten. Das reicht natürlich noch nicht aus. Du mußt auch noch sehr dynamisch, sehr ernsthaft bei der Sache und sehr clever sein. Gerade weil du radikale Bücher verlegst, mußt du sie vom Technischen her auf die best mögliche Weise machen. Du mußt den kapitalistischen Markt "ausbeuten". Ihr seht hier sehr viele canadische Verleger, sie respektieren alle Black Rose Books, obwohl sie alle



unsere Bücher nicht leiden können. Sie bekommen schon deswegen Respekt vor uns, weil wir jedes Jahr wieder auf der Frankfurter Buchmesse auftauchen. Sie wissen ja nicht, daß wir nicht wie sie in teuren Hotels wohnen sondern bei Freunden, die uns unterstützen. Dann: obwohl es sehr bequem ist im Ghetto, ein Verlag muß darüber raussehen. Muß sich Respekt verschaffen. Du mußt deine AutorInnen dazu verpflichten, etwas für den Verlag zu tun. Die AutorInnen wissen, daß wenn du nicht überlebst, werden diese Art von Büchern nicht mehr herauskommen sehen, nicht nur ihre eigenen, auch alle ähnlichen. Deshalb hat Black Rose sich nie geniert, die Hilfe der AutorInnen anzufordern. Und zwar die Hilfe aller Autoren, ganz besonders aber die der berühmtesten. Wir fragten sie, ob sie nach Montéal kommen, um Vorträge zu halten, ob sie Lesungen machen etc. - alles, um Black Rose konkret zu unterstützen. Das ist sehr, sehr wichtig. Das ist eine kurze Antwort, ohne in Details zu gehen, wie man z.B. neue Leserschaften erschließt. Eine besondere Sache in Canada läuft über die neuen Medien, du hast eine Telefonnummer in den USA und Canada, wo jeder und jede, ob ein Buchladen, eine Bibliothek oder eine Privatperson anrufen kann, ihren Buchwunsch draufsprechen kann, ihre Kreditkartennnummer angibt und anschließend das Buch erhält, weil diese Bestellung an uns weitergeleitet wird, und wir sie ausliefern. Black Rose hat auch eine E-Mail-Adresse oder ist im Internet, die Nummern sind in unseren Katalogen verzeichnet. Im Internet haben wir auch Zusammenfassungen oder Kurzvorstellungen eingespeichert, damit die Leute genau informiert werden, ob sie dieses Buch lesen wollen. Wir müssen einfach diese verschiedenen Wege wahrnehmen, um Bücher zu verbreiten. Denn das Netz der Buchhandlungen wird in allen Ländern kleiner und kleiner. Es wird beherrscht von den Großen im Geschäft und diese unterliegen vollkommen dem kapitalistischen Marktgeschehen, dem Profit, d.h. sie wollen unterhaltsame Bücher. Die Bücher sind Unterhaltungsware geworden, es geht nicht mehr darum, daß sie ein Leben bereichern oder daß sie Neues erschließen, in ihrem Sinne geht es um die bloße Unterhaltung. Es kommen mehr Farben, mehr Fotographien, die Buchformate werden größer usw., und diese Art Bücher finden sich dann in allen Buchhandlungen. Dieser Prozeß findet gerade in Deutschland statt, aber vor ca. 10 Jahren hatten wir diesen Prozeß bereits in Canada. Der kleine Buchladen, der ein Sortiment wirklich wichtiger Bücher führt, ist die Ausnahme. Es wird solche Läden noch geben, und es ist auch sehr wichtig für einen Verlag, daß er mit den ca. 50 wichtigsten unabhängigen Läden möglichst persönliche Kontakte unterhält. In Canada haben wir dieses Netzwerk dahingehend ausgebaut, daß wir diese ca. 50 Läden rabattmäßig anders behandeln als die kommerziellen Buchhandlungen. D.h. sie unterstützen uns und wir unterstützen sie, aber das ist nicht genug, du mußt viele verschiedene Wege gehen, um zu überleben. Wir geben z.B. auch sehr viel mehr Geld für Anzeigen aus als früher und in jeder Anzeige taucht diese internationale Telefonnummer auf. Wenn du all diese Dinge machst, die sehr ermüdend sind und viel Zeit verschlingen, ist es möglich zu überleben, nicht mehr. Wir reden ja nicht über Profite. Für wichtig halte ich auch, daß wir unsere Erfahrungen weitergeben und jemanden dafür interessieren, die Arbeit so fortzusetzen, denn wir sind sterblich. Deshalb wünsche ich mir auch eine regelmäßige Zusammenkunft aller radikalen Verleger am Rande einer Buchmesse, denn es gibt im kapitalistischen Markt viele Dinge, die ähnlich funktionieren und die wir voneinander lernen können.

Frage: Du hast z.B. mit Al Gedicks Buch "The New Resource Wars - Kämpfe der Ureinwohner und der Umweltschützer gegen die multinationalen Konzerne" auch mehrere Titel mit speziell canadischen Themen im Programm. Wie wurden die angenommen?

Dimitri: Neben den zwei Grundpfeilern unseres Programms sind die kritischen und antiautoritären Untersuchungen zur kanadischen Gesellschaft wichtiger Bestandteil unserer Arbeit. Das brachte uns in Canada öffentliche Akzeptanz als Verlag. Unser theoretisches Hauptinteresse besteht darin, ein tieferes Verständnis dafür mitzuentwickeln, wie die fortgeschrittene industrielle kapitalistische Gesellschaft heute aussicht. Wir veröffentlichen also sehr wenig über die "Dritte Welt" oder die "Südliche Hemisphäre". Die Linke veröffentlicht sehr viel dazu. Aber die Mehrheit der linken Verlage veröffentlicht wenig oder nichts Wichtiges zum Verständis unserer eigenen Gesellschaft. Kaum je wird analysiert, wie der zeitgenössische Staat jede Opposition absorbiert und verdreht. Oft denken wir, daß wir etwas Wichtiges tun und merken erst später, daß wir die Marionette der sozialen, ökonomischen und politischen Kräfte unserer Gesellschaft sind. Wir müssen verstehen, was neu an unserer Gesellschaft ist und wir wir dies neu bekämpfen müssen.

Frage: Kannst Du die Rolle von "Our Generation" für die Entwicklung dieser Arbeit näher beschreiben und auch eine Einschätzung darüber geben, ob mit der Zeitschrift eine Aktualisierung des Anarchismus gelang? Und schließlich, kannst die Organisation der Zeitschrift ein wenig beschreiben?

Dimitri: Viele Verfassern von Artikeln fiel das Schreiben kurzer Sachen für *Our Generation* leicht, aber sie für ein Buch zu ermutigen, war und ist eine ganz interessante Sache. Ein Buch hat ein "anderes Leben" als eine Zeitschrift. Ich habe die Erfahrung gemacht, daß die Lesegewohnheiten zwischen Zeitschriften und Büchern sehr unterschiedlich sind. Leute, die Zeitschriften lesen, lesen auch Bücher, aber BücherleserInnen lesen nicht notwendigerweise auch Zeitschriften.

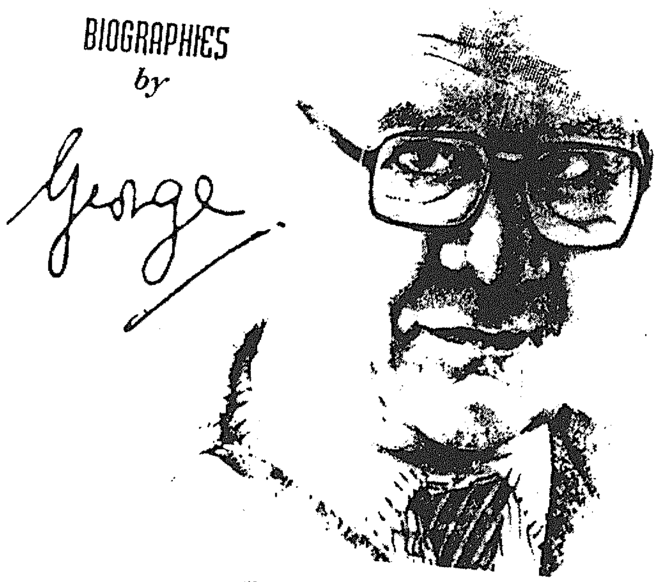
Aber es stimmt, bei vielen BuchautorInnen, mit denen wir arbeiteten, ergab sich der erste Kontakt über die Zeitschrift. Beispiele dafür gibt es viele.

Eine Zeitschrift erlaubt es aber auch politisch verschieden orientierte Leute zusammenzubringen, dabei ist das Spektrum breiter als das des Verlags. Die Zeitschrift organisierte eine jährliche Zusammenkunft, zu der viele Mitarbeiter kamen. Es war ein Feiertagswochende im September, an dem wir uns drei, vier Tage lang auf dem Land treffen konnten. Dort wurde diskutiert und dort wurde die weitere Vorgehensweise besprochen und entschieden. Diese Leute beobachteten alle neuen politischen und sozialen Entwicklungen, was dann natürlich auch darauf Einfluß hatte, was wir bei Black Rose herausbringen wollten.

Aber letzten Herbst bin ich diese viele Arbeit müde geworden und habe den Leuten mitgeteilt, daß ich mit der Herausgabe der *Our Generation* nicht mehr weitermache. Wenn es jemand anderes übernehmen könne, gut, aber wir haben dann *Our Generation* nach 30 Erscheinungsjahren beendet.

Frage: Gab es keine Gruppe, die die weitere Herausgabe übernehmen konnte?

Dimitri: Es gab keine Gruppe. Es gab Susan L. Brown in Toronto oder Mike Achbar in Vancouver, die interessiert waren und es gab eine weitere Person aus einer Kleinstadt in Ontario, die weitermachen wollte. Die Schwierigkeit ist doch, wenn du damit anfängst, müßtest du ein Jahr nach Montréal kommen und an der Zeitschrift direkt mitarbeiten und deine Erfahrungen sammeln. Danach könntest du nach Toronto oder Vancouver zurückgehen und von dort aus weitermachen. Aber das war praktisch nicht machbar.



Frage: Wie war die Reaktion der Leserschaft auf deine Einstellungsankündigung?

Dimitri: Es gab Reaktionen. Viele wollten, daß wir weitermachen. Aber schon vor 5 Jahren wollte ich aufhören, und da hatte es viele Proteste gegeben, ich solle weitermachen, es sei die einzige ernstzunehmende anarchistische englischsprachige Zeitschrift mit Anspruch auf Analyse usw. - und ich habe weitergemacht. Aber diesmal war es endgültig.

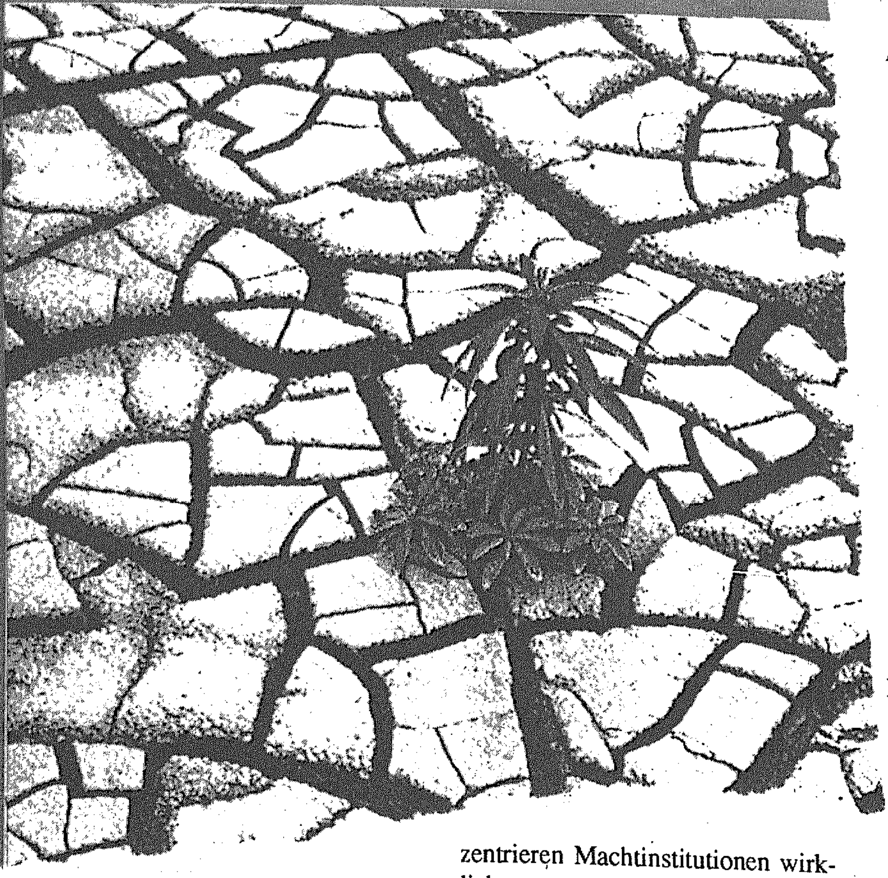
Frage: Siehst du in der neueren Zeitschrift "Society and Nature" eine Nachfolgerin? Welche Unterschiede in der Konzeption bestehen?

Dimitri: *Society and Nature* ist eine sehr gut gemachte Zeitschrift. Aber *Society and Nature* ist keine anarchistische Zeitschrift, es ist noch nicht mal eine sozialökologische Zeitschrift. Erinnert euch an den Untertitel, wo es heißt, daß die Zeitschrift eine Zeitschrift für die "politische Ökologie" sei. "Politische Ökologie" ist aber ein viel weitgefaßterer Begriff als "Soziale Ökologie". "Politische Ökologie" umfaßt z.B. prinzipiell auch alle GRÜNEN, alle Umweltschützer etc. Natürlich enthält die Zeitschrift eine Vielzahl sozialökologischer Artikel und das ist sehr wichtig. Der internationale Herausgeber, Takis Fotopoulos, sieht sich selbst auch als Sozialökologen. Auch der Herausgeber der englischsprachigen Ausgabe, Pavlos Stavropoulos, sieht sich als Sozialökologe. Aber ich glaube, daß die Zeitschrift weiter entwickelt werden muß. Sie muß außer in Griechisch und Englisch auch in anderen Sprachen erscheinen. Und darin liegt die Chance, daß es verstärkt ein sozialökologisches, d.h. in der Konsequenz ein mehr libertäres Organ wird. Aber ich denke trotzdem, daß es keine Nachfolgezeitschrift für *Our Gene-*

dem A im Kreis folgen.

Frage: Gab es viele Konflikte innerhalb der anarchistischen Bewegung wegen dieser Haltung? Oder andersherum gefragt: Du hast mit der kommunalen Gruppe "Ecology Montréal" konkrete Erfahrungen gemacht und dich auch bei den Kommunalwahlen als Stadtrat für Montréal zur Wahl gestellt. Nachdem dieser Wahlkampf nun vorüber ist, du knapp gescheitert bist, kannst du vielleicht nachträglich deine Erfahrungen einschätzen? Hast du mehr politischen Einfluß entfalten können, als als Herausgeber einer Zeitschrift und als Verleger oder als Mitarbeiter in der lokalen Wohn-Kooperative? In welcher Hinsicht war die Kandidatur für Dich die viele Arbeit, den Streß und den Ärger wert?

Dimitri: Es ist richtig, daß ich Schriftsteller, Herausgeber und Verleger bin, aber ich war immer davon überzeugt, – seit meinem 15. Lebensjahr, daß wenn ich ein ernstzunehmender Intellektueller sein wollte, daß ich dann auch ein ernsthafter Aktivist sein müßte. Aktiv in konkreten organisierten Initiativen, die etwas verändern wollten. Nur wenn du die Erfahrung hast, kannst du auch die weiterbringenden theoretischen Beiträge verfassen. Es muß eine Beziehung zwischen Theorie und Praxis geben, das ist meine Überzeugung. Und das ist auch meine Haltung zur gegenwärtigen anarchistischen Bewegung: die Praxis vieler Anarchisten heute ist kontraproduktiv, sie rennen gegen eine Wand, sie gehen nicht weiter, sie verharren in der Negation, sind anti, anti-, anti-...– all das ist wichtig, aber du mußt auch sagen können, wofür du bist! Du mußt auch in der Lage sein, die konstruktive Seite des Anarchismus aufzuzeigen. In dieser Hinsicht ist in meinen Augen der wichtigste zeitgenössische Denker, der für eine heutige anarchistische Politikfähigkeit Hinweise in die richtige Richtung gibt, Murray Bookchin. Er ist einerseits ein wichtiger Philosoph, andererseits ein wichtiger politischer Denker. Er präsentiert eine philosophische Gesamtsicht der ökologischen Krise in *"Social Ecology"* und er definiert in seinem wichtigsten Buch *"Urbanization without Cities"* *(dt. »Die Agonie der Stadt«, erscheint*



ration ist, weil *Society and Nature* z.B. niemals historische Untersuchungen zu anarchistischen Experimenten beleuchten würde, wie wir das mit der Ukraine, Spanien, Portugal oder Frankreich 1968 getan haben. Ich denke andererseits, daß es wichtig ist für die Menschen, diese historischen Beispiele und Erfahrungen kennenzulernen, sich im Kontext zu sehen und dadurch mehr über die eigene Gegenwart zu wissen, in der sie selbst operieren.

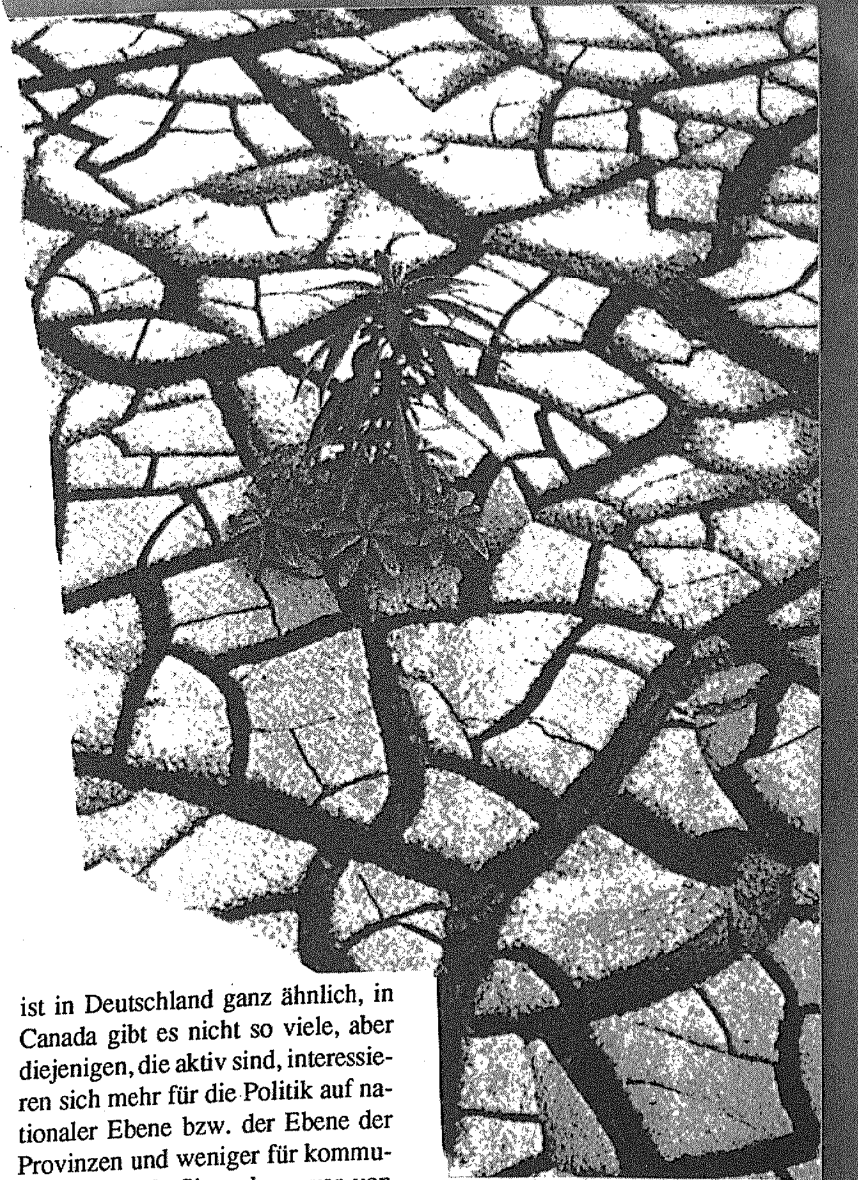
Aber ich denke, daß zeitgenössische Anarchisten bei *Society and Nature* mitarbeiten sollten. Ich glaube nämlich, daß eines der Probleme der zeitgenössischen Anarchisten darin besteht, daß sie zu sehr auf ihre lokalen und politischen Ghettos beschränkt bleiben. Sie sind entweder gefangen vom "klassischen Anarchismus" oder vom "Protest-Anarchismus". In diesem Gefangensein scheint mir das Hauptproblem des zeitgenössischen Anarchismus zu liegen, es kommt keine wirkliche "Politik" aus dieser Bewegung, d.h. sie greifen außerhalb ihres eigenen Milieus nicht wirklich politisch ein. Mit Eingreifen meine ich Handlungen, die sich darauf konzentrieren Machtinstitutionen wirklich zu verändern, damit meine ich Handlungen, die darüber hinausgehen, *vor* einem Gebäude einer zu verändernden Institution zu demonstrieren. Oder ich meine die Arbeit mit normalen Leuten, in Wohn- oder Produktionskooperativen oder erzieherischen Bereichen auf lokaler Ebene. Allgemeiner: alles was auf lokaler Ebene für eine Einflußnahme der Bürger offen und erreichbar ist, sollte von AnarchistInnen konstruktiv genutzt werden, um die Grenzen der Teilhabe und Mitsprache immer weiter auszudehnen. Immer in die Richtung von Selbstorganisation und Selbstverwaltung, das berührt dann irgendwann auch die Struktur der Stadtverwaltung und deren Art der Entscheidungsfindung. Wenn wir dies nicht tun und in unseren Cafés und kleinen verrauchten Zentren unter uns bleiben und über die nächste Demonstration diskutieren, drehen wir uns im Kreis und warten auf die Revolution. Man kann aber nicht auf die Revolution warten, man muß vielmehr täglich konstruktiv für die Veränderung arbeiten.

Ich kenne viele Leute, die mit mir einer Meinung sind, aber leider gibt es eine Kluft zu vielen anderen, die

endlich Ende März 1996 im Trotzdem-Verlag, Grafenau, Anm. SF-Red.) die Politik, die sich aus dieser Philosophie ableitet, mit dem Konzept des libertären Kommunalismus.

Wie man aber auf lokaler Ebene eine organisierte und programmatische Bewegung schafft, mit der man dieses Konzept in die unmittelbare Praxis umsetzt, haben wir in Montréal ausprobiert. Nach jahrelangen Aktivitäten im Stadtteil, in den Nachbarschaften wie z.B. den Wohnkooperativen, haben wir versucht in dieser hochmaterialistischen Gesellschaft, in der die Menschen im Wesentlichen nur noch an ihrem eigenen Leben Interesse haben und kein öffentliches Leben mehr pflegen, mit einer Gruppe von Leuten libertären Kommunalismus in die Praxis umzusetzen. Wir wurden als Individuen bekannt, auch als Anarchisten, – jeder, der mich kennt, weiß, daß ich Anarchist bin.

Unter dem Strich waren wir nicht allzu erfolgreich. Wir gründeten 1990 eine kommunale Liste, die *Ecology Montréal*, mit einem sozialökologischen Programm und nahmen inzwischen zweimal an den Stadtratswahlen teil, um eine kritische Opposition in den Stadtrat zu bekommen. Wir bekamen zwar beim zweiten Mal mehr Stimmen als zuerst, aber ohne das Verhältniswahlrecht, das es in Nordamerika nicht gibt, ist es äußerst schwierig irgendjemand durchzubekommen. Diejenigen, die gewählt wurden *(es handelte sich um eine taktische Listenverbindung mit einer anderen grünen Gruppierung, von der zwei den Sprung schafften; SF-Red.)* sind in ihrer politischen Haltung nicht allzu klar. Das Wahlsystem fördert eben eine ganz bestimmte Art von Personen. Es geht nach dem Aussehen und nach den Versprechungen, die sie machen. Wenn du also nicht die "richtigen" Dinge sagst und nicht den "richtigen" Zeitpunkt abwartest und überflüssigerweise auch noch nicht "richtig" aussiehst, bekommst du auch nicht die Aufmerksamkeit der Medien, die nötig wäre, damit Leute auf dich aufmerksam werden. Das war eine der Erfahrungen. Die andere war, daß wir eine Basisorganisation aufbauen wollten, die ihren Schwerpunkt auch auf die Basisarbeit legt. Die Interessen der Grünen aber gingen in eine andere Richtung; ich denke, das ist in Deutschland ganz ähnlich, in Canada gibt es nicht so viele, aber diejenigen, die aktiv sind, interessieren sich mehr für die Politik auf nationaler Ebene bzw. der Ebene der Provinzen und weniger für kommunalen Einfluß. Sie reden zwar von Basispolitik, aber sie verstehen nicht, was damit gemeint ist. Wir waren in der Überzeugungsarbeit bei den Grünen leider wenig erfolgreich, und konnten nicht viele dazu bewegen, bei unserem Experiment mitzumachen. Viele halten auch die Ideen von Murray Bookchin für zu radikal, für zu anarchistisch. Während uns die Anarchisten wiederum Verrat vorwerfen.



Andererseits ist das Beispiel von Montréal bislang der am weitesten vorangetriebene Versuch, sozialökologische Ideen in die politische Praxis umzusetzen. Ich kenne keine andere Stadt, in der mehr versucht worden wäre. Andererseits ist der historische Zeitpunkt sehr ungeeignet. Ganz allgemein schwierig aufgrund des gegenwärtigen Zustands des Kapitalismus und speziell schwierig momentan in Montréal, denn Montréal liegt, ich wünschte, es läge woanders, aber es liegt in Québec und die politische Frage, die dort derzeit als einzige zählt, ist der Nationalismus, der französischsprachige Separatismus vom englischsprachigen Canada. Leider werden wir auch von außen nicht motiviert, es gibt keine solchen Experimente in Frankfurt, London, Milano, Glasgow, Athen oder in Städten der USA. Überall gibt es Gespräche, viele Diskussionen, aber niemand beginnt mit den ersten organisatorischen Schritten, noch nichtmal um einen ernstzunehmenden Diskussionszusammenhang aufzubauen. Ich weiß nicht, warum? Es könnte Unreife sein oder auch Feigheit.

Frage: Um diesen Zustand zu verbessern, gibt es jetzt einen Plan ein Sozialökologisches Zentrum in Griechenland aufzubauen. Wie weit ist dieses Projekt?

Dimitri: Es ist sehr wichtig für die Europäer zusammenzukommen, zusammen zu diskutieren, gerade wegen der vielen verschiedenen Sprachen. Man kann die GRÜNEN für vieles kritisieren, aber sie haben wenigstens ein internationales Büro und treffen sich auf internationaler Ebene regelmäßig in Brüssel oder Straßburg. Die Sozialökologen haben das bislang nicht geschafft. Bislang fällt diese Verbindung der Zeitschrift *Society and Nature* zu, es gibt neben der griechischen und englischen Ausgabe demnächst eine spanische, die in Uruquay herausgegeben werden wird. Aber das muß ausgebaut werden und es müssen direkte Kontakte her. Es gibt ja in den USA, in Burlington das Institut für Soziale Ökologie und es gibt ein sozialökologisches Zentrum in Australien und es gibt ein Institut für politische und soziale Ökologie in Chile und es wird bald eines in Montevideo gestartet. Selbst zu dem Zentrum in Nowogorod *(vgl. SF 3/94 (Nr.50) Interview mit Vadim Damier)* gibt es Kontakte. Aber es gibt in ganz Europa keine direkte Anlaufstelle. Deshalb denke ich, daß es Zeit wird, ein solches zu gründen.

Frage: Wie soll es arbeiten, was wären seine Aufgaben?

Dimitri: Es soll Leute zusammenbringen, um politische Programme zu diskutieren. Es soll Kurse und Vorträge anbieten, um mehr über die radikale Soziale Ökologie zu erfahren. Und es soll spezifische Veranstaltungen ausrichten, wo ganz bestimmte Leute hinkommen, die ernsthaft an Projekten arbeiten, seien es Zeitschriften, Bücher oder politische Aktionen.

Da die erste wichtige Zeitschrift für Soziale Ökologie in Griechenland herausgegeben wurde, liegt es nahe auch das Institut in Griechenland zu gründen, zumal dies z.B. im August ein Platz ist, wo jeder gern hinfahren möchte.

Die griechischen Genossen müssen motiviert werden, dies zu tun. Sie haben die Fähigkeit dazu und auch einige lokale und finanzielle Möglichkeiten. Ein Vorteil ist auch, daß die Grünen dort nicht sehr stark sind, so daß man leichter mit einer sozialökologischen Position etwas aufbauen kann, ohne gleich Gefahr zu laufen, daß eine Partei daraus wird. Zuletzt gibt es noch einen theoretischen Hintergrund: wie ihr wißt ist vieles aus der Argumentation für einen libertären Kommunalismus aus der griechischen Demokratievorstellung der Polis abgeleitet. Die ganze Frage der direkten Demokratie z.B. Es geht quasi um die Wiedereinführung dieser Inhalte in die grüne Politik und in das libertäre Ideengut.

Wir reden oft über anarchistische Organisationsprinzipien im Anarchosyndikalismus, aber es gibt wenig Diskussionen über anarchistische Prinzipien in einer anarchokommunistischen Gesellschaft, wir reden darüber, daß Vollversammlungen Entscheidungen treffen, daß es Nachbarschafts- und Stadtteilversammlungen gibt, aber dann wird es schon vage. Ich denke, wir müssen die radikalen demokratischen Strukturen der Vergangenheit einbeziehen, wie kamen sie zusammen, wie trafen sie Entscheidungen auf lokaler Ebene. In Athen hatten sie viele konkreten Möglichkeiten direkter Teilnahme entwickelt. Man muß sich nur daran erinnern, daß von 110.000 EinwohnerInnen im antiken Athen immerhin 60.000 politischen Einfluß wahrnehmen konnten, oder daß eine Versammlung mindestens 6000 Anwesende benötigte, um beschlußfähig zu sein. Wie lief das praktisch? Wie beteiligten sich 6000 Menschen? Was waren die Mechanismen? Wir sollten das studieren und diskutieren, und es im Computerzeitalter in Zusammenhang damit bringen, was dies praktisch für ein anarchistisches Gesellschaftsprojekt bedeuten kann.

Frage: Du hast uns bereits davon erzählt, daß es in Nordamerika politische Differenzen zwischen den Sozialökologen und der anarchistischen Bewegung gibt. Nun gehört die griechische anarchistische Bewegung eher zu den stärksten in Europa. Wie schätzt Du, als regelmäßiger Besucher Griechenlands, die Situation ein? Bestimmen ebenfalls die Differenzen den Umgang miteinander oder gibt es einen Austausch, eine Diskussion?

Dimitri: Es gibt Verbindungen, aber nicht viele. Die griechische anarchistische Bewegung ist leider sehr stark von den deutschen Autonomen beeinflußt. Deshalb haben sich die griechischen Anarchisten seit vielen Jahren im Protest erschöpft. Es sind vor allem junge Menschen, die zu Demonstrationen gehen, Bankenfenster einwerfen und auch Straßenkampf durchführen. Es läuft dann die alte Spirale: der Staat verschärft die Repression, es gibt Märtyrer und um die Märtyrer entwickelt sich neuer Protest. Aber diese Bewegung ist eine Jugendbewegung, sie ist mit dem Alltag der arbeitenden Bevölkerung nicht verbunden, hat damit überhaupt nichts zu tun. Sie haben keine Basis und keine Resonanz in den Nachbarschaften; die Griechen lesen in den Zeitungen darüber und die Reaktion ist, »ach die Anarchisten haben mal wieder etwas niedergebrannt, mal dies, mal das...« Das führt zu nichts. Auf der anderen Seite gibt es einige anarchistische Verleger und Intellektuelle, die mit Sozialökologen Kontakt haben, gelegentlich gibt es Zusammenarbeit, aber es könnte noch verstärkt werden. Es gibt anarchistische Buchläden, dort läuft ebenfalls Austausch, aber eben nur unter Einzelnen, nicht mir der Jugendbewegung als solcher. Um es zu intensivieren braucht es einen Anlaufpunkt. Seit dem internationalen anarchistischen Kongreß in Venedig 1980 hat es nur noch einen ernstzunehmenden internationalen Austausch gegeben, den in Portugal, als es um das Thema " Neue Technologien und Freiheit" ging, seit Lissabon gab es außerhalb von Spanien keine wichtigen internationalen Treffen mehr. Ich denke, daß die Sozialökologen jetzt die Initiative ergreifen sollten.

Kontakt: Black Rose Books, C.P. 1258, Succ. Place du Parc, Montréal, Québec H2W 2R3, Canada

Der SF beschafft alle Bücher aus dem Black Rose Verlag. Bereits auf Lager haben wir:

Dimitrios Roussopoulos: Political Ecology, 180 S., 30.-DM

Übersetzung: Wolfgang Haug

(K)ein Vergleich? Zukunft der Stadt: L.A. und Berlin

Stadt und die Beschäftigung damit ist angesagt. Radikale Linke beschäftigen sich nicht seit dem Aufkommen von Hiphop und den Riots 1992 mit Los Angeles. In der linksliberalen Uni-Stadtsoziologie ist die "Zukunft des Urbanen" angesichts der sozialen und ökonomischen Umbrüche, die auch als Übergang zum Postfordismus verstanden werden können, seit jeher Thema. Das Buch "City of Quartz" von Mike Davis z.B. wurde von der Frankfurter Rundschau über das Musikmagazin "SPEX" bis hin zur sozialrevolutionären "wildcat" gelesen und gelobt. Das im Herbst 1995 erschienene Buch "Stadt der Zukunft - Zukunft der Stadt" schwimmt einerseits auf diesem Trend mit, andererseits hebt es sich durch seinen Inhalt etwas davon ab.

Herausgeber Sträter, der dem nach-universitären Theorie-Proletariat angehört und mehrere Jahre bei der Freiburger Internationalismuszeitschrift "Blätter des Iz3W" mitarbeitete, hat in L.A. selbst Interviews geführt und Texte von US-amerikanischen Intellektuellen und BasisaktivistInnen zusammengestellt. Gleichzeitig versucht er durch die Mitveröffentlichungen von fünf Aufsätzen über Berlin, einige markante Entwicklungen in dieser Stadt herauszuarbeiten und Parallelen und Unterschiede zwischen diesen beiden Metropolen zu benennen.

L.A. wird als der Prototyp der Stadt des 21.Jahrhunderts begriffen: Die Fläche der Stadt ist nach Einkommen der dort Wohnenden räumlich aufgeteilt, in ihr gibt es die meisten Obdachlosen in den USA, die Umwelt wird permanent vergiftet und der kommunale Staat hat sich aus seiner Verantwortung für die Gesellschaft zurückgezogen. L.A. ist die Hauptstadt der "Dritten Welt" und eine der "World Cities" der Metropolen zugleich, L.A. wird gleichzeitig de- und reindustrialisiert und es ist wie kaum eine andere Stadt in die globale Wirtschaft integriert. L.A. ist Ziel und Auslöser großer Bewegungen von WanderarbeiterInnen und ein Reich der Schattenarbeit und -ökonomie der arbeitenden Armen ("labouring poor") und es ist auch durch sein Polizei- und Gefängnissystem zu beschreiben bzw. in Filmen massenwirksam beschrieben worden.

All diese Entwicklungen und sozialen Konflikte werden in den einzelnen Interviews und Artikeln beleuchtet und in Beziehung gesetzt. Das Spektrum der AutorInnen zu L.A. ist sehr breit, es reicht von Edward Soja, Professor für Stadt- und Regionalplanung an der Universität von L.A. über die deutsche Stadtsoziologin Margit Mayer bis zu alten Ex-Black-Panther-Mitgliedern, die heute noch in der Community aktiv sind. Interessant ist der Beitrag "Racism comes in Birkenstocks" weil er zeigt, daß die Kontrolle über Wasser, Luft und Mobilität ein wesentliches Element der politischen Machtverhältnisse in L.A. ist und wie Umweltschäden auf bestimmte ethnische und soziale Regionen und Gruppen abgewälzt werden und "Umweltschutz" somit rassistisch wirkt.



Foto: Jürgen Lichtenberger

Der Teil zu Berlin wird mit einem Beitrag eingeleitet, der die Veränderungen Berlins in den letzten fünf Jahren darstellt und die Entwicklung L.A.'s als Raster zur Betrachtung Berlins benutzt. Berlin ist "Frontstadt" an der kontinentalen Armutsgrenze zu Polen und den anderen osteuropäischen Staaten und Ziel von Migration wie es L.A. für Mexiko und Mittelamerika ist. In Berlin verschärft sich die Verarmung und Arbeitsmarktlage, die sozialräumliche Aufteilung setzt sich fort, Berlin breitet sich auch in die Fläche aus, was durch den Zusammenschluß von Berlin und Brandenburg symbolisiert wird. Im Berlin-Teil finden sich noch Beiträge zu polnischen ArbeitsmigrantInnen, zur neuen Sicherheits- und Polizeipolitik und zu Obdachlosigkeit.

Das Buch liefert zur Beschäftigung mit Ökonomie und sozialen Kämpfen im städtischen Raum aus unterschiedlichen Bereichen und Blickwinkeln weitere Materialien. In einigen Beiträgen oder Interviews mit Professoren wird mit soziologischen Begriffen und Wortneuschöpfungen um sich geworfen, grundsätzlich ist ein eher unaufgeregter Grundtenor vorherrschend. Sträter propagiert durch die Textauswahl keine "politische Linie", er lässt unterschiedliche Ansichten zu Wort kommen: während einige Beiträge mehr beschreiben oder die Selbstorganisierung "von unten" propagieren, verorten dritte die treibenden Kräfte eher im (internationalen) Kapital oder fordern gar - wie der Beitrag zu Obdachlosigkeit in Berlin - mehr sozialstaatliche Sicherung. Diese Vielfalt könnte als Beliebigkeit ausgelegt werden, ist es aber nicht, da die Zusammenstellung nur die Vielfalt der Entwicklungen, Orte und sozialen Kämpfe in der Stadt abbildet. Sie verweist auch auf das Bild der Stadt, das der und die einzelne/n im Kopf haben. Ist L.A. für die einen schillerndes Forschungsobjekt, ist es für andere der Ort, an dem sie Gewerkschaftspolitik unter zu achtzig Prozent illegalen ArbeiterInnen machen.

von Bernd Hüttner

Frank Sträter (Hrsg.): Stadt der Zukunft, Zukunft der Stadt. Berlin - L.A.; im Eigenverlag Stuttgart 1995; 160 S., zu bestellen für 19,80 DM incl. Porto bei Frank Sträter, Spemannstr. 41, 70186 Stuttgart (Vorkasse, Scheck beilegen!)

Jüdischer Widerstand in Großbritannien

In den letzten Jahren kamen mehrere Bücher auf dem Markt, die sich dem jüdischen Widerstand gegen den Faschismus widmeten und mit der Legende aufgeräumt haben, die Juden und Jüdinnen hätten sich nicht gewehrt. Meistens handelt es sich um jüdischen Widerstand in Deutschland oder den von Deutschland besetzten Gebieten bis 1945. Jetzt ist ein Buch über den jüdischen antifaschistischen Widerstand zwischen 1946 - 1950 in Großbritannien im Harald Kater Verlag erschienen. Es macht zunächst stutzig, wenn von antifaschistischem Widerstand nach 1945 in einem Land, daß niemals von deutschen Truppen besetzt war, die Rede ist.

Tatsächlich existierte in Großbritannien seit den 30er Jahren eine faschistische Bewegung, die sich an Mussolini und Hitler orientierte und für eine deutsch-britische Kooperation eintrat. Diese Bewegung hatte Unterstützer in Teilen der Industrie und des Königshauses, aber auch unter den Tories, der ehemaligen politischen Heimat des Faschistenführers Oswald Mosley. Man könnte denken, daß diese Bewegung spätestens mit der Niederlage des deutschen Faschismus verschwunden ist. Das war auch die Meinung der demobilisierten SoldatInnen, die jedoch schnell eines Schlechteren belehrt wurden. Zwar waren viele aktive Faschisten während des Krieges interniert. Doch schon 1944 begann die Reorganisation der faschistischen Strukturen. Und so mußten die Männer und Frauen, die in den vergangenen Jahren in den britischen Streitkräften gegen die faschistische Bedrohung gekämpft hatten, nach Hause zurückgekehrt mitansehen, wie die FaschistInnen wieder ungehindert auf den Straßen aktiv waren.

"Aus dem Kino kommend, wo die Wochenschau die Leichen von jüdischen Frauen, Männern und Kindern in den Konzentrationslagern gezeigt wurden, die von Bulldozern in Kalkgruben geschoben wurden und dann draußen an Faschistenversammlungen vorbeizukommen oder Hakenkreuze an jüdische Häuser oder Synagogen geschmiert zu sehen, führte bei diesen ehemaligen Soldaten zu Gefühlen, die von cholerischer Wut bis zu einem kalten übermütigen Wunsch reichten, diese Verbrecher zu töten."

Die faschistische Propaganda konnte vom beginnenden Kalten Krieg profitieren. Sie, die immer für ein Bündnis mit Deutschland eingetreten waren, mußten sich bestätigt fühlen, wenn Churchill davon sprach, Großbritannien hätte "das falsche Schwein geschlachtet", als es gegen Deutschland statt gegen die Sowjetunion kämpfte. Auch aus den Auseinandersetzungen in Palästina versuchten die Faschisten Kapital zu schlagen. Mittlerweile kämpften dort verschiedene Fraktionen der zionistischen Untergrundarmee gegen die britische Kolonialmacht, was die Faschisten schamlos für ihre antisemitischen Tiraden nutzten. Dabei profitierten sie von der britischen Rechtslage. Mit dem Argument, die Redefreiheit zu verteidigen, schützte die Polizei die FaschistInnen. Hingegen konnten Menschen, die allein durch Pfeifen oder Zwischenrufen aufgefallen sind, auf Antrag des Redners angezeigt und mit Geldstrafen oder Bewährungsauflagen belegt werden. Für Angriffe auf die Rednerplattform drohten längere Gefängnisstrafen. Also auch hier die uns alt bekannte Arbeitsteilung. Die staatlichen Stellen tolerieren die FaschistInnen und gehen um so heftiger gegen die AntifaschistInnen vor.

Viele jüdischen Ex-SoldatInnen waren zunehmend frustriert über die legalistische Haltung der offiziellen jüdischen Organisationen,die sich mit Eingaben an die Parlamentarier begnügten. Sie wollten sich nicht mit papierenen Resolutionen an die Regierung begnügen, sondern den FaschistInnen offensiv entgegentreten.

Anfang 1946 als die Faschisten immer mehr Zulauf bekommen hatten, ergriffen einige die Initiative und gründen eine Organisation, die offen war für alle, die Faschismus und Antisemitismus bekämpfen wollten, egal welche politische Meinung sie sonst hatten. Nach stundenlangen heftigen Diskussionen über den Gruppennamen kam der pragmatische Vorschlag eines Teilnehmers. "Wir sind 43 Leute hier. Also nennen wir uns die 43 Group".

Vom März 1946 bis April 1950 führte die Group 43 einen permanenten Kampf gegen die FaschistInnen. Bis zu 15 faschistische Treffen pro Woche wurden angegriffen. Gut organisierte Kommandos nahmen an allen faschistischen Treffen nur mit dem einzigen Ziel teil, sie so schnell wie möglich zu beenden. Wenn es nicht möglich war, die Rednerplattform umzukippen wurden unter dem Publikum Schlägereien angezettelt, um ein solches Chaos zu erzeugen, daß die Polizei schließlich zum Abbruch der Veranstaltung gezwungen wurde. Für ihre Arbeit entscheidend war ein Aufklärungsnetzwerk, mit dem die Group 43 jeden faschistischen Zirkel unterwanderte. So kamen sie an wichtige Informationen, mit denen sie deren Arbeit effektiv behindern konnten. Z.B. wurde eines abends bekannt, daß eine Ladung faschistischer Flugblätter in einem bestimmten Buchladen für eine Nacht gelagert werden sollte. Mitglieder der Group 43 hatten sich mit Nachschlüsseln Zugang zu diesem Buchladen verschafft und das gesamte Propagandamaterial kuzerhand verschwinden lassen.

Neben der effektiven Verhinderung der FaschistInnentreffen setzte sich die Goup 43 zwei weitere Schwerpunkte. Sie machte Druck auf das Parlament, die Verbreitung von rassistischer, faschistischer und antisemitischer Propaganda unter Strafe zu stellen und fand damit vor allem bei der Basis der Gewerkschaften und der regierenden Labour-Party Unterstützung. Die antifaschistische Aufklärung sowohl der Öffentlichkeit als auch der faschistischen Basis war ein weiterer Schwerpunkt.

Ab 1947 traten bei antifaschistischen Gegenveranstaltungen ehemalige faschistische Funktionäre als Redner auf, die mit ihrer Organisation gebrochen hatten. Diese brachten Gruppeninternas an die Öffent-lichkeit und setzten damit deren Führung der Lächerlichkeit aus.

Welchen Anteil die Aktionen der Group 43 am rapiden Zerfall der faschistischen Bewegung in Großbritannien ab 1949 und ihrem baldigen Verschwinden in die Bedeutungslosigkeit hatten, läßt der Autor offen. Sicherlich haben innerfaschistische Rivalitäten dazu ebenso beigetragen, wie die Veränderungen der politischen Rahmenbedingungen nach dem Abzug der Briten aus Palästina. Allerdings hat die Gruppe mitgeholfen, ein Klima in Großbritannien zu schaffen, daß auch dem/der fanatischten Faschistin/en

gezeigt hat, daß er überall auf Widerstand stoßen würde.

Einige Informationen reizen zum Weiterforschen. So werden deutsche Kriegsgefangene erwähnt, die sich stolz ihrer SS-Vergangenheit rühmten und eine maßgebliche Rolle in den faschistischen Organisationen spielten und schon auf ihre Arbeit in Deutschland vorbereitet wurden. Auch ein internationales braunes Netzwerk* mit Kontakten nach Lateinamerika und Südafrika wird am Rande erwähnt, ebenso die Existenz der esoterischen Nazigruppe Ostarte.

Hier wären Kurzhinweise sinnvoll gewesen. Die Kurzbiographien von einigen britischen FaschistInnen reichen nur bis 1950 und sind so für weitere Recherchen wenig ergiebig. Allerdings handelt es nicht um ein Geschichtsbuch sondern um den Bericht eines ehemaligen Group-43 Mitglieds, der ein wichtiges Kapitel der britischen Nachkriegsgeschichte dem Vergessen entrissen hat.

von Peter Nowak

Morris Beckmann, The 43 Group, Antifaschistischer Kampf in Großbritannien 1946 - 1950, Harald Kater Verlag, Berlin 1995, 206 Seiten, br, 25 DM

* btr. Braunes Netzwerk. Anm. der SF-Redaktion:
Gemeint ist damit die von Otto Skorzeny geführte Organisation ODESSA (Organisation der ehemaligen SS-Angehörigen), die vielen Nazis die Flucht ins sichere Ausland, d.h. in den Nahen Osten, nach Lateinamerika und ins damalige Franco-Spanien ermöglichte. Scorzeny selbst hatte als ein Sabotagespezialist für das ehemalige Reichssicherheitshauptamt gearbeitet und wurde nach dem Krieg Generalvertreter der österreichischen Firma VOESt für Spanien und Lateinamerika. Die Organisation ODESSA hatte außer Menschen auch Geld ins Ausland geschafft, sie gründete zahlreiche Firmen, die als Vehikel für die Reorganisation des Faschismus benutzt wurden. Scorzeny und seine illegale Truppe waren an zahlreichen faschistischen Aktionen und Neugründungen der Nachkriegszeit beteiligt, einige haben ihn überlebt und arbeiten heute noch, wie z.B. die spanische CEDADE, die 1991 in Madrid ein internationales Faschistentreffen organisierte.

Christiana- ein Mythos wird 25 Jahre alt

In den 70er Jahren war er für große Teile der Jugend Westeuropas das Ziel von Kurzausflügen. Christiania, der besetzte Stadtteil mitten in Dänemarks Hauptstadt Kopenhagen. Eine Gesellschaft ohne Hierarchie und Ausbeutung sollte auf der ca. 34 Hektar großen Fläche eines ehemaligen Kasernengeländes entstehen. Die einen nannten es schwärmerisch die AnarchistInnenrepublik, die anderen sprachen abfällig vom Narrenparadies oder gar vom Drogensumpf. Demnächst feiert dieses einst so hochgelobte und verfemte Christiania sein 25jähriges Bestehen. Zur Zeit leben ca. 800 Erwachsene und 250 Kinder in selbstgebauten Stein- und Holzhäusern, Bauwagen und Bretterbuden. Auch mit Gartenzäunen eingefriedete Eigenheime kann der Besucher heute dort finden. Die Kurzbesuche freiheitssuchender Jugendlicher wurden durch feste wirtschaftliche Beziehungen ersetzt, z.B. zwischen kollektiv geführten Handwerksbetrieben in Christiania und Alternativbetrieben in Berlin-Kreuzberg. Das 'Christiania-Bike', ein Fahrrad mit Lastenanhänger ist auch auf Berlins Straßen mittlerweile häufiger zu sehen. Auch das vor Kurzem von "Stattarchiv/Stattkino Berlin e.V." gleichsam als Jubiläumsschrift herausgegebene Buch "Christiania, Der Kampf um eine alternative Gesellschaft", das die wechselvolle Geschichte dieses Stadtteils beschreibt, ist ein Produkt dieser wirtschaftlichen Kontakte.

Im Rückblick zerplatzen manche Mythen über Christiania, die die Jugendlichen einst in Scharen in diesen Stadtteil zogen, z.B. die Legende von der staats- und polizeifreien Zone. Was für viele der BewohnerInnen ein Experimentierfeld für ein neues Gesellschaftsmodell sein sollte, war für die Kopenhagener Stadtverwaltung und die dänische Regierung ein soziales Experiment über den Umgang mit den sogenannten Problemfällen der Gesellschaft, die zunehmend aus den anderen Stadtteilen verdrängt wurden. Polizeirazzien gehörten ebenso in dieses staatliche Konzept, wie eine finanzielle Förderung von Kulturarbeit oder von Anti-Drogen-Arbeit und Kinderprojekten im Stadtteil. Probleme mit Drogenhändlern und gewalttätigen Rockergangs wuchsen den Christiania-Bewohner zeitweise derart über den Kopf, daß sie sich mehrmals zur umstrittenen Kooperation mit der Polizei entschlossen. Schließlich nahmen die BewohnerInnen die Angelegenheit wieder in die eigenen Händen und errichteten während der legendären Junkblockade eine Abgrenzung zwischen dem Stadtteil und dem Drogenmarkt.

Heute haben die meisten AktivistInnen der ersten Stunde Christiania verlassen. Aufreibende Diskussionen und organisatorischer Leerlauf haben viele BewohnerInnen zermürbt. "Früher mischte man sich ein, in der Hoffnung, die Probleme zu lösen. Zuletzt konnte man nicht mehr und ließ es sein, und das war, als bekäme man ein Joch von den Schultern genommen," so die Klage einer langjährigen Bewohnerin.

Ist also Christiania im 25.ten Jahr seines Bestehens als gescheitertes Experiment abzuhaken? Dann würde man den vielfältigen kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Projekten nicht gerecht, die auch heute noch in diesem Stadtteil existieren und die überwiegend von Menschen organisiert werden, die in der bürgerlichen Gesellschaft keine Chance gehabt hätten.

Andere Projekte, die mit ähnlicher Zielstellung und Engagement begonnen wurden, sind heute nur noch Geschichte, weil sie durch staatliche Repression zerschlagen werden, wie die Mainzer Straße in Berlin oder weil die internen Widersprüche zu groß waren, wie in nicht wenigen besetzten Häusern und Zentren. Ein Bewohner meint dazu: "Wäre Christiania in den 70er Jahren zerschlagen worden, wäre es heute eine Legende. Aber wir haben trotz aller Schwierigkeiten bis heute überlebt, und das gibt viel mehr Hoffnung."

Das erwähnte Buch *Klaus Bischoff: Christiania - Der Kampf*... kann bestellt werden über: Stattarchiv/Stattkino Berlin e.V. c/o Haus der Demokratie, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin

von Peter Nowak

Kurdistan Ein Fotobuch von R. Maro

Hg.: medico international, 128 S., edition
ID- Archiv, Bln 1995, 28,- DM

Ihre Gesichter sind gezeichnet von der Erniedrigung des täglichen Krieges und doch spricht aus den Gesichtern dieser Frauen eine große Würde. Die Würde des Überlebenskampfes. Kein Scheinszenario wie viele Menschen hier in Deutschland denken, sondern eine wirkliche Welt menschlicher Anstrengung, um in ihrem "Kurdistan" leben zu können. Diese soziale Realität hat ihre eigenen Bilder, zum Beispiel: "Kurdische Frauen warten auf die Lebensmittelverteilung." Ihr Blick sagt: Wir warten nur noch einen Moment, dann holen wir uns das Notwendige selbst. Das könnte ihre Haltung sein auf dem Foto aus Kurdistan-Irak 1992, mehr als ein Jahr - im Krieg - nach dem Golfkrieg.

Hier ist kein sozialromantisches Fotobuch auf der Suche nach Träumen entstanden. Allein dieses eine Bild zeigt, daß es eine sinnliche und menschliche und respektvolle Darstellungsweise des sozialen Alltags gibt, die mehr als nur das Elend zeigt.

Das Unerwartete an dem Fotobuch von R. Maro mit Texten von R.Ofteringer ist beinahe anachronistisch: Es gibt noch eine (oder wieder?) sozialdokumentarische Fotografie. Bilder, die soziale Realität zeigen, wenn auch nur diesen einen wirklichen Augenblick lang, der im Sucher einer Kamera sichtbar ist. Nicht weit entfernt vom Geschehen, nicht verborgen hinter der Distanz einer Optik, oder nicht durch den Blick aufs Exotische verklärt, erzählt das Buch mit menschlicher Nähe vom Leben der KurdInnen. Mit einer intimen Kenntnis der Verhältnisse.Und das über sehr lange Zeit hinweg. Über zehn Jahre lang. Mit dem Blick des Vertrauten, des Eingeweihten, des Beteiligten. Solche Fotos kann vielleicht nur jemand machen, der aus der Ferne kommt, doch der nicht als Fremder gilt, sondern Freund ist.

Viele dieser Fotos sind bekannt. Ob es die Minenbilder im alltäglichen gewordenen Nachkrieg sind, die so grausame Vesrtümmelungen zeigen oder die Flüchtlingsbilder ganzer Familien aus den verschiedenen Ländern in denen KurdInnen verstreut leben: Aus der Türkei, aus Syrien, aus dem Iran und dem Irak. Aus diesen willkürlich durch Grenzziehung entstandenen Staatengebilden.

Viele dieser Fotos sind tatsächlich veröffentlicht. In Tageszeitungen und Zeitschriften. Doch erst verknüpft mit anderen Bildern über die scheinbar ewigwährende Flucht und Vertreibung, den Krieg und die Unterdrückung und den Widerstand der KurdInnen entsteht ein umfassendes Bild der Wirklichkeit in "Kurdistan" heute.

"Der Marsch der Nackten" zur UN in Kurdistan-Irak oder der alte Mann und die Bombe erzählen vom Versagen der UN und den wenigen Hoffnungen, die dort auf die UNO gesetzt wurden. Andere Fotos berichten von Giftgasangriffen, mit deutscher Technologie hergestellt, das Gift, das Saddam Hussein auf ganze Dörfer abgeworfen hat. Wieder andere sprechen vom Bruderkrieg in Kurdistan-Irak, einem Bürgerkrieg der verschiedenen Interessensgruppen, der bis heute andauert.

Ist die Geschichte dieser Bilder wirklich endlos? Besteht Kurdistan nur aus dem Kreislauf von Zerstörung, Vertreibung, Wiederaufbau? Nein! Diese Bilder erzählen auch immer wieder vom sozialen Gefüge der Frauen, der Männer und ihrer Kinder untereinander, ihrer Hoffnung auf ein Leben unter würdigen Lebensbedingungen. Eben der Würde der Frauen, die ihr Gesicht zur Hälfte hinter einem Tuch verdecken und scheinbar endlos warten.

Mit der Auswahl der Texte und den detaillierten Kenntnissen von R. Ofteringer gelingt den Autoren des Buches auch eine Verschmelzung von Bildern und Texten, die einen umfassenden Eindruck über historische, sowie aktuelle Entwicklungen der politischen Situation in "Kurdistan" geben können. Ein Buch, das Interesse weckt sich mit dem gegenwärtigen Kampf der KurdInnen um ihre Vergangenheit und ihre Zukunft weiter zu beschäftigen. Ein Buch gegen den politischen und journalistischen Mainstream in Deutschland, der kurdisches Leben mit Verleumdungen und Verbotsverfügungen überzieht.

Herby Sachs

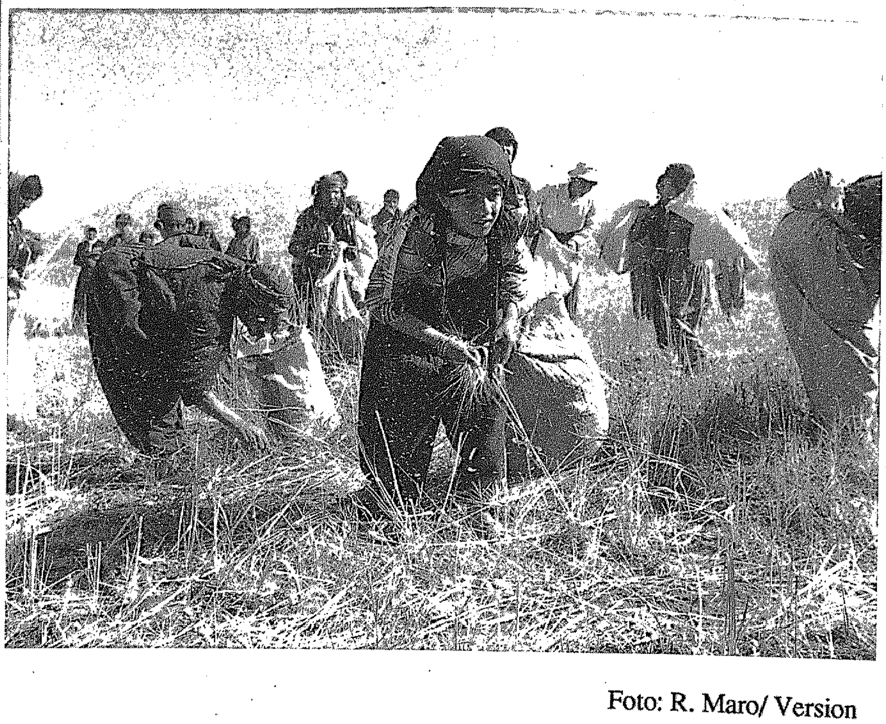


Foto: R. Maro/ Version

4 Hände

Vier Hände sind zu wenig. Das ist keine Hochstapelei, das ist eher gewaltig untertrieben. Dieser Mensch hat mindestens 13 Hände zum Schreiben benutzt. Und jede Hand an einem anderen Ort, in einem anderen Spiel, während anderer Ereignisse, atemlos schnell wechselnd, von den absurden Episoden eines Stan Laurel an der mexikanischen Grenze mit acht Flaschen Genever im Koffer bis zu den fein gewobenen Netzen der Firma, dem CIA, und allen Klischees, die dazugehören. Schneller, besser, höher, Paco Taibo II hat sich, ironisch zeitgemäß, den Mainstream der Superlative als Struktur seines Romans genommen und herausgekommen ist eine wirklich gigantisch anmutende Story.

Auf der Spurensuche durch dieses Jahrhundert hat er gewiefte und hartnäckige Politgauner mit überzeugten Kommunisten während des spanischen Bürgerkriegs ebenso gemeinsame Sache machen lassen wie zwei Journalisten, die ihre Geschichten zusammen schreiben, tendenziös, radikal und provokativ, heute, gestern und während der ereignisreichen Revolution in Nicaragua. Denn sie sind mehr als Sympathisanten dieser Revolution, auch wenn ihnen ihre Überzeugung öfters einen Schreck einjagte. Doch der größte Coup ihrer Laufbahn gelingt ihnen bei einer eher zufälligen Recherche.

Wußten Sie, daß Trotzki im Exil in Mexiko einen Krimi schrieb, ja sich danach verzehrte, einen schlüssigen Plot für seine Geschichte zu entwickeln? Daß er sich morgens Notizen vor seiner eigentlichen Arbeit an der Stalinbiographie machte und sie heimlich, klamm und leise in eine gut versteckte Kladde schrieb? Mein Grinsen wurde immer breiter. Klasse Idee!

Doch das sind längst nicht alle Absurditäten, die der Roman zu bieten hat. Elena Jord#n zum Beispiel, die zweimal geschiedene Frau des Journalisten Julio, schreibt seit ewigen Zeiten immer wieder aufs Neue Dissertationsvorhaben und reicht sie ein. Sie sammelt die Ablehnungen wie Postkarten. Oder die Episoden über Alex, den Chef der Operation Schneewittchen, den biederen Strippenzieher, Therapiepatienten und klugen Intriganten der sieben Zwerge, der undichte Stellen in der agency anhäuft.

Desinformation heißt seine Devise nach innen wie nach außen. Ganze Bücher werden von ihm lanciert. Falschen Persönlichkeiten wird kurzerhand Leben eingehaucht, denn sie sollen aufgebaut werden zu internationalen Verschwörern, Politikern und Drogenhändlern. Später dann fallen sie als Kokainbosse in die "Höllenküche" des Geheimdienstes und finden sich erschossen auf Hotelfluren wieder. Fazit: Auch die berühmt berüchtigte Lateinamerika-Abteilung der agency kann sich mal irren. Denn selbst Marionettenregierungen erweisen sich das eine oder andere Mal hartnäckiger als so mancher Geheimdienststratege wahrhaben wollte.

Doch was ist der CIA gegen die lebens- und kampferprobte Allianz aus einem Altenclub, einem kommunistischen Bulgaren, einem spanischen Anarchisten und einem us-amerikanischen Fotografen? Wahrlich ein Dilettantenverein!

" Und auch, wenn wir hier einen Roman hätten, wäre es ein Roman, den der Dicke und ich nie schreiben würden. Ein wunderbarer vierhändiger Roman, den wir nicht schreiben würden, mit offenem Ende, in dessen Zentrum Informationen und journalistische Ethik und Geschichten stünden, die man kennt und nicht kennt, und eine Stadt in der es pausenlos regnet, mit einem Hang zur Katastrophe, und ein sandinistischer Kommandant, der mit so einem glücklichen Gesicht ein zweites Sandwich mit Serranoschinken ißt, daß er kein CIA-Agent sein kann."

The Story never ends? Doch, auf Seite 406 ist alles vorbei. Fast alles!

Herby sachs

4 Hände von Paco Ignacio Taibo II . Verlag der Buchläden Schwarze Risse/Rote Straße - Libertäre Assoziation, Berlin/ Hamburg 1996 - 413 Seiten - 39.80 DM

Die sozialdemokratische Friedrich-Ebert-Stiftung hat im K.G. Saur Verlag, München ein umfangreiches **»Inventar zu den Nachlässen der deutschen Arbeiterbewegung«** herausgegeben. Verantwortlich zeichnet Hans-Holger Paul, der als Ziel formuliert, *"der Forschung zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung einen Zugang zu Quellen zu ermöglichen, die insbesondere in der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Geschichte der Weimarer Republik, der Arbeiterbewegung unter der Herrschaft des Nationalsozialismus und im Exil sowie in der Geschichte der Bundesrepublik nach 1945 eine Bedeutung erlangt haben."* Dabei sollen Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung *"im weitesten Sinne"* aufgenommen werden, *"die Spanne reicht von Persönlichkeiten der äußersten Linken, z.B. Rätekommunisten, über Sozialdemokraten, Mitglieder sozialer Bewegungen, der Frauenbewegung bis zu christlichen Gewerkschaftern und Sozialpolitikern."*

Die große Einschränkung besteht darin, daß nur die Nachlässe erfaßt wurden, die *"in allen Archiven und Bibliotheken der Bundesrepublik und West-Berlins in den Grenzen vor dem 3.Oktober 1990"* aufgenommen wurden und daß das eigene Archiv der Friedrich-Ebert-Stiftung ebenfalls unberücksichtigt blieb. Letzteres soll in einer eigenständigen Veröffentlichung aufbereitet werden. Ob und wann die Archive der ehemaligen DDR ebenfalls in diesem Sinne gesichtet werden und ob eine Bestandsaufnahme gerade der international vorhandenen Nachlässe geplant ist, bleibt leider unerwähnt. Für eine sinnvolle Exilforschung wären aber gerade die Nachlässe derjenigen interessant, die Deutschland in den 30er Jahren verlassen mußten. So ist es auch nicht weiter überraschend, daß z.B. der Name Rudolf Rocker in diesem Band niemals auftaucht, da dessen Nachlaß - wie der vieler AnarchistInnen - z.B. im IISG in Amsterdam liegt.

Die eintausend Seiten (!) beginnen mit Viktor Agartz, einem Wirtschaftswissenschaftler und Gewerkschafter, der wegen FDGB-Kontakten 1957 aus der SPD ausgeschlossen wurde und ab 1960 bei der DFU mitarbeitete. Neben einer politischen Kurzbiografie nennt das Inventar den Standort des Nachlasses, in diesem Fall den DGB in Düsseldorf, den Umfang des Aktenmaterials

und beschreibt dessen ungefähren Inhalt, also Presse- und Agenturmeldungen, Materialien zum Prozeß, Solidaritätserklärungen, Korrespondenz etc. Die wichtigsten Korrespondenzpartner werden aufgezählt, also hier z.B. Bundeskanzler, Bundesamt für Verfassungsschutz etc. Anschließend werden noch besonders wichtige Korrespondenzinhalte genannt.

Gibt es einen zweiten Standort beginnt, dieses Verfahren anschließend von Neuem, im Fall Agartz schließt sich das Bundesarchiv Koblenz an.

Das sieht auf den ersten Blick alles sehr brauchbar aus und diese Einschätzung wird für alle an der Erforschung der Sozialdemokratie Arbeitenden auch zutreffen. Ein Inventar muß sich aber auch daran messen lassen, wie sorgfältig es mit den "Randerscheinungen" umgeht und dabei wird es doch erstaunlich dünn.

Die *Freie Arbeiter Union* wird nur ein einziges Mal erwähnt und schlägt mensch unter der S.469 nach, dann stellt sich prompt heraus, daß es sich um einen Briefwechsel der FAU mit Nikolaus Osterroth, einem SPD-Bergarbeiter, Gewerkschafter und preußischen Landtagsabgeordneten handelt. Auch einen Fritz Kater-Verlag oder einen Syndikalist-Verlag sucht mensch vergebens, dafür ist die Freiwillige Feuerwehr Ulms verzeichnet.

Kurz und gut, die Forschung nach AnarchistInnen und anderen Linksradikalen bleibt auch nach diesem Inventar weitgehend unsere Sache, d.h. mühevolle Kleinarbeit. Hilfreich ist das Inventar in diesem Bereich nur bei denjenigen Persönlichkeiten, die in ihrer Vita irgendwann einmal "Vorsitzender in einem Arbeiter- und Soldatenrat" gewesen sind. Schlägt mensch diese Stichworte nach, finden sich so interessante Persönlichkeiten wie z.B. Emil Barth. Doch auch hier setzten sich leider die Vorlieben der Bearbeiter durch. Barth wurde zwar am 23.4.1879 geboren und seine Klempnerlehre wird erwähnt, doch sein politisches Leben scheint 1914 begonnen zu haben, dann jedenfalls wurde er Funktionär des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (DMV), 1917 trat er der USPD bei, 1918 wurde er Vorsitzender der revolutionären Berliner Obleute und Vorsitzender des Berliner Arbeiter- und Soldatenrats. 1920 versuchte er vergeblich den Anschluß der USPD an die Komintern zu verhindern und trat deshalb 1921 zur SPD über. Ab 1922 war er Vorsitzender der Berliner Betriebsrätezentrale.

Barth war also 35 Jahre alt, als sein politisches Leben begann? Etwas unwahrscheinlich bei der dann folgenden Entwicklung. Es liegt demnach eher an der Herangehensweise der Bearbeiter, sie fanden die ersten 15 (?) Jahre nicht wichtig genug (oder politisch zu fragwürdig?). Wenigstens erfährt mensch unter der Beschreibung der Materialien Genaueres: Die Materialien von 1908 - 1910 enthalten Unterlagen der *Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften*, den Kassenbericht der Lokalisten und die Anträge zum 9.Kongreß der Freien Vereinigung im März 1910, sowie Ausschnitte aus der syndikalistischen Zeitung "Die Einigkeit".

Allzu häufig fündig wird mensch nicht in Sachen Anarchismus, Anarchosyndikalismus, Unionismus etc., umso überraschender ist es dann, daß zu Carl Einstein gleich eine ganze Seite (119) auftaucht. Standort ist die Akademie der Künste in Berlin, erwähnt wird seine Mitarbeit an Pfemferts AKTION und seine Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg, ein Hinweis auf die Kolonne Durruti unterbleibt. Suchen wir dann im Zeitschriftenverzeichnis unter AKTION, so scheint es diese nicht zu geben, denn verzeichnet ist lediglich eine AKTION aus Stuttgart. Pfemfert gab diese Zeitschrift aber in Berlin heraus. Schlägt man alle Hinweise auf, finden sich allerdings dann doch ausschließlich Mitarbeiter an Pfemferts AKTION wie z.B. Franz Künstler und der Graphiker Conrad Felixmüller. Der Verlagsort Stuttgart ist also falsch. Pfemfert selbst taucht nur am Rand auf, etwa als Freund Felixmüllers oder als Briefpartner des Schauspielers Alexander Granach (S.207) und des Schriftstellers Wilhelm Sternfeld (S.619). Sein Nachlaß (sein Büro etc. wurde von der Gestapo abgeholt) bleibt verschollen.

Und Erich Mühsam, über dessen Nachlaß heutzutage ein Rechte-Streit zwischen der Erich-Mühsam-Gesellschaft in Lübeck und der Akademie der Künste, Berlin ausgebrochen ist, die sich diesen Nachlaß während Stalins Zeiten zu unrecht angeeignet hat?

Beim Vagabundenführer Gregor Gog, dem Verleger Walter Hammer, dem Reichsjustizminister Gustav Radbruch, dem Münchner Räterepublikaner (USPD) und Schriftsteller Ernst Toller, dem Schriftsteller Paul Zech und der Pazifistin Gerda Weyl finden sich Briefe. Immerhin: bei Ernst Toller auch "Nachlaßsplitter" Erich Mühsams.

Wer sich zuviel verspricht, wird enttäuscht sein, aber zur weiteren Spurensuche, gerade im Hinblick auf Briefe, taugt der - leider sehr teure und damit wohl Bibliotheken vorbehaltene - sozialdemokratische Wälzer durchaus.

Wolfgang Haug

Die anarchistische Jugend in Wuppertal

1929 - 1945

Teil 1 (Teil 2 erscheint in SF-58, Teil 3 in SF-59)

von Dieter Nelles



Helmut Kirschey und Paula Benner 1992

Alle Fotos: Archiv Dieter Nelles

"Enthält unser zerfallendes Regime Menschen, die Neues zu geben fähig sind, dann ist es diese Generation junger deutscher Arbeiter",[1] schrieb 1932 die französische Philosophin Simone Weil anläßlich eines Besuchs in Deutschland. "Gleichwohl unter der Voraussetzung", schränkte sie ein, "daß weder die faschistischen Banden noch einfach Hunger und Kälte sie des Lebens berauben oder zumindest jener Energie, die die Quelle des Lebens ist".[2] Kurze Zeit später kamen die Nationalsozialisten an die Macht und eine nicht unerhebliche Zahl der von Weil so emphatisch beschriebenen Arbeiterjugend fand sich wieder in Konzentrationslagern und Zuchthäusern - unter ihnen fast alle Mitglieder der Syndikalistisch-Anarchistischen Jugend Deutschlands (SAJD) aus Wuppertal. Doch nicht nur unter diesem Gesichtspunkt ist diese kleine Gruppe am linken Rand der Arbeiterjugendbewegung von Interesse. Die Wuppertaler SAJD verband die mehr bildungsorientierte der sozialistischen Jugend mit der mehr aktivistischen Motivation der kommunistischen Jugend zu einer neuen Mischung: einer antiautoritären Arbeiterjugend. Im Gegensatz zur Organisations- und Ideengeschichte, stellte Peukert fest, ist die Sozial- und Erfahrungsgeschichte der Arbeiterjugendbewegung "noch unterbelichtet" und "noch nicht über den Stand der zwanziger Jahre hinausgekommen".[3]

Im folgenden Beitrag soll unter einer sozial- und erfahrungswissenschaftlichen Perspektive die Geschichte der SAJD in Wuppertal zwischen 1929 und 1933 und der Widerstand und die Verfolgung ihrer Mitglieder während des Nationalsozialismus dargestellt werden.[4]

Entstehung, Milieu und Zusammensetzung der Wuppertaler SAJD

Seit 1920 existierten im Gebiet des heutigen Wuppertals, in Barmen, Elberfeld und Sonnborn, syndikalistisch-anarchistische Jugendgruppen.[5] Im Unterschied zu den übrigen radikalen Arbeiterjugendorganisationen hielt die anarchistische Jugendbewegung an drei Prinzipien fest: An der Autonomie der Jugend, an der Dezentralisation als Organisationsprinzip und an der Nichtzugehörigkeit zu einer Arbeiterpartei.[6] Die Betonung der Jugendautonomie brachte die Elberfelder Gruppe, die laut Polizeiberichten "in der Jugendbewegung am rührigsten war"[7], in ihrem Namen zum Ausdruck: Freie Jugend Morgenröte (FJM).

Die FJM übernahm Formen, Trachten und zum Teil auch Lieder der bürgerlichen Jugendbewegung, aber zugleich standen diese Jugendlichen in völlig anderen theoretischen und praktischen Zusammenhängen. Denn neben "Spiel und Wanderung" sollte die Jugend mit den "Ideen des Syndikalismus und Anarchismus vertraut gemacht werden".[8] Die Jugendlichen waren zum Teil auch Mitglieder der anarchosyndikalistischen Freien Arbeiter Union Deutschlands (FAUD), die zu diesem Zeitpunkt noch über 1000 Mitglieder im Wuppertal hatte.[9] Aber sie betonten gegenüber der Erwachsenenorganisation ihre Autonomie. So schrieb das FJM-Mitglied Walter Tacken, es sei unmöglich mit einigen "älteren Genossen zusammenzuarbeiten", weil diese versuchten, der Jugend "einen Zwang aufzuerlegen", dem sie sich als "Revolutionäre nicht fügen wollten". Zudem stamme "Erfahrung der Alten" aus einer "ganz alten Zeit", nicht aber aus der gegenwärtigen "revolutionären Epoche", in der die Jugend ihre Erfahrungen selbst sammeln würden.[10] "Revolutionäre Epoche", dieser Begriff hatte hier einen doppelten Bezug: Zum einen die revolutionären Massenbewegungen der Arbeiterschaft und zum anderen die Suche nach eigenen Widerstands- und Lebensformen - "Erkennende Jugend ist Revolution"![11] Es überrascht daher nicht, daß die FJM nach der Stabilisierung der politischen und ökonomischen Verhältnisse in den Jahren 1924/1925 zerfiel. Einige ihrer Mitglieder blieben aktiv im Rahmen der FAUD und der anarchosyndikalistisch beeinflußten Gemeinschaft proletarischer Freidenker (GPF), die Anfang der 30er Jahre in Wuppertal circa 200 Mitglieder zählte. Andere bildeten bis 1933 einen "Debattierzirkel" am Arbeitsamt oder auf der Straße am Elberfelder Neumarkt, und waren bekannt und belächelt als die Wuppertaler "Kakaophilosophen".

Ende der 20er Jahre war die FAUD in Wuppertal nur noch eine kleine Gruppe von circa 50 Mitgliedern. Von der SAJD

existierte 1928 noch eine kleine Gruppe von sechs Jugendlichen um die Brüder Fritz, Willy und August (Eugen) Benner in Barmen.[12] Ende 1929 vereinigte sich diese Gruppe mit einigen Jugendlichen aus Elberfeld zur SAJD Wuppertal. Der überwiegende Teil der Elberfelder Jugendlichen hatte vorher familiäre und freundschaftliche Kontakte zu älteren Anarchosyndikalisten oder zu ehemaligen Mitgliedern der FJM. Hans Schmitz und Ernst Steinacker waren sozusagen in der anarchosyndikalistischen Bewegung groß geworden. Sie waren in einer Kindergruppe der FJM. Ihre Eltern Hermann Steinacker (1870 - 1944) und Hans Schmitz (sen.) (1892 - 1931) waren die herausragenden Persönlichkeiten der Wuppertaler FAUD und zugleich auch die Mentoren der SAJD.

Die SAJD in umfaßte 1930 ca. 10 Jungarbeiter und 5 Lehrlinge im Alter von 16 - 22 Jahren. Die männlichen Mitglieder waren weit in der Überzahl. Es gab nur drei Mädchen in der Gruppe, von denen eine nach kurzer Zeit austrat. Die Mädchen waren auszubildende Näherinnen bzw. Schneiderinnen - unter den Jungen war ein Dreher- und ein Anstreicherlehrling, sowie ungelernte und Gelegenheitsarbeiter, Tapetendrucker, Anstreicher, Bauarbeiter und Werkzeugmacher. Die meisten von ihnen wurden im Verlauf der Krise ab 1930 arbeitslos. Es gelang der Gruppe nie in größerem Maße, fernstehende Arbeiterjugendliche anzuziehen und zu organisieren. Sie blieb ein 'verschworener Haufen' mit starkem Zusammenhalt nach innen und klarer Abgrenzung nach außen. Außer den Brüdern Helmut und Hans Kirschey und H.S., die sich 1931 vom Kommunistischen Jugendverband gewann die SAJD keine festen Neumitglieder. Im Falle der Brüder Kirschey ist es bezeichnend, daß diese über familiäre Kontakte zur SAJD kamen.[13] Insbesondere die Mädchen hatten einen schweren Stand in der Gruppe. So war ein scharfer Abgenzungspunkt von den übrigen Jugendorganisationen, daß man(n) keinen "Poussierclub wie die Sozialistische Arbeiterjugend oder die Bürgerlichen" haben wollte.[14] Die beiden Mädchen, die längerfristig bei der Gruppe blieben, waren durch Mutter bzw. Bruder schon als Kinder zu politischem Engagement angeregt wurden. "Den meisten Mädchen war das ein zu trockener Diskutier- und Aktionsclub - und das Tanzen gehen usw. war ja verpönt; außerdem hätten unsere Jungs da auch gar kein Geld für gehabt."

Alltag und Politik der SAJD zwischen 1930 und 1933

Die Mitglieder der SAJD waren fast täglich zusammen. In Unterbarmen bauten sie in Selbsthilfe ein "Jugendheim", eine Hütte im Garten eines Genossen. Hier wurde nächtelang diskutiert und gesellig zusammen gesessen, "einige versuchten sich auf der Gitarre und wir haben oft Jugendbewegungs- und Arbeiterlieder gesungen, mehr laut als schön." In der Gruppe herrschte ein überaus starkes Bildungsbedürfnis: "Wir lasen, was uns in die Finger kam, Bakunin, Kropoptkin, Rocker, Mühsam, Sinclair, Jack London, Dostojewski, auch das 'Kapital' und auch Brehms Tierleben. Wir wollten doch wissen, wie alles zusammenhängt. (...) Das war einfach ein wunderbares Gefühl, daß man alles lesen konnte!" Gustav Krüschedt berichtete über einen "normalen" Tagesablauf im Jahre 1930. "Morgens mußte ich um 6 raus. (...) Nach der Arbeit haben wir uns meistens gleich irgendwo getroffen - damals war ja immer was los: Schlägereien mit den Nazis, Diskussionen am Rathaus mit den Kakaophilosophen, Flugblätter machen oder verteilen, am Gewerkschaftshaus oder auf der Straße abends gingen wir immer zu den anderen Organisationen in ihre Versammlungen, um uns da einzumischen. Oder wir waren unter uns zusammen. Ich bin damals glaub ich selten vor zwölf ins Bett gekommen - und dann habe ich noch bis 3 gelesen. (...) Nee Langeweile haben wir nie gekannt." Bei den Mädchen war der Anteil an Zeit für ihre eigene Person deutlich geringer. "Nach der Arbeit, da hieß es erst einmal einkaufen und die Küche machen, und da gabs ständig noch was zu flicken und in Ordnung zu bringen."

Die älteren Genossen der FAUD wurden häufig zu Diskussionen eingeladen. Obwohl die SAJD auf ihre Autonomie gegenüber der Erwachsenen bestand, wurden einige ältere Genossen doch als "Fachautoritäten" anerkannt und prägend für die politische Entwicklung der Jugendlichen. Hans Schmitz (sen.), ein mitreißender Redner, der die militante Tradition des Anarchosyndikalismus verkörperte und Hermann Steinacker, der sich noch während des Sozialistengesetzes der sozialistischen und später der anarchistischen Bewegung angeschlossen hatte. Steinackers Schneiderstube stand für die Jugendlichen offen und war der Ort zahlreicher Diskussionen. Er und Schmitz (sen.) gehörten zu den wenigen Erwachsenen, erinnerte sich rückblickend Paula Benner, "von denen man Antworten auf Fragen bekam".

Mit einfachsten Mitteln entfalteten die Jugendlichen eine rege Öffentlichkeitsarbeit. Auf einer alten Wäsche-Wringmaschine im Keller von H. Steinacker wurden neben Flugblättern auch Plakate hergestellt. Die Gruppe fertigte Portraitpostkarten von Bakunin, Kropotkin und Landauer an, die sie verkaufte. Kurzfristig wurde mit Hilfe dieser eigenen 'Druckerei' auch der Versuch einer Betriebszeitung gestartet: Die Jugendlichen schrieben oder sammelten Lehrlings- und Jungarbeiterkorrespondenzen, die dann von Betriebsfremden vor den betreffenden Firmen verkauft wurden, so bei der Aktenordnerfabrik 'Elba' und einer Schneiderei, in der "nur Frauen und Mädchen ausgebeutet wurden." Im Jahre 1931 lag die Bezirksinformationsstelle der SAJD in den Händen der Wuppertaler Gruppe und auf deren Initiative wurde der Aufruf 'An die proletarische Jugend' in 3000 Exemplaren gedruckt und unter die regionalen Gruppen sowie in Wuppertal verteilt. Dieser Aufruf war bereits 1929 als Beilage der Zeitung 'Junge Anarchisten' erschienen und signalisierte die politische Hinwendung der SAJD zu ökonomischen und politischen Tagesproblemen der Arbeiterjugend.

Das Jahr 1931 muß als Höhepunkt der Aktivitäten der Wuppertaler Gruppe angesehen werden. Die Jugendlichen bereiteten zusammen mit der FAUD eine große 'Sacco und Vanzetti'-Kundgebung vor, zum 4. Jahrestag der Hinrichtung der italienischen Anarchisten in den USA.[15] Die gesamte Gruppe studierte monatelang Erich Mühsams Theaterstück 'Staatsraison' ein, daß den Justizmord an Sacco und Vanzetti zum Gegenstand hatte. Regie führte der damals 23-jährige Werkzeug-



SAJD- Wuppertal 1935/36

macher Alfred Schulte, der sich dafür am Düsseldorfer Schauspielhaus bei Wolfgang Langhoff Rat holte. Das Stück wurde ein voller Erfolg. Die Stadthalle Elberfeld war nach ihren eigenen Angaben "voll"; man wiederholte deshalb die Aufführung wenige Wochen später vor "circa 200 Zuschauern" im Hotel Hegelich in Barmen.

Erwähnenswert ist, daß auch in der SAJD das jugendbewegte Element durchaus lebendig war. Gemeinsam wurde, zu Fuß oder mit dem Fahrrad, an den großen regionalen Treffen der Jugend teilgenommen, so auf den Düsseldorfer Rheinwiesen, am Rhein bei Leichlingen oder am Harkort. Politisch-ideologisch grenzte sich die SAJD von den anderen Jugendorganisationen der Arbeiterbewegung scharf ab. So bekamen die SAJD-Mitglieder wegen ihres Engagements für die in der Sowjetunion inhaftierten Anarchisten wiederholt zu hören. "Bis zur Revolution kann man Euch brauchen - aber danach seit ihr die Ersten, die an die Wand gestellt werden." Wegen des Austritts aus dem Kommunistischen Jugendverband von Helmut Kirschey, der aus einer der bekanntesten kommunistischen Familien in Wuppertal stammte, kam es sogar zu einer handfesten Prügelei zwischen den Jugendlichen.[16] Aber diese Prügelei war eine Ausnahme. Ansonsten hatten sie besonders zu den kommunistischen Jugendlichen ein sehr solidarisches Verhältnis, vor allem, wenn es gegen die Nazis und die Sicherheitspolizei ging, mit der sie zum Beispiel 1931 aneinander gerieten, als sie gemeinsam die Zwangsräumung einer zahlungsunfähigen Arbeiterfamilie an der Paradestraße in Elberfeld verhindern wollten. Dabei kam es zu heftigen Straßenschlachten, in deren Verlauf das Pflaster aufgerissen und die Gaslaternen mit Steinen ausgeworfen wurde.

Seit 1930 bestand in der SAJD in Wuppertal ein völlig anderes Verhältnis zur Gewaltanwendung als bei den anarchistischen Jugendlichen Anfang der zwanziger Jahre. Diese hatten, wohl unter dem Eindruck des Krieges, häufig pazifistische Ideen vertreten. Die zwei Arme, die ein Gewehr zerbrechen, das Zeichen der antimilitaristischen Bewegung, wurden besonders von den Anarchosyndikalisten als ihr Symbol angenommen, als Anstecknadeln getragen und auf Flugblättern, Zeitungen und Postkarten verbreitet. Während viele der früheren Jugendlichen der FJM darunter eher das individuelle Bekenntnis verstanden, keine Waffen anzuwenden und zu produzieren, wurde von den späteren, mehr am Klassenkampf orientierten Junganarchisten dagegen der Vorgang des "Brechens" betont. Dazu kam hinzu, daß die FAUD nicht mehr die militante sozialrevolutionäre Gewerkschaftorganisation war, als die sie 1919 angetreten war. Sie war aus eigener Kraft nicht in der Lage ökonomische Kämpfe zu führen, denen in Zeiten der Weltwirtschaftskrise allgemein enge Grenzen gesetzt waren. Die Politik der FAUD konnte daher nur bedingt eine Orientierung für die Jugendlichen sein. Die Massenarbeitslosigkeit und die wachsende Übergriffe der Nationalsozialisten stellten alle Organisation der Arbeiterbewegung vor eine neue Situtation, in der alte Analysen und Parolen nicht mehr griffen. Vor diesem Hintergrund ist die Äußerung von Helmut Kirschey zu verstehen: "In Berlin oder Krefeld wär ich nicht zur syndikalistischen Jugend gegangen: Die waren da gewaltlos - aber wir waren in Wuppertal!"

Mit der Einrichtung der SA-Kaserne in Unterbarmen in der unmittelbaren Nähe des Gewerkschaftshauses, einer der beliebtesten Treffpunkte der SAJD, wuchs der alltägliche Terror gegen die Arbeiter. - "Du konntest abends als bekannter Sozialist da nicht mehr allein vorbeigehen." Wer für einen "Roten" gehalten wurde, mußte damit rechnen von der SA bedroht zu werden. Parallel zu anderen linken Arbeitergruppen wurden von der SAJD zwei Pistolen gekauft und die Gruppe verfügte auch über ein Gewehr. Die Bewaffnung wurde angesichts der konkreten Bedrohung durch die SA als lebensnotwenig betrachtet, vor allem weil sie nicht daran dachten, durch "Stillhalten" verschont zu werden. "Du mußt nach vorn gehen, dann tun sie Dir nix - nicht zurück!" In den Gebrauch und die Pflege wurden sie von einem befreundeten Mitglied des Rotfrontkämpferbundes angeleitet. Mit den Wanderungen und Fahrten wurden jetzt Schießübungen verbunden, so in einem alten Schleifkotten in Balkhausen und auf einer Fahrt an die Mosel. Die Mädchen beteiligten sich nach eigenen Angaben weniger an diesen Aktivitäten. Allerdings übernahmen sie wichtige Aufgaben, als in Balkhausen die Polizei auftauchte. Die Mädchen versteckten die Pistolen im Suppentopf und transportierten sie auf dem Nachhauseweg in ihren Kopfkissen, wo sie eine weitere Polizeikontrolle unbemerkt überstanden.

Ein Beispiel für die Anwendung dieser Waffen zeigt der folgende Artikel: "Nazi-Terror in Wuppertal" "In Wuppertal-Barmen haben die SA-Mannen vom Hakenkreuz vor längerer Zeit ein leerstehendes Fabrikgebäude in eine Hitler-Kaserne verwandelt, von wo aus sie ihre 'Feldzüge' gegen die Bevölkerung des Bezirks Barmen-U. eröffnen, so daß selbst die Polizei gezwungen war - auf Grund der dauernd einlaufenden Beschwerden in dieses Mördernest einzudringen und Haussuchungen usw. vorzunehmen. Harmlose Straßenpassanten werden grundlos überfallen. "Tippelkunden" mit Eisenstangen zu Boden geschlagen, weil sie den Gruß 'Heil Hitler' nicht erwidern usw. Wie es aber mit dem 'Heldenmut' der braunen Mordpest bestellt ist, sobald sie auf energischen Widerstand stoßen, davon zeugt folgender Vorfall: am Freitag dem 13. November, abends gegen 11 Uhr, fielen diese vertierten Elemente völlig grundlos einige Reichsbannerleute an. Als in diesem Augenblick fünf unserer Genossen an dem Ort, wo die Keilerei tobt, vorbeikamen, ließen die Banditen von den Reichsbannerleuten ab und stürzten sich mit lauten Drohungen auf unsere Genossen. Dem Genossen Hermann Hahn wurde mit einem Schlagring eine tiefe Wunde dicht über dem Auge geschlagen. Als in diesem Moment die Horde aus der Kaserne heraus noch Verstärkung erhielt, feuerte der 19-jährige Jugendgenosse E. B. vier scharfe Pistolenschüsse ab und mit der Rauflust war es vorbei. Sofort ließen die Rowdys von den Genossen ab und 30 'Hitler-Gardisten' ergriffen vor dem vordringenden 19-jährigen Jung-Anarchisten das Hasenpanier. Der Jugendgenosse wurde von einer hinzukommenden Polizeistreife verhaftet, die dann auch noch eine Durchsuchung der Räuberhöhle vornahm, ohne natürlich etwas zu finden, weil sich die Vorkämpfer des 'Dritten Reichs' in ihre geheimen Verließe zurückgezogen hatten, die das umfangreiche Fabrikgebäude ja zur Genüge besitzt. Die Pressestelle des Polizeipräsidiums mußte in der hiesigen Presse aufgrund der Aussagen der zahlreichen Zeugen und der Empörung der Bevölkerung über die dauernde Terrorisierung selbst zugeben, daß die Anarcho-Syndikalisten, die sich von einer Versammlung kommend, auf dem Heimweg befanden, von den Nationalsozialisten völlig grundlos überfallen wurden, und der Syndikalist B. in Notwehr vier Schreckschüsse abfeuerte. Der Jugendgenosse E. B. wurde am anderen Tage wieder auf freien Fuße gesetzt. Man darf auf den Ausgang der Verhandlung gespannt sein. Es ist nicht das erstemal, daß revolutionäre Arbeiter, die sich bei Überfällen dieser Banditen so energisch zur Wehr setzten, drakonische Strafen erhielten und die Angreifer leer ausgingen."[17]

Der Artikel zeigt auch die wachsende Solidarität zu anderen Arbeitern, die zwar ideologisch bekämpften Arbeiterorganisationen angehörten - in diesem Fall dem sozialdemokratischen Reichsbanner -, aber vom täglichen Terror der SA genauso betroffen waren. In Unterbarmen war diese Solidarität an der 'Basis' stark ausgeprägt und besonders zwischen Kommunisten und Anarchosyndikalisten bestand ein solidarisches und freundschaftliches Verhältnis.[18] Durch die nahegelegene SA-Kaserne war die Bedrohung der dort lebenden Arbeiterbevölkerung zu groß, als das ideologische Differenzen noch eine große Rolle gespielt hätten.

Angesichts der militanten Auseinandersetzungen mit den Nationalsozialisten verwundert es nicht, daß 1931 die SAJD Wuppertal mit älteren FAUD-Genossen eine sogenannte Schwarze Schar gebildet hatte. Diese bewaffnete Selbstschutzgruppe war die anarchosyndikalistische Variante des Rotfrontkämpferbundes bzw. des Reichsbanners.[19] Ausgehend von Ratibor in Oberschlesien hatten sich in mehreren Städten Deutschlands Gruppen der Schwarzen Schar gebildet. Ein Wuppertaler Mitglied der 'Schwarzen Schar' berichtete. "Wir trugen schwarze Hemden, schwarze Hosen und Stiefel und einen Gürtel. Mancher hat mit Schuhwichse etwas nachgeholfen—wir hatten ja kein Geld. Man kann sagen, das war eine Uniform. So was hatten wir als Anarchisten immer abgelehnt und viele andere Gruppen lehnten das auch weiterhin ab. Irgendwie war das auch eine Art Anpassung. Die Rotfrontkämpfer und das Reichsbanner, die hatten Uniformen, nur wir hatten nichts. Mit Sprechchören und Liedern gingen wir vor unseren Demonstrationen her oder bei den anderen Demonstrationen mit. Die hatten einen Heidenrespekt vor uns - sie wußten ja nicht, wie wenige wir waren!" Die Schwarzen Scharen verkörperten den neuen Geist der Militanz und Aktivismus der jungen Anarchosyndikalisten und waren damit ein Spiegelbild der allgemeinen politischen Militarisierung in den letzten Jahren der Weimarer Republik. In Wuppertal war die Schwarze Schar ein kleiner aber wichtiger Teil des proletarischen Selbstschutzes und trug mit dazu bei, zahlreiche Übergriffe der SA in Versammlungen und in den Straßen der Arbeiterviertel zu verhindern.

In SF-Nr.58 wird dieser Beitrag fortgesetzt – Teil 2: Widerstand und Verfolgung 1933 - 1939

Bei vorliegendem Beitrag handelt es sich um eine Vorabveröffentlichung. Er erscheint in Kürze im Rahmen des Buches: "Lebens- und Arbeitswelten von Jugendlichen im 19. und 20. Jahrhundert", von Ute Lange-Appel, Burkard Dietz und Manfred Wahle. Dr. Winkler Verlag Bochum.



Illegale Wuppertale SAJD mit Düssel-Piraten 1935

Anmerkungen

1 Weil, Simone: Unterdrückung und Freiheit. Politische Schriften, München 1987, S. 60.

2 Ebenda.

3 Peukert, Detlev J. K.: Jugend zwischen Krieg und Krise. Lebenswelten von Arbeiterjugendlichen in der Weimarer Republik, Köln 1987, S. 233. Zur Organisations- und Ideengeschichte der SAJD vgl. Linse, Ulrich: Anarchistische Jugendbewegung 1918 - 1933, Frankfurt am Main 1976.

4 Der Aufsatz ist die erweiterte Fassung von Klan Ulrich / Nelles, Dieter: 'Es lebt noch eine Flamme'. Rheinische Anarcho-Syndikalisten/-innen in der Weimarer Republik und im Faschismus, Grafenau-Döffingen 1986, 2. Auflage 1990.

5 Vgl. zum folgenden Klan / Nelles: Es lebt noch eine Flamme (1990), S. 189 - 234.

6 Vgl. Linse, Ulrich: Anarchistische Jugendbewegung (1976), S. 20.

7 Vgl. Schreiben Polizeipräsident Elberfeld an Regierungspräsident Düsseldorf, 19. 8. 1921, in: Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Reg. Düsseldorf, Nr. 15409, Bl. 215.

8 Vgl. Schreiben Polizeipräsident Barmen an Regierungspräsident Düsseldorf, 13. 6. 1921, in: ebenda, Nr. 15810, Bl. 14-16

9 Zur Geschichte der FAUD vgl. Bock, Hans-Manfred: Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 - 1923. Ein Beitrag zur Sozial- und Ideengeschichte der frühen Weimarer Republik. Darmstadt 1993. Rübner Hartmut: Freiheit und Brot. Die Freie Arbeiter-Union Deutschlands. Eine Studie zur Geschichte des Anarchosyndikalismus, Berlin 1994; Klan / Nelles, Es lebt noch eine Flamme (1986, ²1990).

10 Vgl. Die Schöpfung, Sozialrevolutionäres Organ für das sozialistische Neuland, 12. 7. 1921.

11 Ebenda.

12 Vgl. zum folgenden, Klan / Nelles: Es lebt noch eine Flamme (1986), S. 234 - 267; Nelles, Dieter: Nachruf auf Eugen Benner, in: Schwarzer Faden. Vierteljahresschrfit für Lust und Freiheit, Nr. 29, 4/1988, S. 58 - 61.

13 Vgl. Nelles, Dieter: Helmut Kirschey. Ein Leben im Widerstand, in: Wupper-Nachrichten, Nr. 4/1993, S. 7.

14 Soweit nicht anders zitiert beziehen sich die folgenden Ausführungen auf Interviews mit ehemaligen Mitgliedern der SAJD.

15 Vgl. Aufruf zur Sacco und Vanzetti-Kundgebung am 29. und 30. August in Wuppertal, in: Der Syndikalist, Organ der Freien Arbeiter Union Deutschlands (Anarcho-Syndikalisten, Jg. (13), Nr. 34.

16 Vgl. Der Syndikalist, Jg. 13 (1931), Nr. 19.

17 Der Syndikalist, Jg. 13 (1931), Nr. 48.

18 Interview mit Karl Ibach, Wuppertal, Oktober 1989. Ibach, jüngster Häftling Autor eines Buchs über das Wuppertaler KZ Kemna, war im Jahre 1932 Zellenleiter der KPD in Unterbarmen.

19 Vgl. Linse, Ulrich: Die "Schwarzen Scharen" - eine antifaschistische Kampforganisation deutscher Anarchisten, in: Archiv für die Geschichte des Widerstands und der Arbeit, Nr. 9 (1989), S. 47 -66.

Freiheit Pur

Die folgende Kritik am neuen Buch Horst Stowassers über die "Idee der Anarchie, Geschichte und Zukunft", erschienen im Eichborn-Verlag, versteht sich nicht als Rezension und beansprucht auch nicht, das 400-seitige Werk insgesamt zu beurteilen. Als persönlich Betroffene geht es Ilse Schwipper ausschließlich um die Passagen über Bewegung 2. Juni. SF-Red.

Betr.: Kapitel 16

Hallo Horst,

Ich weiß von anderen Menschen, die in anderen Zusammenhängen Kritik an dir oder von dir Geschriebenen übten, und niemals Beachtung fanden. Mein Schreiben an dich hat also nicht den Anspruch beantwortet zu werden, aber einiges habe ich zu deiner Art mit Menschen umzugehen und zu beurteilen zu schreiben:

In dem Buch »Freiheit Pur« gehst du auf den Seiten 112-113 in 14 Zeilen auf die Bewegung 2.Juni ein. Du erlaubst dir dort die Bewegung insgesamt am Beispiel der »Schmücker-Aktion« als 'Drama netschajewscher Prägung' zu beurteilen, was deinerseits suggestiv als verabscheuungswürdig gemeint ist. Belegt wird das Ganze von dir mit Sätzen wie:....." *Schmücker hatte sich vom Verfassungsschutz benutzen lassen, war aber in erster Linie ein idealistischer und unbedarft labiler Mensch, der glaubte, seinen Genossen treu bleiben und den Geheimdienst austricksen zu können."*

Abgesehen davon, daß du hier tust als kanntest du Ulrich Schmücker persönlich und wußtest -wie vom besten Freund- um seine Charakterstruktur, kolportierst du nach BILD- und *Austmanier*, ohne Kenntnis tatsächlicher Vorgänge, ein Bild einer Bewegung in die Öffentlichkeit, das den Hirnen bürgerlicher Medien entsprungen sein könnte.

Woher weißt du, daß es sich bei Ulrich Schmücker um ein "armes Würstchen" handelte, als das du ihn benennst, ist dann der Verfassungsschutz der Sonntagsbraten? Wie du merkst ist deine Sprache in dieser Sache wenig dienlich.

Wer den »Schmücker-Prozeß« über 17 Jahre verfolgt hat, und sich die Mühe machte der Beweisaufnahme zu folgen, der bekam schon einen Begriff davon, was der Verfassungsschutz ist und mit welchen Mitteln er revolutionäre Politik verfolgt. Inwieweit wollte Ulrich Schmücker 'seinen Genossen treu bleiben' ? Den Beweis bleibst du der Öffentlichkeit schuldig. Da hatte sich in der Beweisaufnahme des Verfahrens auch schon anderes herausgeschält. Ebenso gilt das für deine Behauptung, daß Ulrich Schmücker den Verfassungsschutz austricksen wollte. Womit denn? Das mußt du wie ganz selbstverständlich auch nicht erwähnen, das sollen deine LeserInnen so einfach schlukken. Außerdem ist es völlig unzulässig eine Bewegung anhand *einer* Kommandoaktion zu beurteilen, das ist wenig analytisch oder seriös und einzig oberflächliche Polemik. Im Gegensatz zu anderen bewaffnet kämpfenden Gruppen war die Bewegung 2. Juni dezentral und förderalistisch organisiert, und war keineswegs einzig illegal, fern aller linken Strömungen angesiedelt.

Entweder hast du von all dem keine Ahnung, willst es nicht wissen, oder übergehst es arrogant, weil die Bewegung 2. Juni und ihre Wurzeln für dich rein gar nichts mit Anarchismus zu tun haben soll. Leider vermittelst du weder die damaligen politischen Zusammenhänge, noch die Vielfalt des damaligen Widerstandes, noch wo in welcher Form Anarchie gelebt wurde.

Letzlich: womit du jeden an die Wand stellen kannst, ist, wenn du darauf verweist, daß in Guerillaaktionen das Mittel fehlt, das auf Anarchie verweist. Richtig, das Gewehr ist nicht Anarchie, eine Entführung mit Erpressung (Befreiung von Gefangenen aus den Gefängnissen) keine Methode ohne autoritäres Verhalten. Die Frage dabei ist, mit welchen Augen sehe ich das, mit welchem Bewußtsein beurteile ich das? Will ich psychologisieren oder politische Analyse einfließen lassen?! Um es noch einmal zu sagen: die Aktion macht nicht eine Bewegung in ihrer Gesamtheit aus. Nach deinen Beurteilungskriterien war dann Durutti ein autoritärer Befehlshaber im spanischen Bürgerkrieg, und all seine MitkämpferInnen geheimbündlerische Desperados mit Gewehr. Das nur als *ein* Beispiel.

Aber worum es dir letztlich geht wird in Kapitel 18 deutlich, dort nämlich wo du vom Hefeteig sprichst den AnarchistInnen anstatt der Avantgarde sein sollen/müssen. Deine Metapher von der Mischung: Hefe - Zucker - Mehl die beim Gären den Anstoß geben soll, und nach dem Backen (das vergißt du zu erwähnen) zum Brot geworden ist. Vom Knall zur Wende! (so entsteht für dich Revolution) Wesentlich ausführlicher als in dem Buch jetzt (Kapitel 18), hast du früher in dem Text »Hefeteig oder Avantgarde?« im Zusammenhang mit dem »Projekt A« darüber referiert, allerdings ohne Landauer (wie jetzt) für die Richtigkeit zu bemühen.

Nun aber zum Schluß:

Nach jedem Kapitel gibst du dankenswerter Weise massenhaft Literaturhinweise, nur im Kapitel 16 fehlt nun schlichtweg alles an dem deine LeserInnen nachprüfen könnten was du zur »Bewegung 2. Juni« geschrieben hast. Deshalb hole ich es hier nach, damit du dir einen Eindruck verschaffen kannst was diese Bewegung war, und deine LeserInnen es nachholen können:

- Der Blues - (Schriften - Flugblätter - Prozeßerklärungen) 2 Bände
- Die vier Aufrechten von der Spree - (Schrift zur 'Tunix-Konferenz')
- Wie alles anfing - (Individuelle Betrachtungsgeschichte von Bommi Baumann)
- Der unendliche Kronzeuge - (Buch zum Schmücker-Prozeß vom Anwalt Bernd Häusler)
- Bewegung 2. Juni - (Ganz neu rausgekommen - Die Geschichte und Betrachtungen von Ralf Reinders und Ronald Fritsch)

Sicherlich ist das nicht alles, aber ich vertraue auf die LeserInnen, die sich umhören, umsehen und noch mehr finden werden.*

Mein offener Brief soll keine Legitimationsschrift sein, keine Rechtfertigung, aber eine Richtigstellung und ein Hinweis darauf wie oberflächlich Beurteilungen geschichtlicher Vorgänge von dir vorgenommen werden. Dein Umgehen damit wäre vielleicht nicht erwähnenswert, wenn der Eichborn Verlag nicht auf der Rückseite des Buches von einem "umfassend angelegten politischen Standardwerk" schreiben würde. Da beim in die Handnehmen eines Buches, Klappentexte oftmals entscheidend für den Kauf sind, sollte auf das "umfassende" Herangehen der jüngeren deutschen Geschichte in Form des Guerilla-Kampfes verwiesen werden.

In dem Sinne und Anarcha-Feministische Grüße

Ilse Schwipper

* *Uns sind wenigstens noch zwei weitere Texte bekannt, die auch beim SF bestellt werden können:*

- *Gewalt und Solidarität. Zum Schmücker-Prozeß. Internationalismus-Verlag, Hannover, 10.-DM*
- *Ralf Reinders: "Die Bewegung 2 Juni - Das Gewaltmonopol wurde durchbrochen". SF-25, 3/87, 5.-DM*

Bücherservice

Lieferbare Bücher von SF-AutorInnen
Portofrei bestellbar durch die
SF-Redaktion, PF 1159, 71117 Grafenau

Wolfgang Sterneck: Der Kampf um die Träume – Musik, Gesellschaft und Veränderung (von Rock bis Hardcore), KomistA-Verlag, 384S., 29,80DM

Wolfgang Haug/Herby Sachs (Hg.:) Die Ausblendung der Wirklichkeit. Texte zur Medienkritik. Mit weiteren Beiträgen u.a. von Jörg Auberg, Stefan Schütz, Marianne Kröger, 16.-DM. Trotzdem-Verlag, Grafenau

Herby Sachs/Dorothea Schütze: Ojala - Hoffnung auf ein neues Land - Guatemalas Flüchtlinge kehren zurück. Mit einem Vorwort von Rigoberta Menchu. Hintergrundstrexte und Fotos, 28.-DM, Trotzdem-Verlag, Grafenau

Werner Balsen/Karl Rössel: Hoch die internationale Solidarität. Zur Geschichte der Dritte-Welt-Bewegung in der BRD., 360 S., 29,80 DM, Kölner Volksblatt-Verlag.

Wolfgang Haug/Michael Wilk: Der Malstrom. Aspekte anarchistischer Staatskritik, 110 S., 16.-DM. Trotzdem -Verlag, Grafenau

Autonome A.F.R.I.K.A.-Gruppe: Medienrandale, Rassismus und Antirassismus. Die Macht der Medien und die Ohn-macht der Linken?, 24.-DM, Trotzdem-Verlag, Grafenau

Friederike Kamann/Eberhard Kögel: Ruhestörung, Bd. 1 & 2. Zur Entstehungsgeschichte und zu den Konflikten eines selbstverwalteten Jugendzentrums. Je 28.-DM, zus. 50.-DM. Trotzdem-Verlag.

Ulrich Klan/Dieter Nelles: Es lebt noch eine Flamme. Rheinische AnarchosyndikalistInnen in der Weimarer Republik. 400 S, 34.-DM, Trotzdem-Verlag, Grafenau

Hartmut Rübner: Freiheit und Brot - Die Freie Arbeiter Union Deutschlands., 317 S., 52.-, Libertad-Verlag, Berlin/Köln

Noam Chomsky: Clintons Vision - die neue Außen- und Wirtschaftspolitik, 120 S., 14.-DM, Trotzdem-Verlag, Grafenau

Noam Chomsky u.a.: Die neue Weltordnung und der Golfkrieg, 140 S., 16.-DM, Trotzdem-Verlag, Grafenau

Noam Chomsky: Die Herren der Welt, 170 S., 25.-DM. D. Mink-Verlag, Berlin

Noam Chomsky: Arbeit, Sprache und Freiheit, Trafik-Verlag, Mühlheim/Ruhr, 15.-DM

Murray Bookchin: Die Neugestaltung der Gesellschaft. Soziale Ökologie und kommunalistische Umformung der Gesellschaft. 200 S., 24.-DM, Trotzdem-Verlag, Grafenau

Murray Bookchin: Hierarchie und Herrschaft, 176 S., 19,80 DM, Karin Kramer Verlag, Berlin

Janet Biehl: Sozialer Ökofeminismus und andere Aufsätze, 120 S., 14.-DM, Trotzdem-Verlag, Grafenau

Klaus Bittermann: Geisterfahrer der Einheit - Kommentare zur Wiedervereinigungskrise, Edition ID-Archiv, 162 S., 18.-DM

Jens Bjørneboe: Stille. Ein Anti-Roman gegen Kolonialismus und Rassismus., 189 S., 28.-DM. Trotzdem-Verlag, Grafenau

Jens Bjørneboe: Pulverturm, Merlin-Verlag, Gifhorn, 290S., 32.-DM

Peter-Paul Zahl: Fritz - A German Hero. Ein Theaterstück über den frühen (anarchischen) Friedrich Schiller. Trotzdem-Verlag, Grafenau (Beim SF für 18.- anstatt für 24.-DM!)

Peter-Paul Zahl: Die Erpresser. Eine Komödie. 116 S., 14,80DM, Karin Kramer Verlag, Berlin

Peter-Paul Zahl: Teufelsdroge Cannabis. Krimi, 160S., 24,80DM, Verlag Das neue Berlin

Ralf Reinders/R. Fritzsch: Bewegung 2.Juni, Vorlag ID-Archiv, Berlin, 18.-DM

Horst Stowasser: Freiheit pur – Die Idee der Anarchie, Geschichte und Zukunft, Eichborn-Verlag, 400S., 44.-DM

Peter Reichelt: Du bist mein Freund, Karl Maus. Kinderbuch. Großformat, 46S., Hardcover, 28.-DM (Beim SF: nur 20.- DM), Trotzdem Verlag, Grafenau

Heribert Baumann & Ulrich Klemm: Werkstattbericht Pädagogik, Bd. 1 & 2. Textauswahl zur libertären Pädagogik und Schulkritik, je 170S., je18.-DM. Trotzdem-Verlag, Grafenau

Ulrich Klemm: Prinzip Freiheit, Oppo-Verlag, Berlin, 16,80 DM

Ulrich Klemm: Bildung ohne Herrschaft, 184 S., 32.-DM, Dipa-Verlag, Frankfurt

Ulrich Klemm: Anarchismus und Pädagogik, 252 S., 36.-DM, Dipa-Verlag, Frankfurt

Gabriel Kuhn: Leben unter dem Totenkopf (Piratentum), 64 S., 13,80 DM, Monte Verita Verlag, Wien

Heinz Hug: Kropotkin-Bibliographie, 260 S., 35.-DM, Trotzdem-Verlag, Grafenau

Bell Hooks: Black Looks, 256 S., 36.-DM, Orlanda Verlag, Berlin

Gerhard Kern/Gerald Grüneklee (Hg.): Lernen in Freiheit. Anti-Pädagogische Thesen, 180S, 20.-DM, AKAZ/Anares Nord

Gerhard Kern/Lee Traynor: Die esoterische Verführung, IBDK-Verlag, 381S., 36.-DM

Topitas (Hg.) (u.a. mit Herby Sachs): Ya basta! - Der Aufstand der Zapatistas, 364 S., 28.-DM, Verlag Libertäre Association, Hamburg

Autonome LUPUS-Gruppe: Lichter-ketten und andere Irrlichter - Texte gegen finstere Zeiten, 152 S., 24.-DM, Edition ID-Archiv, Berlin

Arno Maierbrugger: Fesseln brechen nicht von selbst. Anarchistenpresse 1890-1933., 214 S., 34.-DM, Trotzdem-Verlag, Grafenau

Geronimo: Feuer und Flamme, 240S., 25.-DM, Edition ID-Archiv, Berlin

Klaus Schönberger/Claus Koestler: Der Freie Westen, der vernünftige Krieg, seine linken Liebhaber und ihr okkzidentaler Rassismus oder wie hierzulande die Herrschaft der "neuen" Weltordnung als "Krieg in den Köpfen" begonnen hat. 187S., 15.-DM

Der Bücherservice soll die SF-AutorInnen und die Finanzierung des SF unterstützen. Ihr erhaltet die Bücher portofrei, Büchertische bekommen 30% Rabatt, bezahlen aber das Porto.

Die **SF-Pakete** für nur 10.-DM zzgl. Portokosten sind weiterhin erhältlich:
Paket 1 (Nr.24-31)
Paket 2 (Nr.32-39)
Paket 3 (Nr.40-48), (ohne Nr. 44)
Paket 4 (Nr.49-54)

Jochen Knoblauch (Hg.): SF-Register. Aufgenommen wurden alle Beiträge von Nr.0-Nr.50, incl. Sondernummern. 10.-DM; auch als DOS-Diskette (Word-Datei) erhältlich.

Zeitungs-Vertrieb Gebrueder Petermann

D-10772 Berlin

Tel. 030/219992-0
Fax. 030/2138692

00210145
Schwarzer Faden Redaktion

Postfach 1159

D-71117 Grafenau-Döffingen

DATUM: 19.12.1995

VKNR : 23319

A D R E S S A E N D E R U N G

Sehr geehrte Damen und Herren,

BITTE NOTIEREN SIE FOLGENDE ADRESSAENDERUNG AB: 19.12.1995

ALT	NEU
Zeitungs-Vertrieb Gebrueder Petermann Medien Handel G D-10772 Berlin	Landesamt für Verfassungsschutz Berlin Auf dem Grat 2 D-14195 Berlin

TITEL 51990 Schwarzer Faden
UNSERE AUFTRAGSNR. 51990/462171/1/1
ANZAHL: 1
IHRE RECHNUNGS-NR: B 91

MIT FREUNDLICHEN GRUESSEN
GEBRUEDER PETERMANN
ABONNEMENT ABTEILUNG

Zeitungs-Vertrieb
Gebr. Petermann Medien Handel GmbH
Petermann
ZEITSCHRIFTEN · ZEITUNGEN
BÜCHER · FORTSETZUNGEN

Kurfürstenstraße 111 · D-10787 Berlin-Schöneberg · Telefon (030) 21 99 92 - 26 · Telefax (030) 219992-42 · Telex 1 85 696

Berlin, den 16.01.1996

ANSCHRIFTENÄNDERUNG

Unser Schreiben vom 19.12.1995

Sehr geehrte Damen und Herren,

Bezug nehmend auf unser Schreiben vom 19.12.1995 müssen wir die an Sie gemeldete Anschriftenänderung für unseren Kunden

Landesamt f. Verfassungsschutz
Berlin
Auf dem Grat 2
14195 Berlin

wieder **zurücknehmen**, da unser Kunde nur eine Belieferung durch unser Haus wünscht.
Bitte stellen Sie so schnell wie möglich die Lieferung wieder um auf:

Zeitungs-Vertrieb
Gebrüder Petermann Medien Handel GmbH
Kurfürstenstr. 111
10787 Berlin

Die Aufträge notieren Sie bitte unbefristet.
Für Ihr Verständnis und Ihre schnelle Bearbeitung danken wir im voraus und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

Stübner

ppa. Sybille Stübner

Anlage

Postvertriebsstück * E 9860 F * Entgelt bezahlt * Trotzdem-Verlag, PF 1159, 71117 Grafenau